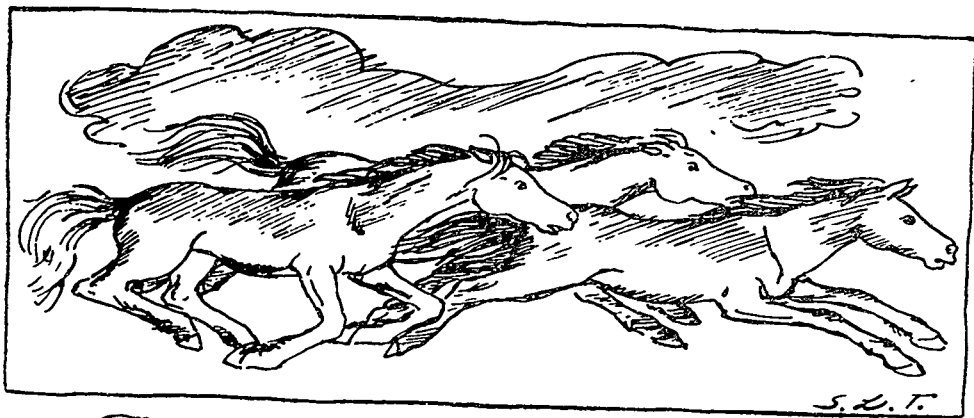




19. April 1926

WOLFGANG HEINE • ZUR AUFHEBUNG DES STAATSGERICHTSHOFS ZUM SCHUTZE DER REPUBLIK

EIN oberstes Gericht, das von vornherein nur als Notmaßregel geschaffen war und seinem Aufbau und seiner Zweckbestimmung nach eine Ausnahme von der allgemeinen Rechtspflege bildet, kann nicht aufrechterhalten werden, wenn gerade diejenigen Kreise seine Aufhebung fordern, die am eifrigsten seine Errichtung betrieben hatten. Deshalb mußte die Notwendigkeit den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu beseitigen auch von denen anerkannt werden, die nicht ohne Besorgnis auf die dadurch entstehende Lücke blicken.

Es ist aber ein Gebot nicht nur der Gerechtigkeit sondern der Klugheit, will sagen der Verantwortung für die eigenen Handlungen, die jeder Politiker und jede Partei sich selber schuldig ist, die Tätigkeit des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik objektiv zu prüfen und sich zu fragen, was nun geschehen soll. Dies gilt hier um so mehr, als die Sozialdemokratie, die nach der Ermordung Rathenaus im Jahr 1922 diesen Spezialgerichtshof stürmisch verlangte und tatsächlich in erster Linie die Verantwortung für seine Errichtung trägt, selber einen schweren Mißgriff eingestünde, wenn es wahr wäre, was ihr Sprecher im Reichstag erklärt hat, daß der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik im Kampf gegen die staatsfeindlichen Umtriebe von rechts versagt hätte. Es gilt sich klar zu werden, ob er wirklich versagt hat, und aus welchen Gründen, wenn eine Wiederholung eines solchen Fehlers vermieden werden soll, und wenn man glaubt, daß der Schutz der Republik vor Umtrieben der Gegner der heutigen Staatsform noch immer besondere Vorkehrungen erfordere. Ich habe die Errichtung eines politischen Spezialgerichtshofs nicht gerade mit Freude angesehen. Der Sturm des Sommers 1922 als Folge der schmählichen Mordtat und mit den mannigfachen Wirkungen, die er nach sich zog, war tatsächlich mehr ein Beweis von Schwäche als von Stärke der republikanischen Parteien, ein Zeichen völliger Unsicherheit. Insbesondere war die Schaffung des Staatsgerichtshofs vorwiegend eine instinktive Abwehrgeste, ein Mittel zur Beruhigung der erregten Volksstimmung.

Aber dieser Gerichtshof wie die neuen strafrechtlichen Bestimmungen des Republikschutzgesetzes waren unausweichliche Folgen des gänzlichen Versagens der regulären Rechtsprechung, wo es gegolten hatte die republikanische Staatsform und ihre Männer zu schützen. Der Mord an Erzberger war ungesühnt geblieben. Die Republik sah sich einer organisierten Verschwörung gegenüber, und die Verbrecher waren, unterstützt von amtlichen Stellen, über die Grenze entkommen. Eine gleiche Verschwörung hatte den Minister Rathenau gefällt, dem persönlich niemand etwas vorzuwerfen wagte als seine jüdische Abstammung, und dessen Politik den ersten Schritt vorwärts zur wirtschaftlichen und internationalen Herstellung Deutschlands bedeutete. Einer der Mörder war der Sohn eines hohen preußischen Beamten in richterlicher Stellung. Wiederholt hatten Richter in ihren Entscheidungen ihre offenen Sympathieen mit Gegnern des neuen Staats ausgesprochen und ihrer antisemitischen Gesinnung die Zügel schießen lassen. Es war nicht verwunderlich, wenn auch Männer, die sich nicht verängstigen lassen, und denen die Pflichttreue weiter Kreise des Richtertums bekannt war, daran zweifelten, daß eine strenge Sühne der scheußlichen Mordtat gewährleistet, und die Republik vor ihrer Wiederholung gesichert wäre, wenn die Aburteilung einem ordentlichen Gerichtshof übertragen würde, bei dem es rein vom Zufall abhinge, ob nicht die politische Gesinnung der Angeklagten in ihm die Mehrheit hätte. Vergeht doch auch heute noch keine Woche, in der nicht die Freunde der Republik durch eine Praxis der Staatsanwaltschaften und Strafgerichte beunruhigt werden, die sich häufig nicht einmal Mühe gibt ihre Sympathieen mit den Feinden der heutigen Staatsform zu verbergen, und die jedenfalls nichts von der Selbstverständlichkeit und Zielbewußtheit zeigt, mit der die Justiz des alten Staates diesen, seine Diener und seine Verteidiger zu schützen wußte. Man mußte also einen Gerichtshof schaffen, der den Einflüssen entrückt war, denen die Rechtspflege in so hohem Maß unterlag. Er sollte von den Überlieferungen, an denen die Juristengerichte kranken, unabhängig sein. Er sollte keineswegs ein Parteigericht zur Vernichtung politischer Gegner werden, als das ein ordentliches Gericht vor und nach dem Zusammenbruch des alten Staates so oft erschienen war, sondern in peinlicher Gerechtigkeit, ohne Ansehen der Person und politischer Sympathieen, Recht sprechen. Aber er sollte auch den Einblick in das wirkliche politische Getriebe besitzen, der den Berufsrichtern ihrer Vorbildung nach zumeist abgeht, und an dessen Stelle sie parteipolitische Vorurteile zu setzen geneigt sind. Er sollte politische Motive und Wirkungen zu bemessen verstehen, auch die Wirkung seiner eigenen Entscheidungen, und der Schutz der Republik sollte ihm höher stehen als juristische Subtilitäten.

Es wäre etwas viel gesagt, wollte man behaupten, daß alle diese Wünsche erfüllt worden wären. Solche Ziele durch den Wortlaut eines Gesetzes festzulegen ist immer schwierig. Ganz besonders wird das bei einem Gesetz gelten, das überstürzt und in Aufregung geschaffen werden mußte. Hier lag die Schwäche der neuen Einrichtung zunächst darin, daß der Reichstag die ursprünglichen Verordnungen des Reichspräsidenten vom 26. und 29. Juni 1922 in einigen Punkten beschränkte. Viel verhängnisvoller aber war die Tatsache, daß die Reichsregierung nicht die Macht besaß das Gesetz durchzuführen.

Das zeigte sich bei den beiden Attentatsunternehmungen gegen Scheidemann. Das erste, das Blausäureattentat, konnte, obgleich es lange nach Scheidemanns Ministerschaft verübt worden war, auf Grund des § 13 des Gesetzes

vom 21. Juli 1922 noch vor den Staatsgerichtshof gebracht werden, der die Schuldigen verdient bestrafe. Die Münchener Verschwörung, die der später von der Feme ermordete Student Bauer angezettelt hatte, hätte nach der Verordnung des Reichspräsidenten § 5 ebenfalls zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs gehört, wenn nicht nach Meinung des Reichsjustizministeriums diese Bestimmung durch eine höchst unklare Fassung des § 24 des Gesetzes abgeändert worden wäre. Infolge dieser Auslegung war es möglich, daß die Münchener Justiz den Fall behandelte, die keinen der Kumpane Bauers wegen dieser Mordverabredung anklagte, statt ihrer aber den Journalisten von Putkamer, der mit Wissen des Reichskommissars für die öffentliche Sicherheit die Mordgesellen überwacht hatte, und der nun auf Grund des Gesetzes über die bayrischen Volksgerichte ins Gefängnis kam.

Die Ohnmacht der Reichsregierung gegenüber den reichsfeindlichen Mächenschaften in Bayern wurde vor aller Welt festgestellt, als Kahr sich weigerte den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik für Bayern anzuerkennen, und als die Verschwörung Hitlers und sein Umsturzversuch diesem Gericht entzogen und in München abgeurteilt wurden, mit einem Ergebnis, das eine Schande für die Republik und für die deutsche Rechtspflege bedeutet. Kann man es ein Versagen des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik nennen, wenn die Reichsregierung nicht imstande, vielleicht gemäß ihrer Zusammensetzung Ende 1923 nicht geneigt war diesem Gericht die Durchführung seiner Aufgabe gegenüber dem bayrischen Staatsverbrechen zu sichern? Als etwa um die selbe Zeit der Kührtriner Putsch niedergeworfen war, hat die Reichsregierung gleichfalls den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ausgeschaltet und durch eine vom Präsidenten Ebert unterzeichnete, aber in erster Reihe von dem sozialdemokratischen Justizminister Radbruch zu verantwortende Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Untersuchung und Verhandlung dem Landgericht Kottbus als Sondergericht übertragen. Dazu lag nicht die geringste Notwendigkeit vor. Man sagte, daß bei der großen Zahl der Angeschuldigten die Raumverhältnisse des Gerichts und Gefängnisses in Kottbus den Ausschlag gegeben hätten. Als ob nicht der Staatsgerichtshof ebensogut in Kottbus hätte zusammentreten können wie bei anderen Gelegenheiten in Königsberg und Stuttgart. Es war nicht ein Versagen des Staatsgerichtshofs, wenn in diesem Fall von grundsätzlicher Wichtigkeit statt seiner ein Gericht berufen wurde, über das erfahrene Juristen den Reichsjustizminister sehr wohl hätten aufklären können, wenn sie rechtzeitig von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt worden wären. Der Prozeß gegen Ehrhardt war vollkommen vorbereitet und wäre sicherlich mit dem Ernst und der Strenge abgehandelt worden, die der dreiste Friedensbruch vom März 1920 verdiente. Es waren nicht Organe des Staatsgerichtshofs, die dem Angeklagten zur Flucht verhelfen und dann es möglich machten in Bayern öffentlich und in steter Verbindung mit den Behörden sein Unwesen zu treiben. Wo der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in die Lage kam Anschläge von rechts abzuurteilen, wie bei dem Parchimer Totschlag und dem Plan eine Synagoge in Frankfurt am Main zu sprengen, hat er sehr entschieden durchgegriffen, auch in den Strafmaßen.

Auch als Beschwerdeinstanz bei der Nachprüfung der Verbote von verfassungsfeindlichen Organisationen und Zeitungen hat der Staatsgerichtshof sich den Haß, mit dem er von der Rechten beehrt worden ist, durchaus ver-

dient. Hätte jemals eine nicht mit Kennern des politischen Lebens besetzte, rein juristische Verwaltungsinstanz die Ausflüchte der Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei durchschaut, die Reden Hitlers und die Anschläge Roßbachs richtig gewürdigt, wie dies der Staatsgerichtshof bei der Bestätigung des durch den Minister Severing verhängten Verbots dieser Organisation und mit ihr verknüpfter unter irgendwelcher Maske auftretender Bünde getan hat? Ich weiß, daß mit solchen Verboten nicht allzu viel gewonnen ist. Außer dem einen: der Achtung vor dem Gesetz, namentlich auch der Verfassung. Aber das ist schließlich schon etwas wert.

Dagegen wird man nicht leugnen können, daß 2 Mängel, sozusagen seiner Konstruktion, die Tätigkeit des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik gelähmt haben.

Der Gedanke einer mit politischer Erfahrung ausgestatteten, dem politischen Zweck des Schutzes der Republik in gefährlicher Zeit dienenden Instanz war nicht völlig durchgebildet. Diesem Gerichtshof hätte eine ebenso erfahrene und ebenso denkende Untersuchungs- und Anklagebehörde beigegeben werden müssen. Ich möchte nicht dahin verstanden werden, als wollte ich den guten Willen der Person des Oberreichsanwalts Ebermayer in Zweifel ziehen. Aber schon die Überlastung der Reichsanwaltschaft machte die Beschleunigung, die in manchen Fällen nötig gewesen wäre, unmöglich. Und in einer ganzen Reihe von Fällen haben die Bearbeitung und die Vertretung von Fällen rechtsstehender Angeklagter durch den Apparat der Oberreichsanwaltschaft der Öffentlichkeit Anlaß zu berechtigten Bedenken gegeben. Bei der Auswahl der Richter, denen die Voruntersuchung übertragen wurde, hätte weniger nach Routine als nach Verständnis für einen wirklichen Schutz der Republik gefragt werden dürfen. (Übrigens halte ich es für ausgeschlossen, daß der Staatsgerichtshof sich jemals durch Aussagen des Landgerichtsdirektors Juergens hätte bestimmen lassen.)

Der wesentlichste Mangel der Praxis des Staatsgerichtshofs einschließlich der Vorbereitung des Verfahrens durch Voruntersuchung und Anklage lag darin, daß eine rein juristisch formalistische Denkweise noch zu wenig ausgeschaltet war und sich sogar in allmählich steigendem Maß durchsetzte. Die Aufgabe des Schutzes der Republik trat hinter dem Bestreben zurück sich genau an die bisherige Judikatur zu binden.

Das zeigte sich bereits im Prozeß wegen des Mordes an Rathenau. Die beiden Hauptschuldigen hatten sich dem Gericht durch Selbstmord entzogen. Daß der dritte Teilnehmer der Tat, Techow, statt als Mittäter nur wegen Beihilfe verurteilt wurde, entspricht, wie bekannt, einer Rechtsprechung, die eine solche rein auf das subjektive Bewußtsein begründete Auslegung möglich macht, aber keineswegs erzwingt. Kein Laie hätte ohne Kenntnis dieser Theorie und ohne den Einfluß von Juristen den Mann, der das Auto so geschickt steuerte, daß die anderen schießen und die Handgranate werfen konnten, weniger als Mittäter angesehen als seine Mordgenossen. Niemand hätte ihm die Ausflucht geglaubt, daß er sich »nur als Gehilfe gefühlt« habe. Die Verurteilung nur wegen Beihilfe gab in diesem Fall die Möglichkeit ein Todesurteil zu vermeiden. Das werden vermutlich auch durchaus republikanisch gesinnte Mitglieder des Staatsgerichtshofs aus politischen Gründen gewünscht haben, um den Mörder nicht zum Märtyrer zu machen. Die Volksmeinung dachte damals anders darüber, und eine Verurteilung Techows

als Mörder hätte ihrem Rechtsgefühl durchaus entsprochen. Die Tatsache bleibt jedenfalls bestehen, daß nichts anderes als eine juristische Silbentecherei dieses Resultat ermöglicht hat, und daß es im Volksbewußtsein als unangebrachte Milde wirkt, wenn man es mit den Todesurteilen in dem sogenannten Tschekaprozeß gegen Kommunisten vergleicht.

Das führt zu den Kommunistenanklagen. Es trifft zu, daß in den letzten 2 Jahren der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik vorwiegend mit Anklagen wegen kommunistischer Anschläge und Umtriebe beschäftigt war. Aber auch dies bedeutet noch kein Versagen im Kampf gegen rechts. Der Hitlerprozeß und der Küstriner Putsch wurden dem Staatsgerichtshof entzogen. Ein Teil der Vorbereitungen und die Nachwirkungen der kommunistischen Aktion, die im Hamburger Aufstand 1923 explodiert war, wurden dagegen vor dem Staatsgerichtshof abgehandelt, der demnach auch genötigt war darüber zu urteilen. Wie weit die maßgebenden Männer der nationalistischen Parteien sich nach den beiden mißglückten Unternehmungen des Herbstes 1923 wirklich von der Ungangbarkeit dieses Weges überzeugt haben, kann man nicht wissen. Jedenfalls haben sie es behauptet, und sie haben neue solche Versuche unterlassen. Die Organisationen finden es anscheinend vorteilhafter nicht die Republik als solche sondern die Republikaner durch terroristische Mittel, Verleumdungen und Verfolgungen aller Art zu bekämpfen. Das sind Handlungen, für die der politische Staatsgerichtshof von vornherein nicht zuständig war, und bei deren Beurteilung die ordentliche Juristenjustiz auch in ihrer jetzigen Form unter Mitwirkung von Schöffen völlig versagt, wenn nicht gar, wie in den Prozessen gegen Reichsbannerleute und republikanische Beamten, sich Juristen zu Instrumenten dieser Art der Untergrabung der Republik machen. Die Kommunisten haben sich nicht oder nicht so bald den veränderten Verhältnissen nach dem Zusammenbruch ihres Hamburger revolutionären Experiments angepaßt. Sie haben noch lange eine Phraseologie benutzt und auch Aktionen unternommen, die den gewaltsamen Umsturz der Republik bezwecken sollten. Wieviel davon nur *Revolutionsspielerei* war, kann dahingestellt bleiben. Das Spiel hört jedenfalls dann auf harmlos zu sein, wenn Waffen und Munition aufgehäuft und Sprengstoffe hergestellt und von Hand zu Hand verschoben werden, die für den als nahe bevorstehend angekündigten neuen Ausbruch der Revolution bestimmt sein sollen. Wenn dem Staatsgerichtshof solche Fälle unterbreitet wurden, konnte er eben nicht anders als auf Grund des Sprengstoffgesetzes und des Republikenschutzgesetzes zu verurteilen. Er hätte das auch getan, soweit gleiche Versuche von der rechten Seite zu seiner Kenntnis gelangt wären.

Was ernsthaft gegen die Praxis des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik eingewendet werden kann, und was auch mich schließlich veranlaßt hat aus diesem Gerichtshof auszusteigen, ist etwas ganz anderes: In den Prozessen, die allerdings vornehmlich gegen Kommunisten geführt wurden, bürgerte sich nach und nach eine schematische Konstruktion ein, die eine verwünschte Ähnlichkeit mit der hatte, die bei den Verfolgungen gegen Sozialdemokraten vor dem Sozialistengesetz und während seiner Geltung üblich war. Weil die Kommunisten als ihr politisches Ziel die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernräteherrschaft ankündigten, und weil bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen im Reich tatsächlich nicht daran gedacht werden kann dieses Ziel im Weg parlamentarischer Majoritätsbe-

schlüsse zu verwirklichen, die die Kommunistische Partei auch grundsätzlich verwirft, erklärt man die Schaffung kommunistischer Organisationen und mehrfach auch politische Agitationen der Kommunisten überhaupt für »Vorbereitungshandlungen zum Hochverrat«. Es lassen sich natürlich derartige Unternehmungen denken, die tatsächlich unter § 86 des Strafgesetzbuchs fallen. Man darf aber nie vergessen, daß von den Ankündigungen politischer Zukunftspläne, den großen Tiraden in Reden und Flugblättern, bei weitem der größte Teil überhaupt nicht als ernste politische Zielsetzung anzusehen ist sondern als Ausdruck einer mehr oder weniger unklaren Sehnsucht und Stimmung. Verurteilt man in solchen Fällen nach § 86 des Strafgesetzbuchs wegen Vorbereitungshandlung zum Hochverrat, so führt dies unvermeidlich zur Konsequenz einer Verurteilung der Gesinnung als solcher. Für diesen Unterschied zwischen der wirklich gewollten politischen Handlung und der politischen Redeform haben die Juristen größtenteils kein Verständnis. Sie halten sich an den Wortlaut und an das, was möglicherweise in ihm liegen könnte. Die geistige Art der meisten politischen Redner und Journalisten ist ihnen vollkommen fremd.

Ganz besonders ist dies im Fall des Schauspielers Rolf Gärtner hervorgetreten. Dieser hatte bei einem kommunistischen Fest eine Anzahl nicht verbotener Gedichte revolutionären Inhalts vorgetragen und eine Art lebenden Bildes inszeniert, das die Erlösung der gefangenen kommunistischen Parteigenossen aus dem Kerker darstellte. Eine Rolle spielten bei der Anklage kommunistische Proklamationen, in denen gesagt wurde, daß der Kommunismus die Kunst nur so weit anerkenne, als sie der Vorbereitung der Revolution diene, und nur in diesem Sinn überhaupt künstlerische Veranstaltungen zulasse. Aus dieser Redewendung, der jeder Politiker ansieht, daß sie nichts ist als eine Schmeichelei für die Ohren der Fanatiker, entnahmen die Juristen, daß Gärtner überhaupt keinen künstlerischen Zweck verfolgt hätte sondern den Umsturz hätte vorbereiten wollen. Ich habe mein ganzes Leben lang dafür gekämpft, daß an künstlerische Äußerungen nicht die gewöhnlichen Maßstäbe angelegt werden. Die Denk- und Sprechweise des Künstlers und die Auffassung des künstlerisch empfangenden Publikums schließen die Auslegung aus, die dem Juristen, der sich an den Buchstaben des Gesetzes anklammert, möglich erscheint. Das gilt von den absurden Unterstellungen in sogenannten Sittlichkeitsprozessen gegen Kunstwerke, ebenso von den angeblichen Gotteslästerungen wie auch von den politischen Delikten, die der Jurist in einem gesprochenen Wort, in einer schauspielerischen oder der bildenden Kunst angehörenden Darstellung sucht. Ich konnte unmöglich ohne Protest es geschehen lassen, daß der Staatsgerichtshof sich in die selben Irrwege verrannte wie die gewöhnlichen Gerichte. Zwar hatte ich nicht selbst an dem Urteil gegen Gärtner teilgenommen, das der Süddeutsche Senat gefällt hat. Ich mußte aber befürchten, daß ein ähnlicher Fall auch einmal mich beschäftigen könnte, und daß mir dann durch das Amtsgeheimnis öffentliche Kritik abgeschnitten würde. Dazu konnte ich mich nicht hergeben, und ich trat deshalb aus dem Staatsgerichtshof aus.

Der Fall Gärtner hat aber auch noch in anderer Beziehung gezeigt, daß diese rein juristische Behandlung dem Zweck, für den der Staatsgerichtshof errichtet ist, nämlich dem Schutz der Republik, geradezu entgegenwirkt. Seit der Gärtnerschen Aufführung waren über 2 Jahre vergangen. Nichts hätte näher gelegen als diese vergessene Angelegenheit durch Einstellung

des Verfahrens zu erledigen. Wenn die Reichsanwaltschaft dies nicht tat, hätte der Staatsgerichtshof, ohne den Tatsachen irgendwie Gewalt anzutun, zu einer Freisprechung kommen können. Dies hätte aber geschehen müssen, weil eine solche Verurteilung dem sonst wirklich höchst gleichgültigen Angeklagten und seiner künstlerisch unbedeutenden Veranstaltung erst Sympathieen erweckten, die nur gegen die Republik ausschlagen konnten. Wenn eine Verurteilung, anstatt dem Schutz der Republik zu dienen, die der Republik feindlichen Kräfte stärkt, dann verkennt der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik seine Aufgabe, wenn er nicht freispricht. Die politische Erwägung, wie das Urteil wirken würde, müßte hier an erster Stelle stehen. Der Erfolg hat gezeigt, daß die Verurteilung Gärtners zu einer Propaganda für die Kommunisten ausschlug. Einzelne Persönlichkeiten und weite Kreise, die nicht daran dachten mit den Kommunisten zu sympathisieren, sahen sich genötigt gegen die Verurteilung Gärtners Verwahrung einzulegen. Den Gewinn konnte nur die Kommunistische Partei davontragen. Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß gerade das Urteil gegen Gärtner dem Staatsgerichtshof das Rückgrat gebrochen hat.

Nunmehr werden sich die lokalen Staatsanwaltschaften, Schöffen- und Schwurgerichte der Fälle bemächtigen, die früher den Staatsgerichtshof beschäftigten. Die kommunistischen Angeklagten werden den Schaden zu tragen haben. Auf die Milde und wohlwollende Hervorsuchung und Berücksichtigung aller Entlastungsmomente, die der Staatsgerichtshof in weitaus den meisten Fällen gerade auch kommunistischen Angeklagten gezeigt hat, dürfte man zum Beispiel bei den Gerichten, die die bekannten Urteile gegen Reichsbannerleute gefällt haben, wenig zu rechnen haben. Die Schwäche des Staatsgerichtshofs: die übermäßige Betonung rein juristischer Gesichtspunkte, wird selbstverständlich in verdoppeltem Maß bei den Gerichten wiederkehren, die ganz unter juristischer Führung stehen, und bei denen die Schöffen nicht als selbständig denkende Politiker genug Erfahrung und Mut besitzen, um auch dem Verhandlungsleiter unter Umständen entgegenzutreten, sondern mehr oder weniger eine Dekoration bilden.

Wie gesagt konnte bei der allgemeinen Stimmung, die der Staatsgerichtshof selbst zum Teil verschuldet hat, seine Aufhebung kaum vermieden werden. Daß sie aber irgendetwas bessern würde, ist nicht zu erwarten; im Gegenteil werden die Verhältnisse sich verschlimmern. Ich fürchte, daß die Kommunisten und die Sozialdemokraten, die ihnen zuliebe den Staatsgerichtshof beseitigt haben, binnen kurzem sagen werden: O weh, wir haben gesiegt.

MAX SCHIPPEL • SOZIALE UMWÄLZUNGEN IM ENGLISCHEN KOHLENBERGBAU

FÜR die englische Politik und vor allem für die englische Arbeiterbewegung waren die wechselnden Probleme und Schicksale des Kohlenbergbaus seit jeher von grundlegender Bedeutung. Aus den Grubenrevieren mit ihrem örtlichen Übergewicht gleichartiger, durch starke übereinstimmende Klasseninteressen eng verbundener Arbeitermassen kamen die ersten Arbeiterabgeordneten ins Parlament: anfangs noch als Anhängsel der alten bürgerlichen Parteien, trotzdem oft sehr wider ihren Willen als Bahnbrecher für die im stillen

unaufhaltsam heranwachsende selbständige Arbeiterpartei. Mit die größten Fortschritte und Neuerungen der Sozialpolitik gingen von der Grubenarbeit mit ihren besonderen Mißständen aus und erwiesen sich alsdann anstoßgebend und fruchtbar nach den verschiedensten Seiten der allgemeinen Arbeitsgesetzgebung. Kollektive Arbeitsnormverträge, Einigungsämter und Schiedsgerichte entwickelten sich vornehmlich bei den Miners zuerst in vorbildlicher Weise. Der Checkweigher, der Vertrauensmann der Arbeiter bei der Feststellung der Menge und Güte des Arbeitsergebnisses, hat den Gedanken der betrieblichen Mitbestimmung der Lohnarbeiterschaft gewaltig in Fluß gebracht. An den Kämpfen um den gesetzlichen Arbeitstag für die Bergwerke rankte sich die ganze weitere Bewegung für die staatliche Normierung der Arbeitszeit empor. Die öffentlichrechtliche Lohnfestsetzung, an die man zunächst höchstens für die hilflose Frauen- und Jugendlichenarbeit in den Schwitzgewerben gedacht hatte, kam im Bergbau im Jahr 1912 erstmals für ein großes modernes Produktionsgebiet zum Durchbruch, im schroffsten Widerspruch zu allen früher vorherrschenden sozialpolitischen Lehrmeinungen und Richtschnuren. Im Sommer 1919 schien man ernstlich längere Zeit vor der Nationalisierung aller Kohlengruben zu stehen; der damals erstattete Sankeybericht ist vielleicht das international denkwürdigste Dokument für die Fortschritte des Sozialisierungsgedankens.¹

Einen hervorstechenden Ausdruck fanden diese epochemachenden Umwälzungen zugleich in dem Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisation. Die alten Bezirksverbände, oft mit recht ausgeprägtem Sondercharakter, fügten sich seit 1888 mehr und mehr zu der Miners' Federation zusammen, heute der weitaus größten und einflußreichsten Gewerkschaft, während man früher mit Recht die Maschinen- und Schiffsbauer als beachtenswertesten englischen Verband hervorheben konnte. 1900 war die Eingliederung aller Reviere außer Northumberland und Durham erzielt. Ehe die Federation 1910 ihren Anschluß an die parlamentarische Arbeiterpartei vollzog, hatte sie bereits 14 Vertreter im Unterhaus.

Die erwähnten Errungenschaften waren, wie sich von vornherein erwarten läßt, Begleit- und Folgeerscheinungen der überaus günstigen wirtschaftlichen Entfaltung der Kohलगewinnung selber. Bis zum Weltkrieg konnte man, obwohl Deutschland und noch viel mehr die Vereinigten Staaten sich als gefährliche Nebenbuhler ankündigten, noch immer von einer erstaunlich raschen und ununterbrochenen Expansion der Produktion und des Absatzes sprechen. 1800 hatte sich die Ausbeute auf 10 Millionen Tons gestellt. 1913 gipfelte sie in 287 Millionen Tons, die Ausfuhr in 98 Millionen. Diese im Vergleich mit anderen Ländern ungewöhnlich starke Ausfuhr machte nicht weniger als ein Zehntel des gesamten englischen Ausfuhrwerts und vollends vier Fünftel des Ausfuhrvolumens aus; der erreichte Rang der englischen Schifffahrt war ohne diese überseeischen Massentransporte kaum denkbar. Dieser Export ist jedoch zugleich eine Achillesferse. Seit dem Weltkrieg und dem Friedensschluß fühlt sich hier England in der Tat schwer getroffen. Die Exportpreise stiegen zwar während des Krieges bis zu schwindelnder Höhe, aber die Zulassung der Ausfuhren fiel ganz in die Hand der Regierung und unterlag den einschneidendsten Beschränkungen.

1) Den Sankeybericht habe ich seinerzeit übersetzt herausgegeben: Die Verstaatlichung der Kohlengruben in England, Bericht des staatlichen Untersuchungsausschusses vom 20. Juni 1919, 1. Heft der Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft /Dresden 1919/.

Die ältesten Verbindungen rissen ab; nicht wenige ehemalige Absatzländer suchten unter dem Druck ihrer Abgeschlossenheit die eigene Brennstoffversorgung zu fördern, frühere bloße Ersatz- und Nebenbrennstoffe wie die Braunkohle begannen eine ganz andere selbständige Rolle für Haushalt und Produktion zu spielen. Die vielseitigere Verwendung der Elektrizität, vor allem aber die rapide Ausbreitung der Ölfeuerung in der Schifffahrt engte erst recht und ganz allgemein den Kohlenbedarf ein und ließ für die Zukunft immer Schlimmeres ahnen. Tatsächlich glitt der englische Export 1920 bis auf 43¼ Millionen Tons zurück, auf weniger als die Hälfte der Vorkriegszeit. 1925 stand er zwar auf 68,97 Millionen Tons; immerhin ist dies wenig mehr als zwei Drittel der Jahresmenge von 1913, und seit dem 1. August zahlte die Regierung offene Subsidien, die von der Royal Commission, die kürzlich Bericht erstattete², bis Ende Dezember 1925 auf 2½ Shilling pro Tonne Kohlen, das sind 17 % des Preises ab Grube, für das 1. Vierteljahr 1926 sogar auf 3 Shilling pro Tonne angegeben werden. Ein Bruchteil dieser Subsidien hat sich jedoch, wie gerade der Kommissionsbericht mehrfach geflissentlich betont, in gesteigerten Preisdruck umgesetzt, der wiederum Gegenmaßnahmen im Ausland zugunsten der eigenen Produktion und Wettbewerbsfähigkeit herauszufordern beginnt, so daß in England selbst das ausschließliche Exportinteresse bald recht wenig Gefallen an dieser Art (bis zum 30. April zudem zeitlich begrenzter) Unterstützung fand.

DABEI fühlten die Grubenarbeiter gleichfalls ihre Interessen durch die laufenden Tarifabkommen, zuletzt vom 18. Juni 1924, ungenügend gewahrt. Nur blieb ihre Haltung angesichts des ungünstigen Geschäftsgangs vorsichtiger und ruhiger. Gewerkschaften fordern ihre Gegner nicht heraus, wenn sie mit einer unerhörten Arbeitslosigkeit in ihren Berufen zu rechnen haben. Und für die Bergleute ergab sich im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung Ende April 1924 eine Arbeitslosenzahl von 25 000, dagegen im Jahr darauf von nicht weniger als 146 000, Ende Juni 1925 gar von 315 000. Erst mit der staatlichen Subvention verbesserte sich die Konjunktur sowohl für die Produktion wie für den Arbeitsmarkt; immerhin schloß das Jahr 1925 noch mit einer Beschäftigungslosigkeit (im Sinn des englischen Gesetzes, also unter Einschluß von Kurzarbeit, soweit sie als unterstützungsberechtigt anzuerkennen war) von nicht weniger als 11,3 % der Versicherten.

Um so mehr glaubten die Unternehmer, wenigstens die rührigsten, die Zeit für einen großen Abbau aller Zugeständnisse gekommen, zu denen man seit 1919 und seit dem kritischen Jahr 1921 widerstrebend, unter dem vereinigten Druck der Gewerkschaften, der Regierung und der öffentlichen Meinung, sich genötigt gesehen hatte. Die letzte programmatische Erklärung der Mining Association forderte in erster Linie Wiederhinaufrücken der gesetzlichen Schichtzeit von 7 auf 8 Stunden und Rückbildung der Lohngrundlagen, unter stärkerer Wiederbetonung der alten Regelung nach einzelnen Revieren an Stelle der jüngern zentraleinheitlichen, wie sie von der Miners' Federation entsprechend ihrem ganzen Werdegang nach zähem Ringen durchgesetzt worden war.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß aus diesen beiden Forderungen der denkbar schwerste Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu entspringen

² Auch im folgenden stammen die Zahlen und Tatsachenangaben aus dem Mitte März ausgegebenen *Report of the Royal Commission on the Coal Industry* (London 1925).

droht, um so mehr als die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit, verkörpert im Trade Unions-Kongreß und dessen Leitung, sich einhellig für Aufrechterhaltung der erreichten Arbeitsbedingungen nach diesen 2 Seiten ausgesprochen hatten. Die Regierung erkannte diese Zuspitzung im vorigen Sommer sofort; daher ihr Vorschlag die Kraftprobe zu vertagen, die (nach dem bisherigen Verlauf auf etwa 23 Millionen Pfund Sterling abzuschätzende) Subsidie für die einstweilige Wahrung des bestehenden Zustands zu zahlen und eine Kommission zur Untersuchung aller mit der Kohlenkrise zusammenhängenden Fragen einzusetzen. Auf Grund ihres Berichts sollte dann bis Ende April eine entsprechende Verständigung zwischen Regierung, Miners' Federation und Mining Association versucht werden.

Dem Kommissionsbericht steht seine, wohl von vornherein beabsichtigte Kompromißnatur deutlich an der Stirn geschrieben. Im ganzen läuft er, was die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit anlangt, auf einen Schutz der Arbeitszeit unter verschiedenen Lohnabtragungen hinaus, obwohl auch diese beträchtlich hinter den Unternehmerwünschen zurückbleiben. Darüber hinaus erörtert er, recht oft überaus anziehend und belehrend, die bitter notwendigen Transportreformen, die Handelsorganisation bis zum Kleinverschleiß an die Haushaltskonsumenten, die heutige Kohlenverwendung und Kohlenverschwendung überhaupt. Als fesselndes, spezifisch englisches Sonderproblem fehlt natürlich außerdem die Frage des Eigentums an dem Kohlenunterirdischen seitens der Landoberflächenbesitzer und der Abgabe (royalty) seitens der selbständigen losgelösten Grubenproduktion an den klassenmäßig gegenüberstehenden Landlordismus nicht.

Über das Schicksal des empfohlenen neuen Kollektivabkommens zwischen der Federation und der Association werden die nächsten Tage entscheiden.³ Heute sei vor allem darauf hingewiesen, wie trotz allen zeitweiligen Rückschlägen und Abstrichen große soziale Grundgedanken selbst unter einer unbestreitbar niedergehenden Wirtschaftskonjunktur sich nicht nur als unzerstörbar erweisen, sondern wie sie immer neue Ansätze zu immer weiteren Zukunftserrungenschaften hervortreiben, zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer ganzen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stellung schon innerhalb der bestehenden Gesellschaft. Und sie bewegt sich doch.



URÜCKGEDRÄNGT und weniger aussichtsreich ist heute allerdings die Bewegung für die Nationalisierung der Gruben. Der Sankeybericht von 1919 kann als bisheriger Höhepunkt dieser Strömung gelten, die zeitweilig einfach eine zielbewußte Fortsetzung der kriegswirtschaftlichen Regierungskontrolle schien.

Die Federation unterbreitete zwar vor dem Baldwin-Samuel-Ausschuß abermals einen Sozialisierungsentwurf, aber ihre Wortführer räumten in dem Frage und Antwort-Spiel vor der Kommission offen ein, daß eine national

3) Zurzeit stehen die Dinge so: Die Regierung hatte dem Kommissionsbericht, trotz Bedenken gegen einzelnen, in seiner Ganzheit zugestimmt, das heißt versprochen alle der Gesetzgebung oder Verwaltung zugewiesenen Reformen durchzuführen, falls die eigentlichen Streitparteien, Unternehmer und Arbeiter, über die ihnen zugewiesenen Aufgaben sich einigen. Die Unternehmer hatten gleichfalls, hier und da freilich mit einiger Zweideutigkeit und mit ein paar Verwahrungen gegen grundsätzliche Auffassungen, zugestimmt. Die Miners' Federation kehrte sich unter sonstiger Anerkennung des Berichts nochmals gegen die (von der Kommission als provisorisch und konditionell gedachte) Herabsetzung der günstigsten (nicht der Mindest- und Subsistenz-) Löhne und wollte der nationaleinheitlichen Regelung noch mehr vorbehalten sehen als die Unternehmer aus den Kommissionsvorschlägen herauslasen. Hierin liegt der Gefahrenherd und lag von vornherein die Schwäche des Kommissionsberichts. Selbst ein Streik um die bezeichneten Punkte würde jedoch nichts an der oben geschilderten symptomatischen Bedeutung dieses Berichts ändern.

einheitliche Zusammenfassung der Produktion gleichgültig sei für die Beseitigung der augenblicklichen sozialen Mißstände, und daß sie für die absehbare Zukunft am Lohnsystem selber nichts ändere, obwohl manche Auseinandersetzungen zwischen dem einen zentralen Arbeitgeber und der Lohnarbeit sich zweifellos anders abspielen können und werden als zurzeit selbst unter einem noch so entwickelten System von Verhandlungs-, Einigungs- und Schlichtungsinstanzen. Die Hauptursache des fast allgemeinen vorsichtigeren Abwartens liegt jedoch in dem ganzen Umschlag der internationalen Kohlenkonjunktur zum Nachteil Englands und in der Erschütterung des Monopols der Kohle als Brennstoff: beides Vorgänge, deren Endergebnisse sich bisher nur unsicher voraussehen lassen, und die sicherlich zu folgenschweren Experimenten im Augenblick keineswegs reizen. 1901, in der Finanznot nach dem Burenkrieg, konnte man in England seelenruhig zu einem Kohlenausfuhrzoll von 1 Shilling für die Tonne greifen, ohne ernstlichen Schaden für die Produktion befürchten zu müssen. Heute ist die englische staatliche Subvention, wie gesagt: von mindestens 23 Millionen Pfund Sterling in 9 Monaten, wesentlich zur Wiederbelebung der erschreckend zusammenschwindenden Ausfuhr und zur Deckung der für die Produktion sonst unerschwinglichen Lohnkosten gedacht. Eine solche verblüffende Wandlung mußte naturgemäß die auf die Nationalisierung der Kohlengruben gesetzten Hoffnungen ganz wesentlich dämpfen.

Andrerseits sind für eine fortschreitende Produktionsgruppenbildung an Stelle der zersplitterten vollkommen planlosen Konkurrenz, für einen rationellern planmäßigeren Transport, endlich für eine zweckmäßigere Regelung des Absatzes viele Widerstände zusammengeschrumpft und im Absterben. Der Kapitalismus wird offensichtlich mehr und mehr organisierter Kapitalismus, während man früher, von periodisch vergänglichen Erscheinungen und Erfahrungen ausgehend, das dauernde Wesen des Kapitalismus gerade in dem uneingeschränkten Drunter und Drüber des ungezügelten individuellen Wettbewerbs erkannt haben wollte. Der Kommissionsbericht will die Gruppenbildung gegebenenfalls sogar staatlich in lebhaftern Fluß bringen, unter unmittelbarem Zwang gegen widerstrebende Unternehmer und mittelbar durch zweckdienliche Ausnutzung des künftigen staatlichen Kohlenober Eigentums. Die Gemeinden sollen das Recht zur Organisation des Kleinverschleißes erhalten. Der alte Kapitalismus ist dies sicherlich nicht mehr. Der Bericht, und im Anschluß nunmehr zugleich die konservative Regierung, will weiter mit dem Privateigentum des Oberflächenlandlords an dem Kohlenunterirdischen aufgeräumt sehen, um eine Fessel der rein nach Produktionsgesichtspunkten orientierten Wirtschaft zu beseitigen. Es ändert freilich an der "kapitalistischen" Kohlenproduktion abermals nichts, wenn eigenwillige und vielköpfige Landoberflächeninhaber nichts mehr über Grubenbegrenzungen und -vereinigungen, über Wegezuführung, über Wasserverhältnisse mitzubestimmen haben. Royalties wird, wie Tawney für die Federation ausdrücklich bekundete, auch der Staat als Eigentümer des Kohlenunterirdischen von der Produktion und den Produzenten einfordern, da er sonst Geschenke an natürlich reicher ausgestattete Werke und an einzelne Berufsgruppen sinnlos und unsozial verschwenden würde. Aber von einem Staat, der vor jedem Privatgroßeigentum die allgemeineren Interessen opfert und opfern muß, ist hier gleichfalls längst nicht mehr die Rede. Auch der kapitalistische Staat geht in seinen verschiedenen Entwicklungsstufen und

seiner Differenzierung nach Gebieten naturnotwendig von sehr verschiedenen Maximen aus, und diese nähern sich recht oft und in zunehmendem Maß den ehemals verpönten Grundauffassungen, wie sie vorwiegend in der von der Privateigentumsideologie erklärlicher Weise seit jeher freirn Arbeiterklasse verfochten wurden und werden.

Die kapitalsabsolutistische Betriebsverfassung, die man früher so gern als vom Wesen des Kapitalismus untrennbar darstellte, erscheint dem Untersuchungsausschuß gleichfalls als längst überwundene und weiter zu überwindende Rückständigkeit. Bei den geplanten großen Studienorganisationen, die sich der Grubenmodernisierung, der Brennstoffrationalisierung und ähnlichem widmen sollen, wird die Parität der Arbeiter mit den Unternehmern verlangt. Für die Unfallverhütung und Anlageverbesserung wird der Wert der Mitwirkung der Arbeiter anerkannt. Die Lohnregelung soll im wesentlichen den beiden unter sich gleichberechtigten Tarifparteien überantwortet bleiben, allenfalls unter Heranziehung des Verbraucherelements, also wiederum eines Gegengewichts gegen, sei es individualistisch zersplitterte sei es gruppenweise zusammengeschlossene Profitinteressen des Kapitals. Für die Verwaltung des in Aussicht genommenen Fürsorge- (welfare-) fonds ist an zentrale und bezirkliche Arbeitsgemeinschaften (Joint Committees) gedacht. Die Grubenausschüsse seien zu verallgemeinern und mit höheren Vollmachten zu bekleiden. Dabei werden die unter scharfen Kämpfen bereits früher durchgesetzten Mitwirkungsrechte bei der Leistungsfeststellung, der Grubenkontrolle, der Minimallohnbestimmung, dem Kohlenbeirat (Advisory Committee) im Minesdepartment, bei der Ausstellung von Befähigungszeugnissen bereits wie unbestrittene Selbstverständlichkeiten behandelt. Die immer wiederkehrende Empfehlung der Einführung und Gewährung von Arbeiteraktien als der zweckentsprechendsten Form der Gewinnbeteiligung gehört schließlich ebenfalls in dieses Gebiet, obwohl noch manche andere Gesichtspunkte, wie Leistungserhöhung, Bekämpfung des unsteten Stellenwechsels, dabei mitspielen.

In den theoretischen Beweisführungen und praktischen Einwänden gegen jede gesetzliche Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit entfaltete einst die bürgerliche Nationalökonomie ihren ganzen Scharfsinn und Eifer. Heute wendet sich die Royal Commission und, ihr zustimmend, die konservative englische Regierung gegen jede Gefährdung des Siebenstundentags, wie er seit 1919 an Stelle des gesetzlichen Achtstundentags von 1908 getreten ist (allerdings beidemal unter Hinzutritt von etwa $\frac{1}{2}$ Stunde für die Seilfahrt und den Weg zur Arbeitsstätte). Ferner bringt der Bericht das häufige Wegbleiben der Arbeiter mit der außerordentlichen Einförmigkeit und Öde der Grubentätigkeit in Zusammenhang; er befürwortet deshalb eine möglichst bewegliche Verteilung der Wochengesamtarbeit über die einzelnen Tage, mit dem Ziel den Sonnabend ganz freizumachen und damit den Wochenübergang zu einer um so wirksameren Erholungszeit auszugestalten. Die Zugeständnisse an den Unternehmerverband betreffen, wie erwähnt, die Löhne, und zwar durch Kürzung der seit 1924 eingeführten Zuschläge (minimum percentage addition to standard rates of wages). Das Prinzip der gesetzlichen Mindestlöhne, der Zuweisung eines festen Anteils (1921 bis 1924 85 %, seit 1924 87 %) eines genauer umschriebenen Rohüberschusses an den Lohn soll dabei unangetastet bleiben. Ferner empfiehlt die Kommission, dieses allerdings ohne besondern Nachdruck, bei der Festsetzung der Löhne zwischen

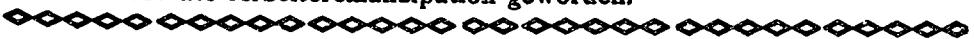
familienlosen, also im wesentlichen jüngeren, Arbeitern und Familienvätern zu unterscheiden: Der Sozial- und Familienlohn wird hier also, ziemlich unerwartet, wenigstens als Prinzip, anerkannt. In der Berechnungsgrundlage ist die Kommission wiederum den Arbeitern in manchem entgegengekommen. So sollen die Kohlenverkaufsorganisationen, an denen die Unternehmer als Teilhaber interessiert sind, häufig Anreiz gegeben haben die Verkaufspreise, von denen die zu teilenden Grubenrohüberschüsse abhängen, zu niedrig anzusetzen. Die Unternehmer steckten, wie man meint, unter Umständen den ungeteilten Gewinn als Teilnehmer der Associated Selling Agencies ein. Hier wird Abhilfe vorgeschlagen.

Das Wichtigste ist jedoch die fortdauernde Anerkennung einer absoluten untern Grenze für den Lohn (minimum wage), während sonst das Auf und Ab des economic wage wesentlich mit durch den Geschäftsgang in der Kohlenproduktion bestimmt bleibt. Es dürfe keine Schleuderkonkurrenz auf Kosten der Löhne, durch Herabdrückung einer als unentbehrlich vorzusehenden Lebenshaltung, entstehen; die kapitalistische Marktkonkurrenz dürfe erst außerhalb und jenseits eines der Arbeiterklasse gesicherten Lebenskreises zu funktionieren beginnen. Auch dies ist eine Grundauffassung, die noch von der vorigen Generation als zugleich revolutionär und utopistisch empört und höhnisch zurückgewiesen worden wäre. Erst die australischen und sonstigen siedelungskolonialen Lohngesetze, dann die englischen Trade Boards und die langsam sich regenden kontinentalen Anläufe haben der überlieferten Meinung allmählich, und immer stärker, den Boden abgegraben und einer neuen Anschauung zum Durchbruch verholfen.

UNSERE Parteidoktrinäre bestritten anfangs überhaupt die Möglichkeit eines der Rede werten sozialen Aufstiegs der Arbeiterklasse unter dem Kapitalismus. Alle kapitalistische Entwicklung war damals für die Enterbten zunehmende Verelendung und Zurückdrängung, freilich zugleich wachsende Empörung und immer näheres Heranrücken der erlösenden Katastrophe. Heute kann selbst die schroffste Intransigenz diese Theorie nicht mehr aufrechterhalten. So begnügt sie sich triumphierend wenigstens darauf hinzuweisen, daß sich der Aufstieg nicht ununterbrochen geradlinig fortsetze.

Gewiß tut er dies nicht. Aber nach größeren Zeitabständen gemessen hebt sich der Klassenaufstieg der Lohnarbeit dennoch schlagend, nach vielen Richtungen oft geradezu verblüffend, hervor. Und selbst angesichts der bitteren Erfahrungen einer vollständig abnormen Gegenwart wird der ernste soziale Beobachter vorwiegend fragen müssen: Bei einer so beispiellosen wirtschaftlichen Zerrüttung wie der heutigen, welche Rückbildung hätten die Arbeiterverhältnisse erfahren ohne die stetig wachsende Macht der Arbeiterorganisation, ohne gesetzliche Arbeitszeitregelung, ohne gesetzliche Mindestlöhne, ohne die weitreichende Anerkennung der Mitwirkung und Parität der Lohnarbeiter, ohne alle jene Errungenschaften, die noch vor gar nicht langer Zeit für nebelhafte utopistische Träumereien galten, und die sich dennoch heute als bis zur Unverlierbarkeit festgewurzelt und als unwiderstehliche Triebkräfte immer neuen Vordringens erweisen?

Jede weitere Stufe des Kapitalismus ist seit langem schon zu einer jedesmal höhern Stufe der Arbeiteremanzipation geworden.



MAX COHEN • WIRKLICHKEITEN DEUTSCHER WIRTSCHAFTSPOLITIK



IN den letzten Reichstagsverhandlungen haben die Dinge, die mit den Genfer Beratungen über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zusammenhingen, einen so breiten Raum eingenommen, daß verschiedene wichtige Wirtschaftsfragen nicht die Beachtung in der deutschen Öffentlichkeit fanden, die sie verdienen. Und doch sind sie, als Wirklichkeiten, wichtiger als die Einbildungen, die unsere Außenpolitik bestimmen.

In der Sitzung vom 19. März hat der Reichswirtschaftsminister Curtius in seiner Rede auch über die Schutzollpolitik gesprochen, die England (das in der Vorstellung unserer bürgerlichen und sozialistischen Linken immer noch das Freihandelsland κατ' ἐξοχήν ist) jetzt treibt, und ihre Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft umschrieben. Er sagte, Deutschland könne eine Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Bedingungen nicht hinnehmen, durch die die den Engländern gewährte Meistbegünstigung immer wertvoller würde, während die Deutschland gegebenen Vorteile auf dem englischen Markt immer mehr ausgehöhlt würden. Diese durchaus berechtigten und maßvollen Bemerkungen des Ministers wurden auf der linken Seite des Hauses höchst ungnädig aufgenommen. Sowohl der sozialdemokratische wie der demokratische Redner wandten sich gegen seine Ausführungen. Der eine nannte sie unvorsichtig, während der andere offensichtlich peinlich davon berührt war, daß ein deutscher Minister sich getraut hatte öffentlich die rücksichtslos egoistische Methode Großbritanniens zu kennzeichnen, jenes Landes, das der deutschnationale Redner sehr richtig ein klassisches Beispiel dafür nannte, wie man mit dem Freihandel auf den Lippen Schutzollpolitik und Merkantilpolitik treiben kann. Der zweite sozialdemokratische Redner, der am Tag darauf zu Wort kam, meinte, die Erklärung des Wirtschaftsministers über die »angeblichen [!]« Absichten der englischen Handelspolitik sei sehr unglücklich gewesen: »Damit wird der deutschen Industrie sicherlich kein guter Dienst geleistet werden. Wir möchten daher nicht unterlassen unser lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen. Wir sind der Meinung, daß mit solchen gekünstelten Impulsivitäten, wie sie da zum Ausdruck kamen, auf die kühl rechnenden Engländer nicht der Eindruck gemacht wird, den wir erzielen wollen, um unsere industriellen Interessen dabei zu wahren. Wer selbst im Glashause sitzt, der sollte nicht so unvorsichtig sein nach anderen mit Steinen zu werfen.« Also gegen England darf beileibe kein Stein erhoben werden.

Der deutsch-englische Handelsvertrag ist vor 1¼ Jahren, wie hier am 5. Januar 1925 in der Wirtschafts Rundschau bemerkt wurde, »mit etwas verdächtiger Eile« abgeschlossen worden. Er wurde eigentlich diktiert, war in wenigen Tagen, ohne Erörterung, Tatsache. (Damit vergleiche man die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen, die sich über Jahre hinschleppen.) Schon damals wurde auf die zu erwartenden für Deutschland ungünstigen Folgen dieses Vertrags hingewiesen. Nun, da sie sich zeigen, darf man nach dem Willen unserer Anglophilen nicht von ihnen sprechen. Die englische Zollpolitik wird von dem Redner unserer Fraktion mit der deutschen entschuldigt. Will man denn nicht den großen Unterschied begreifen, wie Deutschland und wie England Zölle erhebt? Deutschland besitzt einen in allen

Einzelheiten ausgearbeiteten und umfangreichen Zolltarif, auf Grund dessen, oft unter erheblicher Herabsetzung der autonomen Sätze, Handelsverträge abgeschlossen werden. Jede dieser irgendeinem Land gewährten Herabsetzungen des Zolls fällt automatisch auch dem meistbegünstigten England zu. England aber hat gar keinen Zolltarif und mit uns lediglich einen allgemeinen auf gegenseitiger Meistbegünstigung beruhenden Handelsvertrag ohne jegliche Tarifverabredung. Während England an jeder irgendwem und irgendwie zugestandenen Herabsetzung deutscher Zolltarifpositionen (die dem betreffenden Land ja nur bei Gegenleistungen gewährt wird) ohne weiteres partizipiert, führt es selbst bei einer ganzen Reihe gerade für die deutsche Ausfuhr in Betracht kommenden Gebiete Zölle bis zu $33\frac{1}{3}\%$ des Werts der Ware ein. Der Unterschied liegt auf der Hand. England kann durch die von Deutschland mit anderen Ländern getroffenen Tarifverabredungen seine Waren nun noch leichter nach Deutschland einführen und dabei, weil es mit uns keinen Vertrag auf Grund tariflicher Abmachungen geschlossen hat, allmählich immer höhere Zollmauern aufrichten, die für eine wachsende Menge von deutschen Waren unübersteigbar werden. Der Reichswirtschaftsminister hatte vollkommen recht, wenn er sagte, daß dadurch der Sinn der Meistbegünstigung in sein Gegenteil verkehrt, und daß durch das neue englische System die ganze Vertragsbasis verschoben werde. Der Opposition erwiderte er ironisch, er hätte nur Tatsachen festgestellt, die freilich einem großen Teil der Abgeordneten unbekannt zu sein schienen.

Es war einfach beschämend zu sehen, wie die Linke, anstatt die Ausführungen des Ministers zu unterstützen und von ihm zu fordern, daß er auch Großbritannien gegenüber die deutschen Interessen wahre, die freiwillig gewählte Abhängigkeit von England gar nicht genug dokumentieren konnte. Allerdings handelt es sich dabei um keine neue Politik sondern um jene Haltung, die in der ganzen Nachkriegszeit das ausgesprochene Charakteristikum der deutschen Außenpolitik, besonders aber das der linken Parteien, gewesen ist. Aber schließlich müssen deutsche Reichstagsabgeordnete, die zum wirtschaftspolitischen Etat sprechen, einigermaßen über die Vorgänge in den wichtigsten außerdeutschen Ländern Bescheid wissen. Die Verordnung des englischen Schatzamts, die besondere Schutzmaßnahmen für die englische Industrie vorsieht, ist bereits in den ersten Tagen des Februars 1925 erlassen worden, und sie ist nichts anderes als die Einführung eines (man kann nicht einmal sagen: verkappten) Schutzzollsystems. Inzwischen sind zahlreiche Waren mit einem Zoll von einem Drittel ihres Werts belegt worden. Die Verhandlungen, die Deutschland, gestützt auf den mit England abgeschlossenen Handelsvertrag, wegen der damals herbeigeführten Schädigung der deutschen Ausfuhr bereits geführt hat, blieben ergebnislos, obwohl, wie der Minister im Reichstag feststellte, die Engländer die Verpflichtung übernommen hätten keine Zölle einzuführen, die Deutschland besonders abträglich sind. Deutschland kann, gestützt sowohl auf den Handelsvertrag wie auf das englische Industrieschutzgesetz, stets dann gegen die Erhöhung von Zöllen auf Waren deutschen Ursprungs Einspruch erheben, wenn von einer wirklich günstigen Lage des betreffenden deutschen Industriezweigs keine Rede ist, und es sich nicht um einen mit außergewöhnlichen Mitteln gesteigerten Export gerade nach England handelt. Der deutsch-englische Handelsvertrag sieht ausdrücklich vor, daß über alle die Fragen, von denen der eine Teil glaubt, daß sie mit dem Geist des Handelsvertrags in Widerspruch stehen,

Verhandlungen geführt werden können. Es kommt noch hinzu, daß die teilweise schikanöse Auslegung englischer Zollbehörden die Einfuhr gewisser deutscher Waren nach England erschwert; daß man bei Waren, die aus verschiedenen Stoffen zusammengesetzt sind, öfter den höher zu verzollenden Stoff auch dann zugrunde legt, wenn dieser nur einen Bruchteil, der andere, keinem oder einem niedrigen Zoll unterliegende Stoff aber den wesentlichen Teil der Ware ausmacht. Sodann muß noch das folgende gesagt werden. In England wird das Publikum schon seit längerer Zeit mit Nachdruck aufgefordert nur heimische Erzeugnisse zu kaufen. Aus den Kreisen der Interessenten wird zurzeit in der stärksten Weise eine Agitation unterstützt, die das Verhalten eines Teils des Handels anprangert, der sich nicht scheue ausländische Waren als englische zu verkaufen. Man hat vorgeschlagen, daß der Käufer vom Verkäufer eine Garantie verlangen solle, damit, wenn er englische Waren fordere, diese ihm auch unter allen Umständen gegeben werden müssen. Um diese Garantie praktisch durchführen zu können, soll zu dem bekannten Mittel der Markierung aller fremden Waren gegriffen werden. Man wird annehmen dürfen, daß die englische Regierung dieser Forderung mindestens sehr freundlich gegenübersteht; es wird sogar behauptet, daß ein Gesetz vorbereitet werde, das eine bestimmte Markierung der Herkunft aller nach England eingeführten Waren vorschreibt. In Anbetracht der starken Propaganda für den Kauf nur englischer Waren würde ein solcher Merchandise Marks Act der Einfuhr deutscher Waren nach England ungeheuren Abbruch tun. Man sieht: Der Komplex der mit England zu besprechenden Fragen ist hinreichend groß, um auch deutsche Volksvertreter zu interessieren. Vielleicht wäre es zweckmäßig gewesen, wenn diese, bevor sie den Reichswirtschaftsminister zu tadeln sich anschickten, sich bei den beteiligten Wirtschaftskreisen genaue Auskunft geholt hätten, sowohl über die Waren, die schon jetzt mit hohem Zoll belegt sind, wie über jene, über die die Verhandlungen noch beim Board of Trade schweben. Der demokratische Redner, der frühere Staatssekretär Oscar Meyer, jetzt Syndikus bei der Berliner Industrie- und Handelskammer, weiß persönlich sicherlich gut Bescheid. Schade nur, daß er im Reichstag sich anscheinend weit mehr von dem Gedanken leiten ließ die anglophile Tradition seiner Partei zu wahren, als den Reichswirtschaftsminister mit seinen Kenntnissen zu unterstützen und die deutsche Öffentlichkeit aufzuklären. Es ist zu wünschen, daß er das nachholt, und daß die Linke ihm dann auch folgt. Erst durch eine solche Haltung wird sie den deutschen Interessen wirklich dienen.

Auch die interessanten, durch reiches Zahlenmaterial unterstützten Darlegungen des neuen Reichsernährungsministers Haslinde müssen in diesem Zusammenhang genannt werden. Wenn es auch bekannt ist, daß die deutsche *Landwirtschaft* vielleicht am schwersten von allen deutschen Gewerben unter den krisenhaften Verhältnissen der Gegenwart leidet, so ist der Glaube doch noch weit verbreitet, daß sie andererseits dadurch sehr begünstigt sei, daß die Inflationsperiode sie fast vollständig entschuldet hätte. Viel zu wenig beachtet man dabei die neue Belastung durch die Rentenbankschulden, durch das Aufwertungsgesetz und durch die kurzfristigen Personalkredite, die infolge des Fehlens langfristiger Kredite aufgenommen wurden und ins Riesenhafte anwuchsen. Wenn es auch richtig sein mag, daß die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft heute nicht ganz so groß ist wie vor dem Krieg, so sind

doch die heute aufzubringenden Zinsbeträge wesentlich höher. Das hat, wenn auch nicht in vollem Umfang, so doch in der Hauptsache, auch der Sprecher unserer Fraktion anerkannt. Er betonte auch, daß ständig schwankende Preise für die Landwirtschaft sehr unerfreulich seien, daß man ihr Preise zugestehen müsse, wie die Aufrechterhaltung der Produktion sie erfordere.

Für Produktionsförderung in der Landwirtschaft tritt man ja heutzutage allgemein ein; auch die städtischen Liberalen sind jetzt dafür, beteuern es jedenfalls. Und es fehlt auch nicht an Mitteln, die man zur Erreichung des Ziels einer vergrößerten und rationellern Erzeugung empfiehlt. Nur eben, daß alle diese noch so gutgemeinten Vorschläge wenig nützen, solange die Möglichkeit fehlt gewinnbringende Preise für die Agrarprodukte zu erreichen. Man vergegenwärtige sich, daß nach den Mitteilungen des Ministers die Großhandelsindexziffer für Agrarerzeugnisse vom August 1925 bis Anfang März 1926 von 130 auf 111,3 gefallen ist, während der Großhandelsindex für Industriestoffe in der gleichen Zeit nur von 134,9 auf 128,5 zurückging. Es geht doch nicht an, daß nahezu alle Gewerbe in der Lage sind für ihre Erzeugnisse wesentlich höhere Preise als in der Vorkriegszeit einzuheimsen, die Landwirtschaft aber nicht. Noch weniger ist es auf die Dauer haltbar, wenn der Konsument für agrarische Produkte mehr als früher zahlen muß, die Erhöhung aber nicht dem landwirtschaftlichen Produzenten zugute kommt sondern in andere Taschen fließt. Man hört indessen wenig davon, daß die Energie unserer Partei sich in der gleichen Weise hiergegen wendet wie gegen die "agrарische Begehrlichkeit". Man wird immerhin in der Rede des sozialdemokratischen Redners einen gewissen Fortschritt der Parteiauffassung gegen früher konstatieren müssen. Die Einsicht, daß die Landwirtschaft des Schutzes bedürfe, zeigte sich doch viel stärker als das früher der Fall war, wenn man auch immer noch nicht bereit ist die Konsequenzen hieraus zu ziehen. Die von verschiedenen Seiten empfohlene Umstellung der Landwirtschaft (deren Möglichkeiten natürlich ernst und gewissenhaft durchdacht werden müssen) ist schwerlich das Allheilmittel.

In einer Berliner Zeitung ist gelegentlich dieser Agrardebatte behauptet worden, der agrarische Schutzzoll stehe im Widerspruch zu den Bemühungen die wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker zu fördern und eine Zollunion auf dem europäischen Kontinent herbeizuführen. Die kontinental-europäische Zollunion muß nun gewiß das erste und vornehmste Ziel aller derjenigen sein, die die von den Sozialistischen Monatsheften vertretene Kontinentalpolitik zu ihrem Programm erheben (und es ist hocherfreulich, daß auch die Sozialdemokratische Partei als solche sich jetzt zu dieser Forderung bekannt hat). Aber eine Beseitigung der Agrarzölle liegt durchaus nicht auf der Linie zur Erreichung dieses Ziels. Die europäische Wirtschaftsverständigung bezieht sich vor allem auf die industrielle Produktion und soll bewirken, daß durch die Kooperation aller Kontinentalstaaten die einzelnen Industriearten da gepflegt werden, wo sie ein Optimum der Erzeugung erreichen können. Mit der Landwirtschaft steht es doch wesentlich anders. Kein Volk darf es riskieren auf dem Gebiet der primitiven Selbsterhaltung: der Ernährung durch das tägliche Brot, auf die Zufuhr von außen angewiesen zu sein. Und gegen wen haben denn die europäischen Länder, unter ihnen in erster Linie Deutschland, ihre landwirtschaftliche Produktion zu schützen? In der Hauptsache doch nicht gegen einander sondern gegen Produktions-

gebiete, die außerhalb des zu schaffenden Vereinigten europäischen Kontinents liegen. Die relative Autarkie des Kontinents erfordert gerade diesen Schutz nach außen. Wenn Deutschland seine Landwirtschaft behütet, so wahrt es dabei nicht allein sein eigenes nationales Interesse sondern arbeitet auch gerade auf die wirtschaftliche Vereinigung der Kontinentalvölker, auf die kommende europäische Zollunion hin. Damit ist natürlich über die Höhe des besondern Zolls nichts Endgültiges gesagt. Um sie einigermaßen richtig fixieren zu können, bedarf es stets der allergenauesten Untersuchung der speziellen Produktionsbedingungen. Wenn der Getreidezoll jetzt, da eine außergewöhnlich gute inländische Ernte mit einer ebensolchen ausländischen zusammentrifft, nicht wirksam geworden ist, so dürfen daraus keine allgemeinen Schlüsse gezogen werden. Es ist ein etwas armseliges Argument zu sagen: Da der Zoll nichts genützt hat, so können wir ebensogut auf ihn verzichten. Beim Kampf um die Kleine Zolltarifnovelle hat man die Agrarzölle wegen ihrer preissteigernden Wirkung abgelehnt; jetzt erklärt man, daß sie unnötig seien, weil sie keine Wirkung ausgeübt hätten. So geht es nicht.

Wie notwendig es ist, daß wir die Ernährung des deutschen Volkes so weit wie irgendwie denkbar aus dem eigenen Boden bestreiten, zeigt ein Blick auf die deutsche Handelsbilanz. Die Einfuhr fremder Lebensmittel, die zu einem beträchtlichen Teil mit Kredit bezahlt worden ist, hat einen derartigen Umfang angenommen, daß man hier so schnell wie möglich Remedur schaffen muß. Gewähren wir der Landwirtschaft den nötigen Schutz nicht, so bleiben wir in steigendem Maß auf das Ausland angewiesen. Dann bezahlen wir die Lebensmittel mit deutschen Waren. -Bei der jetzt vielfach eingeengten Möglichkeit so viele Waren mit Gewinn auszuführen, daß die Einfuhr der unentbehrlichsten Rohstoffe und Lebensmittel und die Reparationsleistungen bestritten werden können, wird man aber einen Teil der Ausfuhr zeitweilig nicht anders als unter dem Selbstkostenpreis absetzen können. Die Lasten hierfür werden natürlich von der großen Masse des Volks getragen werden, und es scheint mir sicher zu sein, daß diese Lasten höher sein werden als die durch Agrarzölle entstehenden höheren Lebensmittelpreise. Bei Gewährung des Agrarzolls haben die Massen zwar höhere Preise für Lebensmittel zu zahlen, aber auch die Aussicht, daß die Einfuhr an Lebensmitteln zurückgeht, und Zwangsverkäufe deutscher Waren ins Ausland dadurch überflüssig werden. Die durch Zollschutz erreichbare wiederkehrende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt wird auch mit einer Lohnsteigerung für die Arbeiter verbunden sein.

Die Tatsache, daß englische Politiker jetzt eine Agitation dafür entfalten die landwirtschaftliche Grundlage Großbritanniens zu erweitern und besonders auf die Wiederbeschaffung hinreichenden Getreidebodens bedacht zu sein, sollte dem deutschen Arbeiter zeigen, daß die althergebrachte Methode der deutschen Linken den Schutz der deutschen Landwirtschaft zu bekämpfen falsch ist. Heute mehr als je. Europa und die übrige Welt befinden sich in einer Bewegung, bei der Zwischenfälle jeglicher Art möglich sind. Wir sind in Deutschland nicht in einer so günstigen Lage, daß wir um die Sicherheit unserer Ernährung unbesorgt sein dürften. Wir müssen daher vor allen Dingen die Erzeugung unserer Landwirtschaft, und zwar aller ihrer Gebiete, erhalten und ausdehnen. Sie ist und bleibt die sicherste Grundlage unserer nationalen Existenz.



CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · PREDIGER ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



SEHT die Prediger,
Hüter der Seele, die sich selbst dazu erwählten,
Denen die unendliche Seele ein einfaches Ding ist,
Leicht enträtselt!

Sie predigen Liebe mit den Lippen,
Doch ihre Herzen freuen sich an der Gewalt.
Durch das Gesetz wollen sie die Grundlagen Gottes verändern.
Ihre Münder sind leer vor Schall,
Ihre Augen, zum Himmel erhoben, sehen nichts,
Sie sind eine Schar Krähen, die das Korn aufreißen,
Eh' es gesproßt hat.
Sie saugen das Ei, eh es Schwingen hat.
Jeder sieht seinen schmalen Schatten und hält ihn für Gott,
Ist aber blind für die Handschrift der Knospen,
Taub dem Unterricht der Vögel,
Den Lehren der kleinen Kälber
Und der Predigt der Jahreszeiten.
Erschwollen in ihrer eigenen Begriffswelt,
Wollen sie nicht vom selben Kelch
Mit den Vögeln der Luft und den Tieren des Feldes trinken,
Gehläht im Stolz der Unwissenheit
Weigern sie sich die schöne Einheit zu erkennen.

Was mich betrifft, ich werfe meine Arme weit aus,
Der grünen Erde zu, der Luft, der lebenspendenden Sonne,
Betend, daß die Unbekannte Majestät,
Deren Teil ich bin,
Mich tapfer kämpfen lasse,
Meine Füße beflügle, daß ich
Auf den oberen Pfaden wandeln möge,
In Verzweiflung trachtend alle Dinge zu erkennen;
In Demut wissend, daß ich niemals wissen werde,
Und erratend, daß Schönheit Güte ist
Und Sünde Häßlichkeit.

O ungesehene, unbekannte, unnahbare, beredte Mutter,
Einschläfernd, sänftigend, endlos wohlütig,
Die du meine Wiege beständig schaukelst:
Küsse mich mit deinem großen Schweigen
Und gib mir Verstand.
Lehre mich die weltumfassende Liebe.
Lehre mich die weltumfassende Weisheit.
Laß mich im Leben bis zum Tode vordringen
Und im Tode bis zum Leben, das unaufhörlich mir folgen soll.
Hilflos bin ich, dein Kind,
Mein Unwissen wissend,
O unendliche Mutter.

LUDWIG QUESSEL · VON GENÈVE BIS GENÈVE



ER den Dingen, die sich auf der Märztagung des Völkerbundes abgespielt haben, tiefer auf den Grund schaut, wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß es sich in der Krise, in die die Locarno- und Völkerbundspolitik geraten, um mehr als die Erweiterung des Völkerbundsrats handelt. Um Klarheit zu gewinnen, was vorgeht, muß man fragen: Was will England?

Blicken wir auf die Entstehung der Locarnopolitik zurück, so sehen wir, daß an ihrer Wiege die Rheinpaktspolitik Englands steht. Diese sollte England von dem Versprechen freimachen zusammen mit Amerika Frankreichs Ostgrenzen gegen deutschen Angriff zu sichern. England gedachte nun, indem es Deutschland zu der Übergabe des Memorandums vom 9. Februar 1925 an die alliierten Mächte bestimmte, eine Rheinsicherung im Sinn der Balance of power-Doktrin herbeizuführen, und zwar durch Verlegung der Gefahrenzone des europäischen Friedens vom Rhein nach der Weichsel. An der Weichsel wollte es den Nationalisten Deutschlands freie Hand zu einem Rachekrieg gegen Polen geben. Die Entfesselung eines neuen europäischen Krieges, der die deutschen Industriegebiete in Schutt und Asche legen und England wieder zur Werkstatt Europas machen sollte, dachten sich die Balance of power-Politiker Londons derart, daß zu gelegener Zeit zunächst die Schwarze Reichswehr der Vaterländischen Verbände den polnischen Korridor besetzt, was dann ein Eingreifen Polens und Frankreichs gegen Deutschland nach sich ziehen und einen allgemeinen europäischen Krieg zur Folge haben müßte. Zu bemerken ist jedoch, daß in einen derart entfesselten Kampf selbst einzugreifen absolut nicht Englands Absicht ist. England will im nächsten europäischen Krieg vielmehr neutral in dem Sinn bleiben, daß es sich darauf beschränkt Deutschland gegen Verpfändung seines Staatseigentums mit Großkampfwaffen zu versorgen, entsprechend dem Vorbild Amerikas gegenüber der Entente in den ersten Jahren des Weltkriegs. Zum Glück der europäischen Menschheit gelang der Ostplan Englands aber nicht. Er scheiterte an der scharfsichtigen Friedenspolitik der französischen Demokratie, die dem Rheinpaktgedanken erst beitrug, als auch die Weichsel wenigstens bis zu einem gewissen Grad in die Friedenssicherung einbezogen worden war. Die am 16. Oktober 1925 paraphierten Locarnoerträge stellten also einen schweren Mißerfolg der britischen Balance of power-Politik dar, den das Kabinett Baldwin vergebens durch lauten Beifall zu übertönen suchte.

Kein Mißerfolg, und sei er noch so groß, vermag die britische Außenpolitik aber von der geraden Linie der Balance of power-Politik abzulenken. So gab England auch nach der Paraphierung der Locarnoerträge sein Spiel Frankreich und Deutschland im Sinn des Zweimächtegruppensystems zu veruneinigen nicht verloren. In London hoffte man nun, daß es dem deutschen Nationalismus schon gelingen werde die Locarnoerträge zu Fall zu bringen. Aber auch diese Hoffnung trug. Die Zurückziehung der deutschen nationalen Minister aus dem ersten Kabinett Luther-Stresemann führte zur Bildung einer Mehrheit im Reichstag, die den Locarnoerträgen zustimmte und dem 2. Kabinett Luther-Stresemann die Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund erteilte. Offen gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der den Locarnoerträgen ja erst juristische Geltung verleiht, Stellung zu nehmen ging für London natürlich nicht an. Man mußte dort also so

operieren, daß man dem Kabinett Luther die Stellung von Bedingungen suggerierte, die Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund faktisch unmöglich machten. Diese Aufgabe wurde vom Foreign Office der locarnofeindlichen britischen Oppositionspresse zuerteilt, die vom Beginn des Jahres 1926 an unzählige Leitartikel zu dem Zweck veröffentlichte das Kabinett Luther zu der mit dem Völkerbundsstatut und -geist unvereinbaren Forderung zu bestimmen, daß 1. keine Vermehrung der ständigen Ratssitze, und 2. keine Änderung der Zusammensetzung des Rats vor Deutschlands Eintritt in den Völkerbund stattfinden dürfe. Das Kabinett Baldwin, das sich Spanien gegenüber für die Zuteilung eines ständigen Ratssitzes und Polen gegenüber für die Gewährung eines nichtständigen Ratssitzes, und zwar spätestens beim Eintritt Deutschlands in den Rat, festgelegt hatte, dachte natürlich gar nicht daran seine Versprechungen preiszugeben. Im Gegenteil, es hielt, nachdem das Kabinett Luther-Stresemann und der Auswärtige Ausschuß des Reichstags die Parole der locarnofeindlichen Presse Englands sich in starrer formaljuristischer Weise zu eigen gemacht, an seinen Versprechungen gegenüber Spanien und Polen um so mehr fest, als sein Vorgehen sich ja tatsächlich als wirksam erwiesen hatte, und Deutschland in eine Sackgasse geführt worden war, aus der einen Ausgang zu finden unmöglich schien.

Wie wenig das Kabinett Baldwin, nachdem die offen locarnofeindliche Presse Englands Luther und Stresemann dahin gebracht hatte, wohin die Balance of power-Politiker sie haben wollten, daran dachte von seinen Versprechungen Spanien und Polen gegenüber abzuweichen, geht aus der Tatsache hervor, daß Austen Chamberlain in Genf am 13. März ganz ungeniert dem Briand'schen Vermittlungsvorschlag beitrug, der wie folgt lautete:

- »1. Die Versammlung spricht die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund aus.
2. Deutschland empfängt, nachdem es Mitglied des Völkerbundes geworden ist, unverzüglich einen ständigen Sitz im Rat.
3. Der Rat schlägt im Lauf der gegenwärtigen Session die Schaffung eines nichtständigen Ratssitzes vor, der die Anzahl der Ratmitglieder auf 12 erhöht, und die Versammlung bezeichnet Polen als Inhaber dieses 12. Sitzes.
4. Eine Sonderkommission wird beauftragt mit der Vorbereitung eines Berichts für die ordentliche Versammlung im September über die Reorganisation des Rats und die Schaffung ständiger Sitze zum Nutzen anderer Mächte wie Spanien, Brasilien usw.«

Kein deutsches Interesse hätte ein von angelsächsischem Einfluß freies Deutschland gehindert diesem Vermittlungsvorschlag der französischen Demokratie beizutreten. Mochte Prestigepolitik wilhelminischer Prägung auch verbieten Polen als Großmacht in den Rat aufzunehmen, so stand doch nichts seiner Aufnahme in der Stellung einer gewählten Macht entgegen. Mit Recht hat Vandervelde daher auch in Genf gesagt, daß, solange Deutschland Polens Eintritt in den Rat als ständiges Mitglied bekämpfte, es eine Mehrheit des Völkerbunds hinter sich hatte, daß aber, als es sich auch gegen Polens Aufnahme als nichtständiges Mitglied erklärte, es sofort neun Zehntel der Versammlung gegen sich hatte. Wie Punkt 3 der Briand'schen Vermittlungsformel mit den deutschen Interessen völlig harmonierte, so hätte sich Deutschland auch mit Punkt 4 sehr gut abfinden können. Spaniens deutschfreundliche Haltung während des Weltkriegs ist bekannt. Außerdem berief sich Spanien für seinen Anspruch auf die spanischsprechenden Länder Südamerikas, deren Interessen es im Rat mitzuvertreten habe. Und gerade diese sind wertvolle Auftraggeber unserer Industrie. Das deutsche Interesse forderte also gerade ein Eintreten für die Anerkennung Spaniens als Groß-

macht im Rat. Kein Grund lag aber auch vor uns mit Brasilien zu überwerfen. Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika vom Standpunkt der Monroedoktrin keinen Einspruch gegen die Zuweisung eines ständigen Rats-sitzes an Brasilien erhoben, und wenn das britische Weltreich es ertragen zu können glaubte, daß neben ihm Brasilien als Großmacht mit ständigem Rats-sitz Platz nimmt, so lag wahrlich für Deutschland nicht der geringste Grund vor gegen den brasilianischen Anspruch Front zu machen, da, wie immer wieder betont werden muß, der Artikel 4 des Völkerbundsstatuts ausdrücklich die Vermehrung der Ratssitze, sowohl der ständigen wie der nichtständigen, vorsieht. Es hätte sich also schon am 14. März auf Grund des Briand-schen Vermittlungsvorschlags der Eintritt Deutschlands in den Rat als Groß-macht in allen Ehren vollziehen können. Aber die deutsche Delegation blieb hilflos im britischen Netz hängen. Auch als die Tschechoslowakei und Schweden, das spät, aber noch rechtzeitig erkannt hatte, daß es auf eine falsche Bahn geführt worden war, Deutschlands formaljuristischer Selbst-fesselung Rechnung tragend, sich erboten aus dem Rat auszutreten, um Holland und Polen hineinzulassen, war nichts gewonnen, weil Deutschland den Punkt 4 als unannehmbar erklärte. So blieb nichts übrig als den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu vertagen. (Das Bekenntnis der deutschen Delegation zu dem Locarneser Vertragswerk am Schluß der Genfer Verhandlungen goß immerhin einigen Wein in das Wasser der konsequent auf die Ent-zweiung der Kontinentalvölker hinarbeitenden englischen Politik.)

Was England nicht verhindern konnte, ist, daß trotzallem noch ein Weg von Genf nach Genf führt.

Was will England? Diese Frage erhebt sich noch ernster und schicksals-hafter nach als vor der Genfer Märztagung. England will 2 feindliche Heer-lager auf dem Kontinent und für sich die Möglichkeit jederzeit den Krieg über Europas Fluren rasen zu lassen, um mit dieser Drohung die europäi-schen Völker in Furcht und Gehorsam zu halten. Englands Bekenntnis zu Locarno ist Schein. Es brachte das Genfer Protokoll zu Fall, weil es Europa den Frieden gegeben hätte. Die Locarnoverträge sind weniger als das Pro-tokoll, aber doch viel zu viel für die Balance of power-Doktrin. England sucht Locarno nicht wirksam werden zu lassen, indem es Deutschlands Ein-tritt in den Völkerbund sabotiert, wobei es, sehr zum Vorteil seiner Export-industrie, Deutschland gegen Polen, gegen Spanien, gegen Brasilien, gegen Italien aufbringt. Es will die Balance of power-Politik auch in den Völker-bund hineinragen, will den romanisch-slavischen Kontinentalvölkern einen germanischen Block (Deutschland, Schweden, Holland, Dänemark) entgegen-stellen. Selbst auf die Gefahr hin den Völkerbund zu sprengen will London das Zweimächtegruppensystem in ihm aufrichten.

In Europa sieht man außerhalb Deutschlands überall diese Gefahr, in der der Völkerbund schwebt. In einem Artikel Die Zukunft des Völkerbundes, im Vorwärts vom 4. April 1926, in dem Vandervelde als belgischer Außen-minister »europäisch« sprechen zu wollen erklärt, heißt es über den Verlauf der Genfer Tagung und ihre Auswirkung:

»In Wirklichkeit standen wir von vornherein 2 verschiedenen Krisen gegenüber, die in einander griffen, und die sich einander erschwerten: einer Krise oder vielmehr einer Belastungsprobe des "Locarnismus" und einer Krise des Völkerbundes. Die erste Krise konnte glücklicherweise gelöst werden. Und es ist in der Tat die Haupt-sache, daß die Signatarmächte der Verträge von Locarno in ständigen Verhandlungen,

in denen ihre Geduld und ihr Versöhnungsgeist harten Proben unterworfen wurden, feststellen konnten, daß sie einig blieben in dem Willen ihre Friedenspolitik fortzusetzen. Ich kann aus eigenem Wissen erklären, daß es sich dabei nicht lediglich um die allgemeine Redensart eines amtlichen Communiqués handelte. Dagegen werde ich nicht verhehlen, welche schweren Besorgnisse ich bezüglich der andern Krise, der Krise des Völkerbundes, hege. Briand hat in der Genfer Vollversammlung gesagt, daß man einer »Wachstumskrise« gegenüberstehe. Aus vollem Herzen hoffe ich, daß er recht behält. Aber ich füge hinzu, daß es sich auch um eine Stockung in der Entwicklung des Völkerbundes handeln kann, um eine Stockung, die sehr leicht zu einem Zerfall führen könnte. Da aber der Friedenswille der Völker der selbe bleibt, so würde dieser Zerfall zu einem Wiederaufbau auf neuen Grundlagen führen. Wir dürfen uns nämlich nicht verhehlen, daß all die Schwierigkeiten, die im März den Mißerfolg verursacht haben, sehr wohl im Mai oder im September wieder in Erscheinung treten können. Sowohl in der Studienkommission wie auch in der ordentlichen Vollversammlung werden wir den gleichen prinzipiellen Gegensatz wieder vorfinden: den Gegensatz zwischen denen, die den permanenten, unabsetzbaren Bestandteil des Völkerbunds rats vergrößern möchten, und denen, die das Wahlrecht der Vollversammlung des Völkerbundes verteidigen wollen.«

Wir erfahren hier durch einen kompetenten Zeugen, daß sich in Genf nicht nur eine Krise des Völkerbunds, sondern auch eine Krise oder vielmehr eine Belastungsprobe des Locarnismus abgespielt hat. Von welcher Seite konnte nun wohl der Locarnismus in Genf gefährdet worden sein? Von Frankreich offenbar nicht, weil Locarno ja gerade einen Sieg seiner kontinentaleuropäisch orientierten Politik über die Balance of power-Politik Englands bedeutet. Nach der Erklärung Luthers im Reichstag gegenüber Tirpitz, er bekenne sich dazu, daß das (die Locarno-Verträge aufrechterhaltende) Communiqué »in seinen Grundgedanken unserer deutschen Initiative entsprungen« sei, kann Locarno von der deutschen Delegation nicht gut gefährdet worden sein. Somit bleibt nur England übrig als diejenige Macht, die in Genf den Locarnismus in Gefahr gebracht haben kann. Es besteht aber auch kein Zweifel, daß England der eigentliche Urheber der Krise des Völkerbunds ist. Immer wieder hat der Quai d'Orsay unter Hinweis auf die Artikel der englischen Presse im Temps gezeigt, wie sehr die deutsche Regierung in ihrer ganzen Völkerbundspolitik unter britischer Suggestion steht. Nun sieht es freilich so aus, als ob die Kreise in Deutschland, die in der formaljuristischen Bindung Deutschlands gegen jede Veränderung des Rats vor Deutschlands Eintritt ein Meisterstück deutscher Politik sahen, ein wenig zur Besinnung gekommen sind. Die Frankfurter Zeitung, die in den Genfer Märztagen die Politik der deutschen Delegation ohne Reserve gebilligt hatte, schrieb am 3. April:

»Als eine bedauerliche Folge der mißglückten Genfer Sondersammlung ist eine ziemlich starke Verstimmung auf Seiten Brasiliens und Spaniens gegenüber Deutschland zu verzeichnen. Zu beiden Ländern hat sich die deutsche Politik bisher bemüht freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Das ist vor allem gegenüber Spanien der Fall, dem das deutsche Volk für seine im Kriege bewiesene wahrhaft neutrale Haltung dankbar zu sein hat. Aber auch das deutsch-brasilianische Verhältnis verlangt im Hinblick auf die starken wirtschaftlichen Interessen, die die beiden Länder verbinden, auf eine wahrhaft freundschaftliche Basis gestellt zu werden. . . . Wir Deutschen gingen mit dem Gefühl nach Genf, daß Polen keinesfalls einen Ratssitz erhalten dürfe. Der Verlauf der öffentlichen und nichtöffentlichen Debatten hat uns aber gezeigt, daß man im Völkerbund mit der persönlichen Einstellung gegen ein individuelles Land nicht vorankommen kann. . . . Auf jeden Fall wird sie [die deutsche Delegation] sich für die zukünftige Behandlung deutsch-polnischer Streitfragen in Genf nur dann eine günstige Atmosphäre schaffen, wenn von ihr ein großzügiger Verständigungsversuch von Land zu Land und Volk zu Volk gemacht worden ist und sie dadurch einen unumstößlichen Beweis ihrer friedfertigen Gesinnung auch gegenüber Polen erbracht hat.«

Man kann diese Ausführungen kaum anders deuten, als daß hier dem Kabinett Luther empfohlen wird auf der Septembertagung sich auf den Boden des Briandschen Vorschlags vom 13. März zu stellen. Die Vorschläge Breitscheldts im Vorwärts vom 6. April 1926 besagen im Grunde das selbe:

»Die ursprüngliche Forderung [Deutschlands] der alleinigen Aufnahme oder der Nichtvermehrung mindestens der ständigen Sitze wird sich jetzt nicht mehr aufrechterhalten lassen. Indem man in die Studienkommission eintritt, gibt man seine Bereitwilligkeit zu erkennen an grundsätzlichen Erörterungen über die Konstruktion des Rates mitzuarbeiten und die Dinge ausschließlich unter dem Gesichtswinkel des Völkerbundes und nicht unter dem speziell deutscher Interessen anzusehen . . . Was wir aber in allererster Linie zu vermeiden haben, ist die Ablehnung der Zulassung eines bestimmten Staates, der uns aus Gründen der deutschen Politik mißfällt, zum Rate. Wir können uns, wenn wir die Gunst der öffentlichen Meinung der Welt nicht wieder verscherzen wollen, nicht gegen die Aufnahme Polens wenden, weil uns Polen mißfällt, und wenn der Abgeordnete von Rheinbaben neuerdings wieder in einem Artikel des Berliner Lokalanzeigers bedauert, daß Deutschland sich nicht von allem Anbeginn an ausdrücklich gegen Polen ausgesprochen habe, so beweist er damit nur einen Mangel an Verständnis sowohl für die internationale Situation wie für die Arbeiten des Völkerbundes.«

Mit einer Politik, wie sie hier von der Frankfurter Zeitung und vom Vorwärts für die Septembertagung empfohlen wird, hätte sich der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im März reibungslos vollziehen lassen.

Es ist zu befürchten, daß bis zum September Deutschland wieder auf eine neue angelsächsische Parole einschnappt, dazu bestimmt Locarno und den Völkerbund selbst in Frage zu stellen. Vanderveldes pessimistische Prognose, »daß all die Schwierigkeiten, die im März den Mißerfolg verursacht haben, sehr wohl im Mai oder im September wieder in Erscheinung treten können«, läßt erkennen, daß man in Paris und Brüssel mit neuen angelsächsischen Plänen rechnet, die Deutschland ausführen soll. Auch MacDonald, der seine Balance of power-Politik kennt, sieht, wie sein Artikel im Vorwärts vom 8. April 1926 zeigt, ernste Gefahren für den Völkerbund am Horizont emporsteigen. Aus der Presse der Rechtsparteien und der Reichtagsrede von Tirpitz' läßt sich ersehen, daß bei ihrer Völkerbundsfeindschaft das Trugbild eines angelsächsisch-germanischen Blocks eine große Rolle spielt. Es ist ein Trugbild. Gewiß will England 2 feindliche Heerlager auf dem Kontinent. Aber es denkt gar nicht daran sich einem von ihnen auf Gedeih und Verderb anzuschließen. Es will vielmehr eines gegen das andere ausspielen. Daher seine Unterstützung deutscher Ansprüche dort, wo uns dadurch Feindschaft erwächst. Hüten wir uns jenen Geist vom Herbst 1914 wieder aufleben zu lassen, wo das deutsche Volk über jeden neuen Feind jubelte. Abgesehen von Polen haben wir uns in wenigen Monaten auf Grund englischer Parolen mit Italien, Spanien, Brasilien entzweit. Glaubt man durch eine solche Politik die Arbeitslosigkeit in Deutschland bekämpfen zu können? Wie die Dinge liegen, haben die Völker Europas nur einen wirklichen Feind: das England der Balance of power-Doktrin. Die Grenz- und Minoritätenstreitigkeiten, die England ausnützt, um sich auf dem Kontinent 2 feindliche Heerlager zu schaffen, sind, von einer höhern Warte aus betrachtet, eine Angelegenheit für geistig Zurückgebliebene. Denn in allen diesen querelles européennes wären Lösungen leicht genug zu finden. Das deutsche Volk muß endlich einsehen lernen, daß der Weg von Genf nach Genf für uns unvermeidlich zu einem schweren Leidensweg werden muß, wenn es sich weiterhin angelsächsischer Führung anvertraut.



WILHELM PAULSEN · DIE SOZIALE SCHULE UND DIE INDIVIDUALPSYCHOLOGIE



ALFRED Adlers vergleichende Individualpsychologie hat uns im Anschluß an die Psychoanalyse so hervorragende Aufschlüsse über das Wesen und die Entwicklung des kindlichen Seelenlebens gebracht, daß wir imstande sind die Forderung einer Umstellung der praktischen Erziehungsmaßnahmen und eines Neubaus des gesamten Schulwesens von Grund auf unmittelbar aus ihnen abzuleiten. Adler baut seine Wissenschaft auf der Tatsache auf, daß sich jeder gesunde oder kranke Mensch neben der Wirklichkeit, nicht voll im Einklang mit seinen Kräften, bewußt oder unbewußt, ein Lebensziel aufrichtet, dem er im Kampf um die Erfüllung sein Denken und Handeln unterordnet. Dieses "fiktive" Lebensziel ist mehr oder weniger labil; es durchläuft in Prägnanz und Schärfe alle Grade und Nuancen, ist verworren oder klar, verschwommen oder plastisch, wechselnd oder beständig; es folgt den Tendenzen der Lebensbejahung und der Lebensverneinung; es ist aggressiv oder weicht aus, versucht sich in Hochmut und Unterwürfigkeit; es stellt sich feindlich gegen Menschen und Gesellschaft oder sucht sie durch Güte zu überlisten und zu gewinnen; es ist gemeinschaftszerstörend oder gemeinschaftsbildend, macht irre oder genial. Meist, das ist das Unglück des einzelnen Menschen, liegt das "Ziel" außerhalb der Realitäten des Lebens, es kann nur im Gegensatz zur Umgebung durchgesetzt werden und ist unter normaler Kräfteentfaltung nicht zu erreichen. Die Strategie, die darum das Einzelbewußtsein notwendig entwickelt, um offen oder versteckt seinen Zweck zu erreichen, begründet den "Lebensplan" des Menschen, entfaltet und mobilisiert im unablässigen Kompensationsbegehren seine Kräfte, vor allem dort in einem Übermaß, wo organische und seelische Minderwertigkeit vorliegt. Das Leben, das im Individuum zur Sicherung dieses Lebensplans erwacht, bestimmt seine geistige Verfassung, macht Inhalt und Wesen seiner Persönlichkeit aus. Wo Wirklichkeit, Plan und psychischer Überbau zusammenfallen, werden Lebensmöglichkeiten zu einer glücklichen, mehr oder minder vollendeten Lebensgestaltung führen. Wo diese 3 Erziehungs- und Wirkungskomponenten wider einander streiten, werden Unsicherheit, Zerrissenheit, Laune, Machtstreben, Neurose und schließlich Paranoia um sich greifen. Da restlose Übereinstimmung selten oder gar nicht vorkommt, gehen die Grenzen vom gesunden und kranken Menschen in einander über. Das Ziel beider ist das selbe, beide sind "kampfbereit", unterscheiden sich lediglich nach dem Grad der vorhandenen Sicherungstendenz. Das Streben nach Wirkung, Einfluß, Bedeutung, Geltung, Überlegenheit, Macht ist gesund und in hohem Maß wünschenswert, wenn es sich als Schaffens- und Arbeitsbereitschaft gibt und zum Schöpferium führt. Im negativen Sinn kann es jedoch im gleichen Grad verderben und vernichten, kann es zu einer geistigen "Machtpolitik" führen, zu der die Umgebung und Gesellschaft notwendig in Abwehr stehen. Indem wir, neben der individuellen Behandlung, die Gegenmaßnahmen und Vorbeugungsmaßnahmen, die die Gesellschaft ergreift, ernstlich untersuchen, wird die Wissenschaft der vergleichenden Individualpsychologie zur pädagogischen Praxis. Adler ist nicht nur ein glänzender Psychiater und Psychologe sondern in dem gleichen Maß Pädagoge, ein Wissender und Tätiger unter Lehrern. Er sieht den Arzt als Erzieher, deckt die Entwicklungsfehler des Kindes auf, unter-

sucht die Vererbung von Krankheiten, die neurotische Psychose, erklärt den psychischen Hermaphroditismus in der Kindheitsentwicklung, spricht mit feinem Takt und Verständnis von Trotz, Gehorsam, von allen Unarten und Gewohnheiten des Kindes, von der Erziehung der Eltern, stellt Grundsätze auf zur Bekämpfung der Verwahrlosung, läßt also kaum ein Erziehungsgebiet unerörtert. Was ihn aber geradezu zum Vorkämpfer der modernen Schulbewegung erhebt, ist die Einsicht, daß das »lehrhafte Wort« allein nicht »bessernde Kraft« hat, daß der »natürliche Gegensatz von Kind und Umgebung« sich nur durch das »Mittel des Gemeinschaftsgefühls« mildern läßt. »Der Geltungsdrang des Kindes, der den Gegensatz so sehr verschärft, muß eine freie Bahn auf kulturellen Linien haben, muß durch Zukunftsfreudigkeit, Achtung und liebevolle Leitung zum Ausleben kommen, ohne das Gemeinschaftsgefühl zu stören.« Damit bekennt sich Adler grundsätzlich zur modernen Erziehungsauffassung, daß den Erziehungsübeln in der Jugend nur durch eine Wandlung unserer herkömmlichen Schul- und Bildungsbegriffe, durch Wegbereitung und Realisierung der neuen pädagogischen Idee begegnet werden kann. Adler spricht es an einer andern Stelle kurz und bestimmt aus: »Die Schulreform, selbst aus den Notwendigkeiten der Zeit entsprungen und bestimmt die bürgerliche Schule in die soziale umzuwandeln, schafft und enthüllt in ihren Auswirkungen neue Notwendigkeiten.« Das ist unsere Sprache, sind unsere Worte.

Das große Spiel der menschlichen Gesellschaft mit seinen Konkurrenz- und Rivalitätskämpfen, dem unerbittlichen Ringen der Individuen unter einander um Selbstbehauptung, dem jeder Schwache unterliegt, das Leben mit seinem Neid, Ehrgeiz und Streben, seiner Eitelkeit und Pose, seiner Lüge und Konvention, seinem Schein und seiner Unwahrhaftigkeit, muß die Menschen von der gradlinigen Entwicklung und dem natürlichen Wachstum abdrängen, sie zwingen sich Masken vorzubinden und sich zu verstellen. Ihre Seelen werden reizbar und verwundbar und können nicht eher zum Gleichgewicht zurückkehren, zur Ruhe und Heilung kommen, bis die menschliche Gesellschaft von Grund auf neu und vernünftig geordnet ist. In der selben Lage befindet sich die Jugend. Sie hat keine der Natur gemäße, das heißt ihrem Wesen entsprechende Umwelt, aus der sie die Kräfte eines unbefangenen, natürlichen Wachstums zieht. Ihr fehlt ein ureigenes Lebensgebiet, in dem sie sich ernsthaft und verantwortlich, für sich und andere, betätigt. Mit der festen Form des Lebens entbehrt sie zugleich der vitalen Nötigung zur Entfaltung ihrer Kräfte, die notwendig sind, um die Wirklichkeit zu bezwingen, sie zu durchdenken, zu besitzen und zu gestalten. Die Gegenwart ist der Jugend mehr ein (oft unerbauliches und unverständenes) Schauspiel als das Objekt ihrer Aktivität. Man gibt der Jugend Vorbilder, macht sie zum Nachbild anstatt zum Gebilde. Man läßt sie das Leben mit seinen Daten und Fakten memorieren, aber nicht konstruieren. Konstrukteure des Lebens erzieht die Schule nicht. Einen Stil des Lebens entdeckt die Jugend nicht, da man ihr in Anstalten künstlicher Lehre und Unterweisung ein eigenes Leben vorenthält. Wo ihr Temperament ausbricht, wo sie sich einzeln durchzusetzen versucht, vergeht sie sich gegen gesetzte Ordnungen und macht sich schuldhaft. So lernt sie früh die Kunst sich zu verstecken. Die Schüler werden kleine, oft unglückliche Strategen ihrer Schwächen und unterdrückten Wünsche. Allmählich und unbewußt verschiebt sich ihr Lebensplan, der weder mit ihrem Wesen noch mit den Wirklichkeitsmöglichkeiten überein-

stimmt. Das Raffinement, mit dem sie sich gegen Schule und Umwelt schützen, steigert sich, wie es die Individualpsychologie an einfachen und erschütternden komplizierten Beispielen zeigt. In dem selben Grad aber verengen und verschnüren sich die Maschen der Gesetze und der Ordnung, verschärft sich die Disziplin, wird der Lehrer zum gleich raffinierten Gegenspieler, Beobachter, Kontrolleur und Richter der Jugend. Schon die Schule wird zum Krieg aller gegen alle, den die Gesellschaft später fortsetzt. Die Wahrheit liegt freilich in der Umkehrung: Weil das Leben der Gesellschaft jeder tiefern sinnvollen Gebundenheit entbehrt, weil Wirtschaft und Kultur, bar des organischen Zusammenhangs, der Anarchie verfallen, muß die Schule dieser Gesellschaft das planlose und unvernünftige Wettrennen und Wettrennen der Geister und der Hände notwendigerweise widerspiegeln.

Wenn Adler sagt, daß sich »der Patient seine mit der Wirklichkeit kontrastierende Innenwelt auf Grundlage einer verfehlten individuellen Perspektive ausbaut«, so gilt dies höchstens eben für den sogenannten Kranken (wobei über den Begriff des Krankseins hier nichts ausgesagt werden soll). Für den Gesunden ergibt sich jedenfalls in der Gesellschaft wie in der Schule eine Umkehr der Situation. Die Ursache des Kontrasts liegt in den weitaus meisten Fällen nicht im Individuum selbst sondern in der Wirklichkeit, an der es erkrankt. Die Unnatur und Widerspruchserfülltheit der heutigen Gesellschaft drängt fälschlicherweise den Menschen in die Rolle des Minderwertigen, macht ihn gegen seinen Willen und gegen seine Gesamtneigung zum feindseligen Opponenten. Wenn die Psychotherapeutik im Kind die falschen Wertungen von eigener und fremder Größe aufheben, es von seinem geistigen Zwangsmechanismus befreien will, um es wieder selbständig und unabhängig im Denken und Handeln zu machen, muß die praktische Pädagogik danach trachten die Schule gesunden zu lassen, den Geist ihrer Arbeit und ihres Lebens zu wandeln, ihren Rhythmus dem des Kindes anzugleichen. Sie muß die Schule der Lebensfremdheit entreißen, sie selbst von ihrem Lebensgegensatz befreien, die Mechanistik ihres "Betriebs" überwinden helfen, ihre starre Autorität brechen, mit einem Wort: die Schule in ein menschliches Verhältnis zur Jugend rücken. Die Unterrichtsinstitution muß zur Lebensfunktion der Jugend werden. Der Schüler braucht kein Stoff- und Unterrichtsreglement sondern ein auf seine Art, seine Bedürfnisse und sein Wesen begründetes Arbeits- und Lebensreglement. Adler ist sich dessen theoretisch voll bewußt: »Wir steuern einer Zeit entgegen, wo jeder selbständig und frei, nicht mehr im Dienste einer Person sondern im Dienste einer gemeinsamen Idee seinen gleichberechtigten Platz ausfüllen wird, im Dienste der Idee des körperlichen und geistigen Fortschritts.« Auf solcher Grundlage wird die Schule die Jugend zur vollen und eigenen Kraftentfaltung führen, wird sie gesund erhalten, was gesund ist, und den heute isolierten Menschen der rettenden Gemeinschaft zurückgeben.

Sie ist darum eine soziale, eine "Gemeinschaftsschule", eine Schule der neuen Gesinnung, der Solidarität. Sie muß eine eigene Wirtschaft haben, in deren notwendiger, praktischer Arbeit sich der Schüler bewußt einsetzt und die Sorge für die materielle Existenz der Schulgemeinde an seinem Teil verantwortlich übernimmt. Je nach Lage und Möglichkeit wird sie vornehmlich die landwirtschaftliche, Garten- oder Werkstättenarbeit für ihren Haushalt dienstbar machen, ohne den Schüler zum Zwangs- und Lohnarbeiter herab-

zudrücken. Das pädagogische Motiv aller Arbeit bleibt führend und entscheidend, es steckt unmittelbar in der Nötigung zur täglichen Lebenserhaltung, Lebensgestaltung, Lebensformung und in der Gemeinsamkeit aller Verpflichtungen. Die persönliche Arbeit ist zwingend, unumgänglich und darum sachlich. Die natürlichen Begabungen rücken an ihre Plätze. Die Handarbeit zerstört die begriffliche Welt des Scheins, weckt den Sinn für die Realität und den Willen sie zu bewältigen. Die Gestaltung des äußern Lebens findet jede Möglichkeit. Wie der Lebenskampf der Gesellschaft die Basis ihres materiellen und geistigen Seins ist, ihrer Wirtschaft und Kultur, so muß der Lebenskampf (nicht Brotkampf) die Grundlage der jugendlichen Gemeinschaft sein, wohl nach Größe des Formats verschieden, nicht nach Sinn und Inhalt. Nur so vermag sich die Jugend die Technik und die Fähigkeiten anzueignen, deren sie zu ihrer Eingliederung in das spätere Leben bedarf; nur so auch findet die geistige Welt der Schule eine feste, gesunde Basis, auf der sie sich erhebt, und als deren Überbau sie erscheint. Der jugendlichen Wirtschaft entspricht eine jugendliche Kultur, die jugendlicher Wesensausdruck ist. Der persönlichen, individuellen Arbeit, soweit sie sich äußerlich von der Gemeinschaft streckenweise ablöst, gewährt die neue Schule Raum in Werkstätten, Laboratorien und Bibliotheken. Jedoch wird ihr Ziel nicht autoritativ unter dem Gesichtspunkt einer zu beherrschenden "allgemeinen Bildung" bestimmt sondern nach freier Entscheidung aus dem Sollen und Wollen des jungen Menschen heraus. (Daß die Prüfungsbestimmungen diesen Grundsätzen einstweilen entgegenstehen, ändert nichts an der Aufgabestellung der neuen Schule.) Die inneren und äußeren Konfliktmöglichkeiten zwischen Individuum und Umgebung sind also behoben, jedenfalls auf das gegebene Maß herabgesetzt, da die Tendenzen des Besondern und des Allgemeinen ineinanderfallen. Wo sie notwendig differieren, entspringen ihrem Gegensatz die Entwicklungs- und Lebensanlässe für das Individuum. Die Spannung zwischen Subjekt und Objekt ist naturgegeben, kann und soll nicht aufgehoben werden. An den Schranken der Natur entzündet sich menschliches Bewußtsein, ihre Durchdringung ist Aufgabe des erwachten Geistes.

In der neuen Schule bedarf es somit einer Scheinstrategie zur Sicherung des Selbst und seiner überpersönlichen Ziele nicht mehr. Da ihr Leben auf Einfachheit und Wahrhaftigkeit begründet ist, würde jeder Kunstgriff sofort erkannt und der falsche Spieler entlarvt werden. Die Gemeinschaftsschule führt zur Abrüstung aller Hilfsmittel einer trügerischen und gefährlichen Verteidigungsstellung unserer Jugend und zur Aufrüstung aller geistigen und moralischen Energieen in ihr. Unbefehdet und ungestört prägt die Jugend die Grundlinien ihres Lebensplans, der in die Gesellschaft hinausweist. Die Lebenslüge verachtet sie, in ihrer Lebensführung gewinnt sie Stil, Gesinnung und Charakter und damit alle inneren Voraussetzungen die menschliche Gesellschaft zu begreifen, ihre Positionen zu erobern, ihre Entwicklung zu beeinflussen und zu gestalten. Die soziale Schule ist die Befreiung der Jugend.

Hat also die Individualpsychologie auf dem Gebiet des Seelenlebens und der Lebenshaltung der Jugendlichen die wissenschaftlichen Erkenntnisse vertieft und in überraschender Weise vermehrt, so hat, in Übereinstimmung mit ihr, die praktische Pädagogik die Aufgabe diejenige Form der Schule zu schaffen, in der die Jugend unverdorben der menschlichen Gesellschaft entgegenwächst. Heilen wir die Schule, dann heilen wir unsere Jugend.



ANNA SIEMSEN · SOZIALISTISCHER KULTURBUND



UNTER der Initiative des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit hat sich in Berlin ein Kulturbund konstituiert, dem zunächst diejenigen Organisationen angehören, die vorzugsweise auf kulturellem Gebiet tätig sind: der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Proletarischen Kinderfreunde, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und die Arbeiterwohlfahrt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der weitgehend an kulturellen Aufgaben beteiligt ist, aber in loserer Verbindung mit der Partei steht, ist durch einen Vertreter über die Arbeit orientiert. Ebenso sind diejenigen Organisationen, die einzig ein abgeschlossenes Gebiet kultureller Arbeit verwalten, wie die Freie Volksbühne, die Arbeitersänger usw., zum Teil bereits jetzt angeschlossen, zum Teil wird die Möglichkeit offen gehalten sie später heranzuziehen. Nur die oben genannten Organisationen, die in besonders engem Verhältnis zur Partei stehen, bilden indes den Kulturbund. Die Notwendigkeit einer solchen Zentralstelle, die die vorhandenen Kräfte zusammenfaßt, die geleistete Arbeit registriert und, wo dies Bedürfnis sich zeigt, konzentriert, ist wohl von jedem, der in kultureller Arbeit steht, bereits empfunden worden. Zurzeit besteht die Möglichkeit konzentrierter Zusammenarbeit nur lokal, und dort auch nur, wo Personalunionen zufällige Verbindungen schaffen; fehlen diese, so weisen schon die einzelnen Orte ein Neben- und Durcheinander von Bestrebungen auf.

Die starke Beschäftigung mit irgendeiner spezialisierten Arbeit, vom Aufbau volkswirtschaftlicher Kurse bis zur Einrichtung von Walderholungsheimen und alkoholfreien Kaffeestuben, führt leicht dazu, daß man diese Arbeit riesengroß im Vordergrund, alle anderen Probleme und Aufgaben winzig und verschwommen als Hintergrundsstaffage sieht. Jedem von uns sind aus Tagungen und Konferenzen solche Kulturspezialisten bekannt, die aus sehr nützlichen und schätzenswerten Arbeitern sich zu einem fanatischen Prophetentum entwickelt haben und in der Diskussion die Rettung der Welt durch ihr Spezialsteckenpferd mit flammenden Worten verkünden. Noch besser aber kennen wir sie aus der täglichen Arbeit, wo ihr Opfermut und ihr Arbeitswille nur zu oft alle Zusammenarbeit illusorisch machen, wenn und soweit sie nicht imstande sind ihre Bestrebungen in Zusammenhang und in richtiges Verhältnis zur Gesamtarbeit zu bringen. Dadurch kann es geschehen, daß die Arbeit in einer Ortsgruppe oder in einem Bezirk in lauter Grüppchen- und Konventikelwerk auseinanderfällt, oder daß irgendein einseitiges Bestreben, sagen wir Monismus oder Arbeitersportlertum oder irgendetwas an sich Nützliches, alle Kräfte schluckt, für andere notwendige Dinge keine Teilnahme aufkommen läßt und schließlich im schlimmsten Fall von der großen Arbeiterbewegung abführt, statt ihr zuzuleiten.

Die örtlichen oder Bezirksparteisekretariate können dabei nicht sehr viel tun. Ihre rein politische Aufgabe bringt es mit sich, daß sie nicht nur die Bildungs- und Kulturbestrebungen der politischen Forderung unterordnen (das braucht nicht verhängnisvoll zu sein) sondern zugunsten der Tagespolitik beiseitestellen müssen. Das ist etwas völlig anderes und in jedem Fall gefährlich. Darüber hinaus aber können sie in kulturellen Dingen nicht hinreichend unterrichtet sein. Sie werden Bestrebungen und Organisationen zwangsläufig nach ihrem allgemein agitatorischen Wert mehr als nach ihrem

innern Gehalt, Massenorganisationen und -schaustellungen mehr schätzen als intensive Kleinarbeit, die in die Tiefe geht, und den Erfolg nach Mitgliederzahlen und Stimmzetteln zuwachs rechnen, statt nach der Seite der innerlichen Revolutionierung, bei der aller Wert der kulturellen Arbeit liegt. Wo eine örtliche Konzentration versucht worden ist, wie in Leipzig oder ganz Sachsen durch das Arbeiterbildungsinstitut, sind trotz der kurzen Wirksamkeit und trotz den inneren Reibungen die Erfolge recht bemerkenswert. Aber sie sind durchaus nicht hinreichend. Im ganzen stehen wir heute vor der Tatsache, daß trotz der Fülle der geleisteten Arbeit und trotz den sehr schönen Einzelerfolgen das Gesamtgebiet der kulturellen Arbeit ein chaotisches Durcheinander zeigt. Einer Überfülle auf manchen Gebieten steht völlige Vernachlässigung auf anderen gegenüber. Die Initiative ist oft durchaus willkürlich und sporadisch. Vor allem fehlt in den meisten Fällen durchaus die Beziehung auf die politische Arbeit und auf die Idee der gesamten Arbeiterbewegung. Diese Idee einer neuen menschlichen Kultur, die sich auf der verantwortlichen und solidarischen Zusammenarbeit aller Glieder der Gesellschaft aufbaut, kann allein bei aller Vielheit der Formen die Einheit unserer Arbeit verbürgen. Was ihr nicht unterzuordnen ist, mag an sich wünschenswert sein, hat aber mit sozialistischem Kulturwillen nichts zu tun.

Ich greife ein Beispiel heraus: Die Einrichtung von guten Fürsorge- und Waisenhäusern, von Mütterheimen, Erholungshäusern und Ferienkolonien ist unerläßlich und gehört in das Gebiet der Arbeiterwohlfahrt. Wünschenswert ist es, daß alle diese Institute einwandfrei eingerichtet, hinreichend dotiert, von durchgebildeten Fachkräften geleitet und in gutem Stand erhalten werden. Werden alle diese Voraussetzungen erfüllt und ihre Bewohner als Gegenstände einer fürsorglichen Tätigkeit angesehen, die sie dem gegebenen Rahmen einfach einpaßt und als Entgelt dankbare Unterordnung erwartet, so unterscheidet sich diese Tätigkeit in gar nichts von bürgerlicher und kirchlich karitativer Wohlfahrtspflege. Sie kann dann vielleicht augenblickliche Notstände beheben und aus reinen Nützlichkeitsgründen Stimmzettelerfolge und Mitglieder gewinnen: für die Arbeiterbewegung, für die Verwirklichung sozialistischer Kultur bedeutet sie nichts. Eine gleichartige Einrichtung, die sozialistisch bestimmt ist, wird sich in den Äußerlichkeiten nicht sehr, um so mehr im innern Aufbau unterscheiden, dadurch daß sie keine Objekte der Wohlfahrtspflege sondern nur verantwortliche Glieder einer Gemeinschaft kennt, die nicht in einen fertigen Rahmen eingefügt werden dürfen sondern die Formen ihres Zusammenlebens und -arbeitens gemeinsam schaffen und bestimmen. Je mehr es gelingt Bürokratie durch Selbstverwaltung, äußere Disziplin durch innere Verantwortung und Unterordnung, Vorschrift durch freiwillige Einordnung in selbstgeschaffene Formen zu ersetzen, je mehr Autorität von Solidarität abgelöst wird, desto mehr dürfen wir von sozialistischer Kulturarbeit sprechen.

Damit ist schon gesagt, daß alle diese Arbeit Erziehungsarbeit ist. Und das gilt für alle Bildungsbestrebungen ebenso sehr wie für die Wohlfahrtsarbeit. Organisierte Erziehungsarbeit ist nur vorhanden, wo gesellschaftlicher Wille wirkt, wo also, sei es noch so unklar, eine gesellschaftliche Idee die Arbeit belebt. Kirchliche und staatliche Erziehungsorganisationen sind uns Beispiele dafür, wie stark eine solche Idee lebenbestimmend wirken kann. Eine überwältigende Menge sogenannter Volksbildungsarbeit, von den Kunstver-

einen bis zur Volkshochschule, zeigen die Wirkungslosigkeit auch der bestgemeinten Bestrebungen, wo dieser Wille, wo diese tragende Idee fehlt. Aller Erfolg unserer Arbeit hängt davon ab, wie weit unsere Lebens- und Gesellschaftsauffassung die Einzelheiten unserer Arbeit auf allen Gebieten bestimmt und formt. Ist für unsere gegenwärtige Gesellschaft die Vereinzelung jeder Lebensäußerung, die Spezialisierung aller Erkenntnis, das *L'art pour l'art*, "Forschung" in der Wissenschaft, "Bildung" um der Bildung willen, charakteristisch, so setzen wir dem die Verbundenheit aller Lebenserscheinungen und ihre Verwurzelung im Ganzen der Gesellschaft entgegen. Darin besteht unser Gegensatz gegen alles, was sich bürgerliche Volksbildung nennt, ebenso wie gegen bürgerliche Wohlfahrtspflege, Jugendpflege, Schulpolitik. Überall kann es sich nicht darum handeln Notstände durch äußere Eingriffe zu beseitigen, Leistungen durch äußere Beihilfe zu ermöglichen, sondern vorhandene Kräfte, die durch die gesellschaftliche Desorganisation verwahrlosen, verkümmern, zu lösen, zu organisieren, dem Leben der Gesamtheit fruchtbar zu machen. So verschiedenartig die Formen sein mögen, in denen sich diese Arbeit organisiert, Idee und Ziel müssen durchaus die gleichen sein, und einheitlich kann daher auch nur das Auftreten nach außen gegenüber der wesensfremden bürgerlich-bureaukratischen Kulturarbeit sein.

Diese Tatsache: daß eine Idee sie trägt, ein Ziel ihre Richtung bestimmt, macht es möglich sozialistische Kulturbestrebungen in einer zentralen Stelle zusammenzufassen. Notwendig wird dieser Zusammenschluß, damit aus den tausend Erfahrungen der täglichen praktischen Arbeit eine Organisation der andern Anregung und tiefere Einsicht mitteile. Nur so lassen sich Einseitigkeit, sektenhafte Überschätzung der eigenen Arbeit und direkte Fehlgriffe vermeiden. Auch hier ein Beispiel. Dem Gesetzentwurf zum Schutz der Jugend gegen Schmutz und Schund gegenüber hat die sozialistische Arbeiterjugend eine merkwürdig vermittelnde Haltung eingenommen, weil ihre Erfahrung stärker das Schlimme gewisser Vergnügungen und der Schmutzliteratur bezeugt als die Gefahr und Zweischneidigkeit äußerer Verbote. Hier hätte die Erfahrung der anderen Organisationen regelnd eingreifen können und eine einheitliche Abwehrhaltung ermöglichen müssen. Das ist ein Fall negativer Haltung. Positiv muß es möglich sein von den Proletarischen Kinderfreunden an über die Schulorganisationen, die Arbeiterjugend und Arbeiterwohlfahrt einen Ring zu schließen, der alle Maßnahmen, durch die wir Menschen in die Gesellschaft eingliedern, mit unserm Geist, dem Geist einer werdenden Gemeinschaft, erfüllt und alle politischen Aktionen einheitlich vorbereitet und durchführt.

Wie viel hier noch zu tun ist, insbesondere auch, um diese Aufgaben gleichberechtigt neben die wirtschaftlichen und formalpolitischen zu stellen, leuchtet ohne weiteres ein. Die vollkommene Niederlage der sozialistischen Parteien auf dem gesamten Gebiet der Schul- und Erziehungspolitik und ihre absolute Einflußlosigkeit zeigen es deutlich.

Der Reichsausschuß für sozialistisches Bildungswesen hat bisher sein Arbeitsgebiet in reiner Propagandatätigkeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gesucht und gefunden. Seine Leistungen in dieser Beziehung sind unbestritten, aber sein Gebiet ist zu beschränkt, seine Arbeit daher zu wenig im täglichen Leben verwurzelt. Für den Ausschuß allein wäre es unmöglich die notwendige Erweiterung vorzunehmen. Die Zuziehung der gro-

Ben Organisationen, die auf Einzelgebieten, aber im umfassenden Sinn der Erziehung zur sozialistischen Gesellschaft arbeiten, gibt die Möglichkeit in jedem Einzelfall geschlossen und dadurch wirkungsvoll vorzugehen, Lücken in der bisherigen Arbeit systematisch zu beseitigen und in den Bezirks- und lokalen Organisationen zu einer einheitlichen Zusammenarbeit zu führen.

Natürlich hat auch solch ein notwendiger und eigentlich selbstverständlicher Zusammenschluß seine Gefahren. Sie können aus einem Mißverstehen der Idee der Einheit entstehen. Einheitliche Kulturauffassung bedeutet weder einheitliche Parteidogmen noch einheitliches Aktionsprogramm, am allerwenigsten ein Einschwenken auf das Kommando der Zentralstelle.

Das erste ist in Kulturdingen überhaupt verhängnisvoll. Wenn wir Bürokratismus, Gewissenszwang, Polizeimaßnahmen ablehnen, wenn wir Verantwortungsgefühl und Solidaritätsbewußtsein von unten her und von innen heraus wecken und stärken wollen, so setzt das eine sehr große Freiheit und Duldsamkeit voraus und den Willen nur durch die Kraft der Überzeugung und durch demokratischen Aufbau der Organisationen zu wirken. Wir haben in der letzten Zeit Ansätze zu fataler Maulkorbpolitik erlebt. Ich erinnere an den Fall Nelson, auch an manche Vorgänge bei den Jungsozialisten, die für einen Kulturbund tödend sein müßten.

Das zweite, das einheitliche Aktionsprogramm, läßt sich nicht im voraus schaffen. Die Elastizität den jeweiligen Situationen gegenüber muß gewahrt bleiben. Unser Ziel braucht dadurch nicht verdunkelt zu werden. Wir haben beispielsweise die Weltlichkeit der Erziehung als wesentlichen Punkt unseres Kulturprogramms. Wie dieses Ziel schrittweise zu erreichen sei, das können wir nur aus der gegebenen politischen Lage ableiten.

Das Schlimmste und praktisch Unmöglichste wäre es natürlich, wenn der Kulturbund sich als Hilfstruppe fühlen wollte, die auf Befehl hin Resolutionen zu fassen und Demonstrationen zu veranstalten hat. Das bedeutete den Tod aller wirklichen, ihrem Wesen nach stillen und auf lange Sicht wirkenden Kulturarbeit. Darum scheint mir eine Überdisziplinierung und Schematisierung ebenso bedenklich wie der Versuch eine Fassadenkultur zu zeigen, der heute in Deutschland leider so nahe liegt. Im Zeitalter der Ausstellungen, Jahrtausendfeiern, deutschen und rheinischen Gesundheits- und Sporttage und -wochen liegen solche Dinge in der Luft. Sozialistische Kulturtagungen können nun aber ihrem Wesen nach nichts Gewordenes zeigen. Sie haben Sinn als Zusammenkünfte der Arbeiter und ernster Verständigung. Beides tut uns bitter not. Als solche können sie sogar einen ungemein propagandistischen Wert haben, aber sie sollten auf einen engen Rahmen beschränkt bleiben und nur mit scharf umrissenen Arbeitsprogrammen einberufen werden. Dann kann von ihnen eine ungemeine Befruchtung ausgehen. Wir haben zurzeit sehr viel ernen Arbeitswillen, sehr viel hoffnungsvolle Ansätze im einzelnen. Aber all dies keimende Leben kämpft vereinzelt gegen schwere Hemmungen, und es ist gar nicht abzuschätzen, welche Kräfte der Arbeiterbewegung dadurch dauernd verloren gehen. Je mehr sich der Kulturbund zum Helfer und Träger dieser Einzelbewegungen macht, je mehr er seine Aufgabe darin sieht sie ohne Bevormundung und ohne Rücksicht auf äußerlichen Effekt zu sammeln, zu klären und zu vertiefen, desto größer und dauernder wird seine Bedeutung sein.

FELIX STÖSSINGER · ÜBER YVETTE GUILBERT UND DEN FRANZÖSISCHEN GEIST



YVETTE Guilbert ist jetzt, ein Vierteljahrhundert nach dem ersten Mal, wieder in Deutschland gewesen. Und sie hat bei denen, die sie hörten und sahen, und gerade auch in der jungen Generation, einen Enthusiasmus erregt, der, in Berlin wenigstens, nicht häufig aufflammt. Daß eine Vertreterin französischer Kunst bei uns so empfangen werden konnte, beweist, daß das Jahr des Ruhrkriegs, in dem man nicht einmal Carmen spielen durfte, wohl endgültig versunken ist: wenigstens für die Geistigen, wenn auch noch nicht ganz sicher für die Politiker. Das letzte Jahr hat denn auch einen neuen Verkehr beider Völker eingeleitet, von dem man nur wünschen kann, daß er den Anfang eines wirklichen gegenseitigen Verstehens bedeutet. Freilich wird vorerst nur von wenigen die Idee einer deutsch-französischen Geistesgemeinschaft vertreten, einer Gemeinschaft, die, genau wie die notwendige wirtschaftliche und politische, auf der Eignung beider Völker zu wechselseitiger Ergänzung beruht. Auf dem Weg zu einem gegenseitigen tiefen Verstehen, dem festesten Fundament eines neuen Europas, kann uns der Besuch der Yvette Guilbert mehr sein als das Erleben einer großen Künstlerin.

Ist die Bedeutung dessen, was Yvette Guilbert uns brachte, richtig erkannt und bewertet worden? Ihr wurde gewiß kein Laut der Bewunderung vorenthalten. Dennoch scheint es, daß sich der Ausdruck der Bewunderung irrt. Man beurteilte Yvette Guilbert zu einseitig nach dem, was sie einmal war oder zu sein schien. Man übersah, daß sie im Lauf der Jahre etwas anderes geworden ist. So fehlte dem Lob und der Liebe zu ihr die Kenntnis dessen, was eigentlich unsere Liebe verdient.

Wie jeder schöpferische Mensch hat auch Yvette Guilbert Wandlungen erfahren und erkämpft. Ihr Älterwerden bedeutet nicht ein Nachlassen sondern ein Umformen ihres Gebens zu etwas Neuem, ein Überwachsen des Zufälligen, eine Synthese alles Starken und Schönen, das einmal war, zu einer stillern, aber nicht weniger bedeutenden Einheit.

Es sind jetzt 30 Jahre, daß eine französische Zeitung von den Fremden in Paris schrieb, früher wären sie zuerst in den Louvre und zu Notre Dame gelaufen; jetzt sei ihr erstes die divette Yvette zu sehen und zu hören. Sie muß wohl damals, als die Chansonsängerin noch eine Opernstimme, fabelhafte Kleider und fabelhaften Schmuck haben mußte, eine Sensation an Modernität gewesen sein, die heute noch unseren kleinsten Provinztalenten als Silhouette vorgeistert. Als ein mephistophelisches, schwefelgelbes Furioso tauchte sie auf dem Montmartre als Geschöpf ihrer eigenen Phantasie auf, nachdem sie eben noch von den Boulevardtheatern durch ihre Mißerfolge vertrieben worden war. Es war im 10. Jahr der Herrschaft Rodolphe Salis', als sie, originell bis in die Fußspitzen, auf der butte erschien und dort sofort als eine gesungene und geistvoll ergreifende Erfüllung des Zeitgeistes wirkte, wie etwa auf ganz anderm Gebiet Else Lehmann für die deutsche Moderne von 1895. Mager, die Spinnenarme in schwarzen Handschuhen bis zum Ellbogen, stand sie, divinément perverse, als Sängerin eines eigenen Liedes Je suis pochard! im Divan Japonais vor einer fassungslosen, aber schnell begeisterten Gemeinde. Man erinnere sich nur, wie damals das Repertoire

einer Chansonnettensängerin aussah, um den Sprung zu fassen, den Yvette Guilbert mit ihrem Realismus wagte. Sie fand das Tingeltangel als eine hohl-schallende Unterhaltung vor und brachte statt dessen erst ein von ihr gedichtetes, dann ein aus der Literatur kühn zusammengestelltes Repertoire von Stücken, in denen eine menschlich packende Situation in raschen, schonungslosen Strichen dargestellt wird. Ihre Tat war die Fortsetzung der Dichterrevolution der Flaubert, Maupassant, Zola, der Malerrevolution der Manet, Monet, Renoir in der Zone des Brettl's. Und wie so oft brachte nicht nur ein Muß, sondern auch eine Not die schöpferische Leistung hervor. Der guten Yvette, die eben noch eine kleine Schneiderin für große Damen gewesen war, fehlte nämlich im landläufigen Sinn alles zur Brettlschönheit. Dafür hatte sie alle äußeren und inneren Qualitäten die Duse des Cabarets zu werden. Sie wurde es und schuf in vollster Originalität ihr Werk: ein neues Genre und eine neue Art es darzustellen. Mit dem Chat Noir hatte sie übrigens nichts zu tun, wie sie selbst auch niemals dort aufgetreten ist. Auch der Chat Noir war ja nur eine der vielen Explosionen des ruhelosen französischen Geistes. Eine solche Explosion war auch Yvette Guilbert, in der sich der Vierte Stand eine Chansonsängerin eigensten Geblüts geschaffen hatte. Denn Yvette ist nicht Dame, nicht Salon, sondern ein Kind der Arbeit, das frühzeitig die Not, die Hölle, die Erniedrigung der Armut kennen gelernt hatte. Aber in welchen Segen hat sich diese ihre Jugend verwandelt, und wie dankbar weist Yvette Guilbert in ihrer rührenden Schilderung ihres Lebens darauf hin, daß sie das Wesentliche ihres Talents ihrem Leben als Midinette und mit Midinettes verdanke: »Jawohl, die Pariser Arbeiterin ist es, der ich das Wesentliche meines Talents danke. Denn durch sie lernte ich das Leben kennen. Das Leben, das den armen Mädchen bestimmt ist, die nichts zu ihrem Schutz besitzen als ihren Verstand, ihre Schamhaftigkeit und ihre Religion. In diesem Milieu des Kampfes um ein Stück Brot und ein bißchen Liebe sind sicherlich diese übertriebene Empfindsamkeit, diese Bitterkeit und diese Ironieen hochgekommen, aus denen mein Beruf als Chanteuse seine stärksten Effekte herausgeholt hat, aber auch seine menschlichsten und seine ehrlichsten.«

Was zunächst auf die Bühne sprang, war ein Attentat auf alles Bestehende: »la révolte parisienne de la désillusion«, wie die Goncourts schrieben, »la formule légère et gamine du blasphème«. Aber diese Revolte genügte Yvette Guilbert nicht. War doch selbst die butte sacrée, der Fels, der Jahrzehnte eine Kaaba der europäischen Jugend war, nicht auf einen so negativen Begriff zu bringen. Es war eine Zeit neuer Befreiung aus Vorurteilen, nicht mehr als eine Minute des Prozesses der Wandlung, den dieses schöpferische Land niemals aufhört immer neu zu erleben, ohne sich deswegen verantwortungslos in das Unerprobte zu stürzen. Die Verbindung mit der Vergangenheit, die Verschmelzung mit den anderen Elementen des französischen Wesens suchte auch die Bohème dieses Berges zu finden, auf dem damals noch ein Dorf stand, wie man auf Renoirs Bild sehen kann. Zunächst suchte sie jeder auf seine Weise. Willette hüllte den Märtyrerberg in die Schneeträume seiner Pierrots, denen das Herz der Mimi Pinson wie eine Hostie leuchtet. Aber war dieser Pierrot in den american bars nicht auch zugleich der überlebensgroße, vom Leben ausgestoßene Komödiant Gilles, der von Watteau gemalt im Louvre hängt, und dem selbst der gewaltige Daumier nachgeträumt hatte, und war Mimi, die ins Paradies kam, weil sie

mitleidsvoll einem traurigen Pferd einen Kuß auf die von Hafer bedeckte Schnauze drückte, nicht auch Manon und nicht auch eine Kammerzofe bei Gil Blas? Da trat Steinlen auf die Straße, sah ihren Schmutz, zeichnete die Häuser, hinter denen die Tuberkulose brütet, die Mädchen, die einmal wieder den Männern beim Barrikadenbau helfen sollten, und die Besoffene in der Gosse, la soûlarde, die zu Yvettes erschütterndsten Schöpfungen gehört. Und damit nichts aus dem reichen Boden Frankreichs fehle, fand sich auch plötzlich der letzte Graf von Toulouse-Lautrec in diesem Kreis ein, das Monstrum, das die Marmortische der maisons de rendez-vous mit Zeichnungen bedeckte, die unsterblich wie seine anderen Schöpfungen gewesen wären, wenn die Zimmermädchen sie nicht am nächsten Morgen mit nassen Tüchern weg-gewischt hätten. Hier vollzog Frankreich wohl die kühnste seiner vielen Synthesen, die dreifache Verbindung des Mont Geneviève mit dem Montmartre und dem Faubourg Saint-Germain, die man historisch und psychologisch analysieren mußte, um ganz das Genie dieser schöpferischen Zusammenfassung verstehen zu können. Das alles war Yvette, sang Yvette, spielte Yvette. Und wenn es heute nicht mehr ausschließlich ihr Schaffensgebiet ist, so nur deswegen, weil es nur ein Teil ihres Wesens sein konnte, wie es auch nicht mehr als eine Nuance dieser französischen Epoche bedeutet hat. Denn wie sehr auch das Satanische, Makabre, Perverse die Formel war, auf die man ihre Kunst brachte, so das Interesse aller Bürger auf sie konzentrierend, so strebte doch Yvettes aus Güte, Leid und Katholizismus erwachsende Kunst zu jenem Ganzen hin, für das der Schmerz, der Fluch, das Laster, das Satanische nicht mehr als nur Bestandteile sind.

In einem besonders ergreifenden Kapitel ihrer Autobiographie dankt Yvette Guilbert ihrem Schicksal, das alle Leidenschaften des Lebens in ihrer Kunst zu einem Ganzen gemeißelt hat: »Seitdem ich lebe, überhäuft mich Gott mit so viel Freude und Leiden und läßt mich das Leben, um es mit einem Wort zu sagen, wahrhaft "leben" und es in allen seinen Abstufungen und seinen Erscheinungsformen kennen lernen. O, wie danke ich Gott, daß er aus mir kein "ausschließlich" glückliches Wesen gemacht hat, wie weiß ich ihm Dank, daß er mich den Geschmack des Schmerzes und der Tränen gelehrt hat.«

Es war das Ganze, zu dem sie hinstrebte. Das gehört zu den Eigentümlichkeiten des französischen Wesens. Dieses drängt mit solcher Kraft zum Organischen und Positiven, daß es ihm stets gelingt sich in einer uns "klassizistisch" erscheinenden Form vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Der französische Dämon befindet sich in einem besondern und gewaltigen Schutz vor dem Verfall ins Negative. Diesen Schutz gewähren ihm die Kontinuität der französischen Kultur und das bewußte Erleben der Kontinuität seines Landes. Diese Kontinuität kennen und sie bewahren wollen ist für das französische Genie eines. Das setzt es instand den französischen Geist stets wieder als Ganzes zu erhalten, ja neu zu erschaffen, wie es uns gerade bei ihrem jüngsten Berliner Gastspiel Yvette Guilbert erleben ließ. Ihre Kunst mußte daher ganz natürlich über das Morbide der butte sacrée hinausstreben. Sich immer nur zu wiederholen war wohl einer Persönlichkeit zu wenig, die Emile Zola begeistert »une nature qui s'exalte et se donne« genannt hat. Nachdem Yvette Guilbert auf einmal Willette, Steinlen, Toulouse-Lautrec, Aristide Bruant gewesen war, konnte sie nicht ihre ganze Zeit, ja konnte sie nicht gar alle Zeiten sein?

Sie konnte es. Sie hat so viel Genie, Bezauberndes, Reiches, Gütiges, alles zärtlich verstehendes Sein, daß sie gar nicht anders als vielseitig, als allseitig sein kann. In ihr gibt es nicht eine provinziale, eine gesellschaftliche, eine stilistische, eine modische Beschränktheit. Und da sie Französin war, und da sie einmal eine Form hatte, stand ihr der Eingang in alle Provinzen der Landschaft und der Geistesgeschichte Frankreichs offen. Und nun machte sie das ganze französische Singen lebendig, von den byzantinisch-romanischen Legenden her bis zu den Dichtern unserer Zeit, zu Baudelaire, Richopin, Laforgue, Jammes. Sie selbst war Martha und Maria. Sie selbst der Bauer der *chanson féodale*. Sie läutete die Glocken von Nantes, sie war der Ritter, war Marlboroughs Page und der unvergeßliche *joli tambour*, dem bis zum Blauen Vogel so viele gefolgt sind, ohne das Vorbild zu erreichen. Sie sang panurgische Lieder, war Hirt, Musette, war der geplagte Städter, der gegen Ludwig XV Pasquille schleudert. Sie trug die Krinoline des Zweiten Kaiserreichs und die Arbeitermütze der *Communardin*.

Und dabei wurde sie immer mehr reine Künstlerin, die sich nie an eines verliert sondern jedes gestaltet, weil sie von jedem weiß, daß es immer noch ein Anderes, ein Höheres, ein Letztes hinter dem Letzten gibt. Das gerade verlohnt noch einen Augenblick der Betrachtung. Die französische Kultur hat alle ihre Schöpfungen souverän geschaffen, das heißt sich in keiner ihrer Schöpfungen erschöpft. Sie hängt daher auch an keiner ausschließlich. Jede war die Gestaltung eines Willens, eines Lebens. Jede war zeitlich bedingt, war das Mittel zum Leben, nicht das Leben selbst und nicht identisch mit dem Wesen der Nation. Frankreich ist daher auf keine Zeit, auf keinen Stil festzulegen. Es war in jeder Epoche und in jedem Stil Frankreich. Deswegen erkennt es sich in jedem seiner Stile wieder. Sich an eine bestimmte vergangene Epoche zu binden ist reaktionär; alle als Einheit immer wieder neu zu schaffen macht die Kultur eines Landes aus.

Das ist auch das Geheimnis der oft zitierten französischen Tradition. Sie ist die Zusammenfassung dessen, was lebendig war und lebendig geblieben ist. Tradition heißt in Frankreich zum Geschaffenen immer Ja sagen und nur das, was dem neuen Schaffen im Weg steht, beseitigen, so gründlich als nötig ist, aber auch um nichts mehr. Denn die Tradition ist in Frankreich kein Faulbett zum Ausruhen sondern eine Basis zum Aufbauen. Daher das stets Lebendige Frankreichs, wo stets das wahrhaft Seiende herrscht, Gotik und Barock, Renaissance und Klassizismus, Antike und moderner Konstruktivismus zeitlos zu einem einzigen Licht zusammenfließen. Je nachdem erscheint das Schaffen des Landes einmal als Tradition, einmal als Revolution. Diesen Geist findet man in unzähligen Äußerungen wieder, in den großen Werken der Kunst, in den Erscheinungen der Straße, in einer Diseuse, ja manchmal in einer harmlosen Pressenotiz. In diesem Sinn französisch zu sein ist Yvette Guilberts Ruhm. Ihr mimisches Genie haben andere auch, auch die anderen Völker haben Wunderbares im tragischen und komischen Ausdruck geschaffen, Yvette deswegen über alle loben heißt sie falsch loben. Das Große an ihr ist: daß sie eine ganze Kultur, ein Land mit tausend Jahren Gesang und Arbeit, mit so leichten und beglückenden Mitteln darstellt. Das vermag freilich nicht ein einzelner kraft seines Geistes, sondern nur die Kraft des Geistes eines ganzen Volkes durch das Genie eines einzelnen.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quesel

**Italien und
Deutschland**

Am 6. Februar beantwortete der italienische Ministerpräsident eine Anfrage des Abgeordneten Farinacci über das Verhältnis Italiens zum Deutschen Reich, indem er sich auf eine Erklärung des bayrischen Ministerpräsidenten bezog, der alles tun wollte, um die Lage der Deutschen in Südtirol zu verbessern, mit diesem Versprechen aber den »energischsten Protest gegen die brutalen Gewaltakte in Südtirol« verbunden hatte. Die Rede Mussolinis erregte in Deutschland großes Aufsehen. Zunächst stellte Mussolini vor der Kammer fest, daß die Behauptungen der Presse Deutschlands von dem Abbruch des Denkmals Walthers von der Vogelweide, von der Verbrennung des Monuments der Kaiserin Elisabeth in Bressanone, von dem Verbot deutscher Weihnachtsbäume und von Gewalttaten gegen deutsche Touristen »stupide und lächerliche Lügen« seien. Er drohte jede deutsche Boykottbewegung mit »Repressalien im Quadrat« zu beantworten und eventuell selbst vor einem Verbot deutscher Waren nicht zurückzuschrecken. Die Rede, die anscheinend unvorbereitet gehalten wurde, war mit rhetorischen Wendungen geschmückt, die in Deutschland als Kränkung empfunden werden mußten.

Aus der Antwort, die der deutsche Reichsminister des Auswärtigen dem italienischen Ministerpräsidenten am 9. Februar im Reichstag erteilte, verdient die Stelle hervorgehoben zu werden, die von den »unwahren und entstellenden Einzelnachrichten über angebliche spezielle Unterdrückungsmaßnahmen der italienischen Regierung« spricht: »Dahin gehört die in die deutsche Presse übernommene Mitteilung über das Verbot des Verkaufs von Weihnachtsbäumen, Dahin gehören die angeblich verfügte Versetzung des Denkmals Walthers von der Vogelweide und die Nachrichten ähnlicher Art, die sich als unwahr erwiesen haben.« Es ist dabei festzustellen, daß diese von »gewissen Provokateuren« absichtlich nach Deutschland gesandten Lügen bei uns allgemeinen Glauben gefunden hatten. Mit Recht betonte daher auch Stresemann, daß diese »übertreibenden und unwahren Darstellungen die Leidenschaften besonders erhitzt« hätten. Beachtenswert war in seiner Rede noch

der Satz, daß Italien versucht hätte »bei den Verhandlungen über den Locarnovertrag auch eine Sicherheit für die Brennergrenze durch internationale Abmachungen zu erreichen«. Dieser Wunsch sei jedoch aus »formellen Gründen« von deutscher Seite abgelehnt worden. Kritisch ist dazu zu sagen, daß das deutsche Interesse eine Garantierung der Brennergrenze durchaus erfordert hätte. Geht man von der Anschauung aus, daß die südeuropäischen Staaten die Vereinigung Deutsch Österreichs mit Deutschland nur hinnehmen können, wenn Berlin ihnen die Grenzen der Friedensverträge von 1919 ausdrücklich garantiert, so muß man zugeben, daß der Brenner zwischen Großdeutschland und Italien eine fast ideale Grenze bildet, weil von dem Block der 70 Millionen Deutschen dann im Süden nur die winzige Minorität von 180 000 Deutschen außerhalb der Reichsgrenze fällt. Italiens Abneigung war bisher auch gar nicht gegen ein Großdeutschland, von dem es die Brennergrenze leicht garantiert zu erhalten erwarten konnte, als vielmehr gegen eine Donauföderation gerichtet. Es ist daher auch richtig, was Mussolini am 6. Februar sagte, daß die fascistische Regierung 3 Jahre hindurch »eine sehr gemäßigte Politik gegenüber Deutschland geführt«, daß sie »dieses durch die Niederlage heimgesuchte Volk nie verfolgt und sich allen Maßnahmen von extremer Härte gegen es widersetzt« hätte. Mussolini hoffte durch ein Zusammengehen mit Deutschland und Österreich die Basis für eine Macht zu gewinnen, um dem die Küsten Italiens und das Mittelmeer beherrschenden England entgegenzutreten zu können, wobei er in der deutschen Wirtschaft die gegebene Ergänzung der heimischen sah. Der oberste Gesichtspunkt für Mussolini war dabei die kontinentaleuropäische Einigung, die Italien allein vor britischer Bedrohung schützen kann. Nachdem seine Politik in Berlin unter englischen Einflüssen abgelehnt worden war, suchte er in Locarno noch einmal ein dauerndes gutes Verhältnis mit Deutschland und Österreich, deren Anschlußbewegung man in Rom keineswegs grundsätzlich feindlich gegenübersteht, herbeizuführen, indem er eine Garantie der Brennergrenze vorschlug. Dieses Angebot, dem sich England natürlich widersetzte, ist nun, nach Stresemanns Mitteilung, von deutscher Seite aus formal-

juristischen Gründen abgelehnt worden. Wäre Deutschland auf Mussolinis Vorschlag eingegangen einen Garantiepakt über die Brennergrenze abzuschließen, so hätte dadurch nicht nur die Anschlußbewegung eine wertvolle außenpolitische Förderung erfahren, es hätte sich auch eine einzigartige Gelegenheit geboten für die Deutschen Südtirols kulturelle Autonomie durchzusetzen. Man begreift in Deutschland nicht, daß hinter Italiens (nicht etwa bloß Mussolinis) Verlangen die Brennergrenze garantiert zu erhalten sich die Sehnsucht des italienischen Volkes verbirgt der Nachbar und Bundesgenosse eines kontinentaleuropäisch orientierten Deutschlands zu werden, das ihm Hilfe und Stütze gegen die ständige Bedrohung durch England sein könnte. Wieder einmal zeigt es sich, daß die angelsächsische Orientierung der deutschen Politik das Deutsche Reich auf dem Kontinent, der sich von englischer Bevormundung freizumachen sucht, mehr und mehr isoliert. Da eine falsche Außenpolitik sich naturgemäß auch in den Handelsbeziehungen auswirkt, erleidet die deutsche Wirtschaft, deren Hauptabsatzgebiet Europa ist und bleibt, großen Schaden, der in den Zahlen der deutschen Arbeitslosen meßbar zum Ausdruck kommt. Auf diese Zusammenhänge muß gerade im Interesse des deutschen Proletariats hingewiesen werden.

Südslawien Es läßt sich nicht leugnen, daß im selben Maß, wie sich die Beziehungen zwischen Rom und Berlin verschlechtern, das Verhältnis zwischen Italien und Südslawien freundlicher wird. Die einem Kriegszustand nahekommende Spannung der beiden an der Adria rivalisierenden Völker wurde zunächst durch den italienisch-jugoslawischen Freundschafts- und Kooperationsvertrag vom Januar 1924 verkleinert. Seitdem haben sich die Verhältnisse an der Adria wesentlich verbessert, obschon im Grunde alle Reibungsflächen bestehen geblieben sind. Verschiedene Umstände, unter denen auch angebliche geheime Rüstungen Deutschlands eine Rolle spielten, die man, wie es heißt, Italien über Warschau mitgeteilt hat, sollen Mussolini bestimmt haben in Belgrad Sicherung gegen Anschläge Großbritanniens und Deutschlands, das man in Rom als den kontinentalen Degen Englands ansieht, zu suchen. In der 2. Hälfte des Februars erfolgte das ein für Europa sichtbares Zeichen des fortdauernd guten Verhältnisses zwischen Italien und Südslawien

der Besuch des südslawischen Außenministers Nintschitsch in Rom. Nach einer Meldung der Times soll man dort übereingekommen sein, daß Südslawien sich für seine Aus- und Einfuhr an der Adriaküste unter Verzicht auf eigene Hafenerweiterungspläne des italienischen Fiume bedient, während als Gegenleistung für den südslawischen Verzicht an der Adria Italien Südslawiens Bestrebungen nach Ausdehnung und Befestigung seiner Freizonenrechte im Hafen von Salonik unterstützen will. Südslawiens Drang nach dem Meer würde danach von der Adria nach der Ägäis verlegt werden. Außerdem sollen beide Staaten sich verpflichtet haben den Anschluß Österreichs an Deutschland zu verhindern. Von Kennern südslawischer Verhältnisse wird jedoch die Timesmeldung über den südslawischen Verzicht an der Adria stark bezweifelt, weil Südslawien an der Ägäis keinen Fuß breit eigenen Bodens besitzt, während es an der Adria über eine 600 Kilometer lange Küste verfügt, und seine wirtschaftlich entwickeltesten Gebiete nicht nach Salonik sondern nach den Häfen des Adriatischen Meeres hinstreben, wobei auch zu beachten sei, daß durch die Likabahn schon jetzt 6mal so viel Waren nach Spalato gebracht werden als Güter nach Suschak gehen. Die Meldung der Times, die offensichtlich darauf berechnet war die Kroaten gegen Nintschitsch aufzuhetzen, ist von Belgrad übrigens schon dementiert worden. Dagegen ist ihre Behauptung, daß sich Nintschitsch und Mussolini in Rom gegen den Anschluß Deutsch Österreichs an Deutschland verbunden hätten, von der Belgrader Regierung keineswegs abgestritten worden. Am 25. März gab Nintschitsch in der Skupschtina eine ausführliche Darstellung der auswärtigen Politik Südslawiens. Es ging aus ihr hervor, daß Südslawien an der Verständigung mit Rumänien und der Tschechoslowakei festhält. Die guten Beziehungen Belgrads zu Rom werden von Nintschitsch besonders unterstrichen. Sehr herzlich ist Nintschitsch' Sprache gegenüber Frankreich. Mit Frankreich verbänden Südslawien Gefühle unerschütterlicher Freundschaft, die durch Nintschitsch' Besuch in Paris am 2. März noch wesentlich vertieft worden seien. Sodann bestätigte der südslawische Minister, daß er geneigt sei die Beziehungen Belgrads zu Griechenland im Geist von Locarno zu regeln, um, wenn die Umstände günstig seien, zu einem Balkanbund zu gelangen.

Die Gegner der von Frankreich konsequent gegenüber der Balance of power-Doktrin aufrechterhaltenen kontinental-europäischen Politik werden mit Schmerz aus dem Mund Nintschitsch' vernommen haben, daß die guten Beziehungen zwischen Paris, Prag, Belgrad und Bukarest durch die Locarno-Verträge nicht abgeschwächt worden sind. Frankreich bleibt, wenn man von Deutschland, Österreich und Ungarn absieht, die von allen zentraleuropäischen Staaten anerkannte Vormacht Europas im kontinentaleuropäischen Sinn. Der Umstand, daß von den Mächten der Kleinen Entente nur die Tschechoslowakei an den Locarno-Verträgen beteiligt ist, hat die Bande zwischen Prag, Belgrad und Bukarest nicht zu lockern vermocht. Die englische Absicht durch den Rheinpakt die Verhältnisse zwischen Frankreich, Polen und der Kleinen Entente zu trüben ist mißlungen. Man kann vielleicht sogar sagen, daß durch die Entente Südslawiens mit Italien, die durch eine Annäherung Warschaus an Rom ergänzt wird, die Tendenzen zur europäischen Einigung noch weiter verstärkt sind. Mit Recht betont daher auch der Temps, daß diejenigen, die beweisen möchten, daß die Locarno-Verträge unvermeidlich zu einer Lockerung der Bande führen müßten, die Frankreich und die Kleine Entente verbinden, ganz und gar einem Irrtum verfallen sind, und daß die Ergebnisse nicht zögern werden ihren Irrtum zu demonstrieren. Man kann sogar annehmen, daß die Logik der Locarno-Verträge dazu beitragen wird die vertrauensvollen Beziehungen zwischen den kontinentaleuropäisch orientierten Mächten (Frankreich, Belgien, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Südslawien und Italien) noch enger zu gestalten. Wenn Deutschland, Österreich und Ungarn sich unter englischer Führung dieser Entwicklung auch entgegenstellen, so reicht doch ihr Widerstand nicht aus, das Zweimächtegruppensystem, das England zur Beherrschung des Kontinents braucht, in dem von London gewünschten Umfang wiederherzustellen. Europas Kontinent hat in seinem überwiegenden Teil erkannt, daß die englische Politik einen wirklichen europäischen Friedenszustand stört, und handelt danach. Das hat sich beim Zustandekommen der Locarno-Verträge gezeigt und wird nach ihrem Inkrafttreten noch deutlicher in die Erscheinung treten. Der Versuch Englands durch den Rheinpakt Frankreichs führende Stellung auf dem Kontinent zu beseitigen kann schon jetzt als geschei-

tert angesehen werden. Der Temps gibt sogar der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zwischen Paris, Rom und Belgrad zu einer Tripartente dieser Mittelmeerstaaten führen werden, und teilt weiter mit, daß Frankreich seinen ganzen Einfluß einsetze, um eine Verständigung zwischen Südslawien und Griechenland herbeizuführen, die den Abschluß eines allgemeinen Balkanbundes vorbereiten würde. Eine Entente der 3 Mittelseemächte, gestützt durch einen Balkanbund, böte in der Tat eine starke Sicherung gegen Friedensstörung in den Randländern des Mittelmeers.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind durch die starken Bande gemeinsamer Sprache und Kultur mit England, dem Mutterland des Angelsachsentums, verbunden. Die außenpolitischen Beziehungen beider Weltreiche lassen sich dahin zusammenfassen, daß England die Monroedoktrin, die der Union die politische Vorherrschaft auf dem amerikanischen Kontinent sichert, ebenso respektiert wie die Vereinigten Staaten die Balance of power-Doktrin anerkennen, die das politische Instrument ist, mit dem England bisher den europäischen Kontinent beherrschte. Beide Doktrinen zusammen genommen bilden das außenpolitische Fundament der angelsächsischen Welt-herrschaft. Wo sich trotz der gegenseitigen Respektierung der beiden Doktrinen Reibungsflächen zeigen wie in Ostasien, gelangen beide Mächte doch in der Regel schnell zu einer Einigung. Auch bei dem Problem der interalliierten Schulden sind die Vereinigten Staaten ihrem Grundsatz alles zu unterlassen, was die Balance of power-Doktrin abschwächen könnte, streng treugeblieben. Aus diesem Grund lehnten sie eine gesamteuropäische Schuldenregelung ab, obwohl diese ihnen finanziell wahrscheinlich von Vorteil gewesen wäre, um ja keine Gemeinsamkeit der kontinental-europäischen Interessen aufkommen zu lassen. Nach dem Grundsatz "Divide et impera" wurde jeder der Schuldner einzeln vorgenommen. Zuerst Belgien. Dann folgte Italien, das von Washington glimpflich behandelt zu sein scheint, um es angelsächsischen Wünschen gefügig zu machen. Jetzt soll Frankreich an die Reihe kommen, dem sich Washington, weil es in ihm einen hartnäckigen Gegner der Balance of power-Doktrin und also auch der angelsächsischen Welt-herrschaft sieht, als unerbittlicher Gläubiger zeigen will. Einstweilen sind aller-

dings auch die Abmachungen mit Italien noch nicht ratifiziert worden. Die Mittelmeerpolitik Mussolinis hat den Senat gegen Italien aufgebracht. England will ihre Gefahren dadurch beseitigen, daß es Italien in Afrika an sich zu fesseln sucht: daher das von Chamberlain mit Mussolini abgeschlossene und am 17. April mitgeteilte Abkommen über Abessinien, das Frankreich Italien entfremden soll (ein Ziel, das schwerlicher erreicht werden wird). Auf der andern Seite soll dann Italien durch Amerika die angelsächsische Finanzmacht zu spüren bekommen. Man hat deshalb im amerikanischen Senat den nach Rom entsandten Unterhändlern vorgeworfen, daß sie Italien viel zu milde behandelt hätten. In Paris nimmt man an, daß diese Kritik an dem Abkommen mit Italien ein Vorzeichen für die Verhandlungen mit Frankreich ist. Viel beachtet wird in Frankreich auch die Feststellung Winston Churchills im englischen Unterhaus, daß die Vereinigten Staaten direkt und indirekt den größten Teil der von Deutschland gezahlten Reparationen an sich ziehen, obwohl diese Summen das durch den Krieg verwüstete und ruinierte Europa wieder aufbauen sollten.

Kurze Chronik Am 18. Oktober 1925 wurde nach 2 Jahre dauernden Verhandlungen ein Abkommen zwischen der *Türkei und Bulgarien* unterzeichnet, das alle bis dahin strittigen Fragen: die der Staatsbürgerschaft, des Kirchen- und Schulrechts sowie des Niederlassungsrechts der Bulgaren in der Türkei und umgekehrt regelt. ◊ Am 17. Dezember wurde in Paris zwischen der *Türkei und Rußland* (vertreten durch Tewfik Ruschdi und Tschitscherin) ein Vertrag vereinbart, dessen wesentliche Punkte folgende sind: Im Fall eines kriegerischen Angriffs gegen eine der vertragschließenden Parteien seitens einer andern Macht verpflichtet sich die andere Partei Neutralität zu wahren. Beide Parteien verpflichten sich keinem Bündnis beizutreten, das gegen die militärische Sicherheit der andern Partei gerichtet ist, sich auch an keinem feindlichen Akt einer dritten Macht gegen sie zu beteiligen. ◊ Im Januar 1926 schlossen dann die *Türkei und Afghanistan* einen Defensivvertrag ab. Beide traten dem Bund zum Schutz der islamischen Staaten bei. ◊ Das Gutachten, das das Haager Schiedsgericht auf die Anfrage des Völkerbundsrats über seine Kompetenz im *Mossulstreit* abgegeben hat, stellt fest, daß die vom Rat zu fällende, die Par-

teien bindende Entscheidung über die Grenzen zwischen der Türkei und Irak einstimmig erfolgen müsse; die Vertreter der Parteien dürfen an der Abstimmung teilnehmen, doch scheiden ihre Stimmen bei der Konstatierung, ob Einstimmigkeit vorliegt, aus. ◊ Der holländische Ministerpräsident Colijn vereinbarte mit dem von ihm zum Kolonialminister ernannten frühern Regierungsadviseur in Batavia L. M. Welter, daß in Zukunft *Niederländisch Indien* sich eine eigene maritime Verteidigung schaffen solle. ◊ Dem Unteroffizier Sellier, der das erste Trompetensignal zum Halten gab, als sich am 8. November 1918 die deutschen Waffenstillstandsparlamentäre nahen, wurde das Kreuz der Ehrenlegion verliehen. Die Trompete, mit der das Signal gegeben wurde, wurde dem französischen Kriegsmuseum überwiesen.

Literatur

Der erste Außenminister des revolutionären Rußlands, *Paul Miljukow*, dem seine Gegner den Spottnamen Miljukow Dardanellskij gaben, weil er mit Hilfe Englands Konstantinopel und die Dardanellen für Rußland erobern zu können glaubte, hat ein 2bändiges Werk über das bolschewistische Rußland erscheinen lassen, das den Titel Rußlands Zusammenbruch führt (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/). Miljukow war in der Zarenzeit der Führer der russischen Liberalen, die außenpolitisch völlig unter dem Einfluß Englands standen. Seine Absicht Konstantinopel mit Englands Hilfe für Rußland zu erobern hat viel zur Verlängerung des Krieges beigetragen. Das ist wohl auch der Grund, weshalb Miljukow sich in seinem Werk über seine eigene auswärtige Politik als russischer Außenminister ganz und gar ausschweigt, während er von der Außenpolitik der Bolschewisten eine eingehende, in allen Einzelheiten höchst sachkundige Darstellung gibt, die mehr als 100 Seiten im 1. Band seines Buches füllt. In die Erinnerung muß daher gerufen werden, daß Miljukow als Minister des Auswärtigen am 17. März 1917 in einem vor der russischen Öffentlichkeit geheimgehaltenen Zusatz zu einer Note an die Alliierten feierlich erklärte, daß Rußland fortfahren werde »wie früher gegen den Eroberungsgeist einer räuberischen Rasse zu kämpfen«, und es an der Seite der Alliierten »den gemeinsamen Feind bis ans Ende ohne Pause und Schwäche bekämpfen« wolle. Die Regierung, der er angehöre, werde »alle Energie auf die Vorbereitung des Sieges

verwenden und schnellstens den Irrungen der Vergangenheit, die bisher den Schwung und den Opfergeist des russischen Volkes paralisieren konnten, abzuhelpen suchen. Dieser Englands Wünschen vollkommen entsprechenden Politik blieb Miljukow unter dem Einfluß des britischen Botschafters Buchanan auch bis zum Aufstand vom 4. Mai hartnäckig treu. Von diesem Zeitpunkt ab war Miljukows Einfluß ausgeschaltet. Der Maiaufstand räumte radikal mit der Miljukowschen Geheimdiplomatie auf und brachte mit der Friedensproklamation Kerenskij's das Friedensprogramm des Arbeiter- und Soldatenrats in Rußlands auswärtiger Politik zur Geltung, da auch die von England inspirierten Versuche Gutschkows und Miljukows durch Errichtung einer Militärdiktatur den Einfluß des Arbeiter- und Soldatenrats auf die auswärtige Politik auszuschalten scheiterten und schließlich mit dem Sturz der ersten vorläufigen Regierung endeten. Miljukows Werk gibt eine erschöpfende Geschichte des russischen Bolschewismus und seiner Regierungsmethoden. Größeres Interesse jedoch als das, was Miljukow über das heutige Rußland zu sagen hat, werden seine Ausführungen über das Rußland von morgen erwecken. Seiner Auffassung nach hat der Bolschewismus für Rußland keine Zukunft. Miljukow sieht ihn als unfähig an sich umzugestalten und neue, dem fortschreitenden Leben entsprechende Formen anzunehmen. Um am Leben zu bleiben, müßte der Bolschewismus gerade seine obersten Ziele vollkommen preisgeben. Miljukow beantwortet nun die vom außenpolitischen Standpunkt höchst wichtige Frage, ob der Bolschewismus dazu fähig sei, wie folgt: »Offenbar nicht. Das ist der Grund, warum trotz aller Zugeständnisse, wie bedeutsam sie auch sein mögen, und trotz des Scheins einer Evolution die Auffassung in voller Kraft bestehen bleibt, wonach ein gewaltsamer Umsturz allein die Bahn freilegen kann für die Forderungen des Lebens, für die Forderungen, an welche die Wiederaufrichtung Rußlands geknüpft ist.« Miljukow spricht dem Bolschewismus also wesentlich aus dem Grund jede Zukunft ab, weil er etwas Starres, Unwandelbares sei, das den Anforderungen des russischen Lebens nicht zu entsprechen vermag. Lenin habe zwar durch Einführung der sogenannten neuen ökonomischen Politik einen gewaltigen Abbau des Bolschewismus vorgenommen, aber die Schüler seien außerstande das Werk des Meisters fortzusetzen. Als

Beweis hierfür dient Miljukow die Haltung Sinowjew's und seiner Getreuen. Da nun das russische Leben kein fester Kristall sondern ein umwandlungsfähiger und in ständiger Wandlung begriffener Organismus sei, so müsse der Zeitpunkt kommen, wo die enge und starre Hülle des Bolschewismus durch das Wachstum des russischen Lebens gewaltsam gesprengt werde. Miljukows Voraussage der politischen und sozialen Entwicklung Rußlands geht also dahin, daß in nicht zu ferner Zeit das bolschewistische System das selbe Schicksal erleiden werde wie das zaristische, es werde wie dieses, plötzlich und unerwartet, durch eine neue revolutionäre Kraft gestürzt und restlos vernichtet werden. Die neue Revolution, die er am politischen Horizont aufsteigen sieht, könne sich nicht nach rückwärts richten. Sie werde bestimmt keine monarchistische Konterrevolution sein, die das Vergangene wiederherstellt. Die ökonomische Umgestaltung, die die Revolution von 1917 durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die 8 Jahre bolschewistische Herrschaft in den Besitzverhältnissen hervorgerufen hätten, könnten durch einen neuen Umsturz nicht aufgehoben werden. Der Sturm der Revolution von 1917 habe endgültig den ganzen Oberbau der Pyramide des Zarenreichs hinweggefegt. Der Hof, die Generalität, die Oberschicht der Bureaukratie, sie alle hätten, sofern sie mit dem Leben davongekommen seien, in ihrem überwiegenden Teil Rußland verlassen. Von dieser Seite drohe keine ernste Gefahr. Die Hauptstütze der alten regierenden Klasse, der grundbesitzende Adel, habe nicht nur seinen Grundbesitz verloren sondern sei durch Not und Elend völlig heruntergekommen und teilweise sogar ausgerottet worden, und zwar weniger von den städtischen Bolschewisten als von der ländlichen Bevölkerung, den Bauern. Wie von den Mächten der Vergangenheit, habe die bestehende Gewalt auch von den Lohn- und Gehaltsempfängern, die in Rußland einen winzigen Bruchteil der Gesamtbevölkerung ausmachten, nichts zu fürchten. Diese hätten ja auch gar keine fähigen Führer. Die proletarische Intelligenz habe einfach die Fabriken und Werkstätten verlassen, um die durch die Vertreibung der alten Bourgeoisie freigewordenen Plätze in Handel, Industrie und in der höhern Verwaltung und ganz besonders in der Heeresverwaltung einzunehmen. Die frühere proletarische Intelligenz halte also zum bestehenden Regime, und der übrige Teil des Prole-

tariats glaube, daß es ihm unter einer andern Regierung auch »nicht besser gehen« würde. Die revolutionäre Kraft, die bestimmt ist den Bolschewismus zu stürzen, lebt nach Miljukow nicht unter den geflüchteten Russen im Ausland, auch nicht unter den Lohn- und Gehaltsempfängern, sondern in der Bauernschaft. Von den 100 Millionen Russen seien 90 Millionen Bauern. Aus ihren Reihen gehe die Rote Armee hervor. Die russische Bauernschaft sei aber nicht mehr die unförmige graue Masse von ehemals. Tiefgreifende Umwandlungen hätten sich im Seelenleben des russischen Dorfes vollzogen. Der russische Bauer sei national erwacht; auch sein ökonomischer Horizont habe sich geweitet. Der Bauer wisse jetzt, daß er ein Vaterland habe, und daraus keime das Bewußtsein: Wir, die 90 Millionen Bauern, denen gegenüber alle anderen Berufe nur eine winzige Minderheit bilden, sind die eigentlichen Herren Rußlands. Langsam reife so in der Bauernschaft der Gedanke heran den ganzen Regierungsapparat in ihre Hand zu bringen, wobei sie ihre Blicke auf die Rote Armee richte, die sich aus Bauernsöhnen zusammensetzt. »Kennt man«, so sagt Miljukow, »die Stimmung der Bauernschaft, so ist man auch in der Lage über die Stimmung der Roten Armee zu urteilen.« Die Revolution, die Miljukow im Schoß der Bauernschaft heranreifen sieht, wird seiner Meinung nach aber nicht als Massenaufstand sondern als eine Revolution "von oben" in die Erscheinung treten: »Die Revolution von 1917, die den Zarismus gestürzt hat, siegte, weil sie eine Revolution "von oben" war, weil sich ihr die Armee und die Volksvertretung angeschlossen hatten, wobei der Regierungsapparat lahmgelegt wurde. Ungefähr so ist am ehesten auch die künftige Revolution in Rußland zu denken, wenn es dazu kommen sollte.« Für die Richtigkeit der Miljukowschen Prognose spricht der Umstand, daß sich 90 Millionen Bauern, die überdies das Hauptkontingent der bewaffneten Macht stellen, schwerlich von 2 bis 3 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern werden dauernd gewaltsam beherrschen lassen. Andererseits wird man aber gegen Miljukows Voraussagen einwenden können, daß an Stelle der Revolution "von oben" ja auch die Evolution "von oben" treten könnte. Die Orthodoxie im Bolschewismus, repräsentiert durch Sinowjew und seine Getreuen, ist im letzten Jahr zweifellos in ihrem Einfluß vermindert worden. Sinowjew hat seine Stellung als Regierungschef in Peters-

burg eingebüßt. Allerdings sitzt Sinowjew noch immer im Politischen Bureau, der höchsten Instanz der Kommunistischen Partei, wo jedoch Stalin und Trotzki ein starkes Gegengewicht gegen ihn bilden. Miljukow hat unter dem Einfluß der Moskauer Vorgänge des letzten Jahres in einem öffentlichen Vortrag in Paris unlängst gemeint, daß sich in Rußland eine Evolution von oben, die das bolschewistische System dem bäuerlichen Leben anpaßt, anbahne. Ob und wie weit er damit seine Meinung von der absoluten Wandlungsunfähigkeit des Bolschewismus modifiziert hat, ist aus dem kurzen Bericht nicht zu ersehen. Jedenfalls hat Miljukow die Frage selbst scharf herausgearbeitet. Sein Buch bildet in der Fülle der mitgeteilten und zusammengestellten Tatsachen und in der anschaulich klaren Darstellung eine der wichtigsten politisch-historischen Neuerscheinungen der Nachkriegszeit. Man wird es nach mehreren Richtungen hin aufmerksam lesen müssen. < Welche Umgestaltungen der Landkarte in Europa ein siegreiches Deutschland vorgenommen hätte, ist vielen, die ihren Blick immer nur starr auf die durch die Friedensverträge geschaffenen Grenzen gerichtet halten, fast völlig unbekannt geblieben. Daher hat Oskar Stillich in seinen Schriften *Der Friedensvertrag von Versailles im Spiegel deutscher Kriegsziele* (Berlin, Oskar Wachsen/ und Deutschland als Sieger! /Leipzig, Ernst Oldenburg/ es unternommen der deutschen Öffentlichkeit zu zeigen, daß das »Verbrechen von Versailles« ein würdiges Gegenstück in dem »Verbrechen von Brest Litowsk und Bukarest« findet. Insbesondere dient der Bukarester Kühlmannfriede als Schulbeispiel dafür, was der europäische Kontinent von einem siegreichen Deutschland zu erwarten gehabt hätte. Die beiden Schriften, die leicht und anregend geschrieben sind, können allen Deutschen empfohlen werden, deren Nationalbewußtsein hinreichend gefestigt ist, um Kritik, auch wenn diese gegen das eigene Land gerichtet ist, zu ertragen. Wobei hervorzuheben ist, daß das in ihnen zusammengetragene Material auch heute noch eine aktuelle Bedeutung hat, da alle deutschen Beschwerden über die Friedensverträge von der ausländischen Diplomatie und Presse regelmäßig mit Hinweisen darauf beantwortet werden, was Deutschland im Jahr 1917 Rußland und Rumänien tatsächlich angetan, und was es im Fall eines Westsieg den anderen Gegnern tatsächlich anzutun beabsichtigt hätte.

Fraubenbewegung / Meta CorssenPolitische
Tätigkeit

Daß in der Frauenbewegung noch starke Kräfte lebendig sind, beweist der

Bericht des Internationalen Frauenbundes über seine 7. Geschäftsperiode von 1922 bis 1924. Er verzeichnet 6 neue Nationalbünde: Cuba, Lettland, Tschechoslowakei, Polen, Irland. Auf der Generalversammlung im Mai dieses Jahres wurden 3 weitere angeschlossen: Palästina, China und Indien. Verschiedene einzelne Bünde berichten über das Wachsen der Anhängerzahl, viele über lebhaftige Tätigkeit, oft unter großen äußeren Schwierigkeiten, wie in Südafrika, wo die weiten Entfernungen die Zusammenarbeit sehr erschweren. Aber es ist die Frage, ob und wie weit dieser Wille der Frauen Ausdruck in politischem Tun findet, wie weit die Aktivität der Führerinnen sich auf die Gesamtheit der Frauen überträgt. Verschiedene Berichte lassen erkennen, daß die Frauenorganisationen mit großer Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit der Frauen zu kämpfen haben. Aber auch die politisch lebendigen Frauen sind in ihrem Handeln oft durch eine besondere Schwierigkeit gehemmt, auf die schon früher von führenden Frauen hingewiesen wurde, so von Gertrud Bäumer in einem Artikel Die Einordnung der Frau in das politische Leben, in der Kölnischen Zeitung vom 2. Januar 1924. Sie besteht darin, daß sich die Frauen in den Mechanismus der Parteien, den sie bei ihrem Eintritt ins politische Leben vorfinden, nicht einfügen können und wollen, daß sie für den häufig zum Selbstzweck werdenden Kampf um die Macht kein Verständnis haben und doch einen eigenen Willen gegenüber den Parteieninstanzen nicht durchsetzen können. Einen eigenen Gedanken über das Verhältnis der Frau zur Politik entwickelt Maria Grollmuß in einem Heft der Schriftenreihe Volk im Werden / Frankfurt, Carolusdruckerei/, betitelt Die Frau und die junge Demokratie. Sie glaubt, daß die Frau in besonderem Sinn zur Politik berufen sei, weil ihre Natur ebenso wie die Politik auf das Ganze des Lebens gerichtet sei, nicht auf einzelne sachliche Ziele. Aber der Staat ist keine der Familie vergleichbare menschliche Gemeinschaft, er steht über den Menschen, Politik ist etwas Unmenschliches. Daher hat nicht die Frau, die in der Familie wurzelt, Zugang zur Politik, sondern die jungfräuliche, die losgelöst von Mann und Kindern ihr

eigenes Leben lebt. Darin liegt die Bedeutung des Katholizismus für die Frau, der das Ideal der Jungfräulichkeit geschaffen hat. Die selbständige Frau kann sich dem Staat hingeben, ohne daß sie sich in sachliche Einzelarbeit hineinquält. Sie wird nicht wie der Mann schöpferisch sein, für den Staat neue Ziele aufrichten sondern das Gesetz seines Lebens erlauschen und entwickeln, wie es Maria Theresia und Katharina II taten. So wird auch die deutsche Frau von heute den deutschen Staat, die junge deutsche Demokratie erleben und ihr zum Leben verhelfen, und über den deutschen Staat hinaus die werdende europäische Gemeinschaft. Diese Gedanken enthalten manches Richtige; so ist es sicher von Wert, daß auf die Bedeutung der innern Selbständigkeit der Frau für politisches Wirken so nachdrücklich hingewiesen wird, und daß als Ziel politischen Denkens der demokratische und europäische Gedanke aufgestellt wird. Doch scheint mir der Begriff des Staates zu absolut genommen. Letzten Endes ist der Staat doch um der Menschen willen da; und so wenig Politik ohne sachliche Arbeit möglich ist, so sehr ist zu wünschen, daß in das "unmenschliche" Gefüge des Staates Lebendigkeit und Menschlichkeit hineingetragen wird, und hier dürfte neben der jungfräulichen doch auch die mütterliche Frau eine Aufgabe haben. Aber auch äußere Hindernisse erschweren heute den Frauen die Arbeit im politischen Leben. In letzter Zeit sind sie innerhalb der Parteien, besonders der rechtsgerichteten, immer mehr zurückgedrängt worden, und infolge der Verstärkung dieser Parteien hat sich ihr Gesamteinfluß in den Parlamenten verringert. Aus diesen Gründen erklärt es sich, daß der Gedanke außerhalb der Parteien eigene Politik zu treiben, eine besondere Frauenpartei zu gründen wieder häufiger diskutiert wird. Die Frau im Staat, die sich eine grundsätzliche Bekämpfung der "Männerpolitik" zur Aufgabe gemacht hat, sieht in der Gründung einer Frauenpartei ein erstrebenswertes Ziel. In einem Aufsatz Frauenpolitik berichtete Anilid über Versuche der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Deutschland ein selbständiges Vorgehen der Frauen aller Parteien bei den Wahlen zu erreichen. Zwar wird nicht ausdrücklich von einer Frauenpartei gesprochen sondern nur von der Aufstellung einer Frauenliste, die aber doch ein gemeinsames Programm

voraussetzen würde. Als wesentliche Punkte eines solchen Programms erscheinen hier Forderungen der Frauenbewegung und vor allem pazifistische Grundsätze. In der Frau vom Februar 1925 wurde die Frage ebenfalls eingehend von verschiedenen Seiten erörtert. Verena Rodewald lehnt die Frauenpartei grundsätzlich ab als eine Verengung des politischen Horizonts, als ein Preisgeben der politischen Weltanschauung zugunsten beschränkter Fraueninteressen. Gertrud Bäumer glaubt, daß sich wohl eine genügend weite geistige Grundlage für eine Frauenpartei finden ließe, daß aber die Zeit dafür noch nicht gekommen sei. Theoretisch wäre eine Frauenpartei gewiß denkbar; sie hätte zwar nicht wie die meisten anderen Parteien die Grundlage einer sozialen Klasse, aber ein genügend starker einheitlicher Wille müßte die Frauen ebenso gut zusammenhalten können wie der gemeinsame Glaube die verschiedenen sozialen Schichten des Zentrums zusammenhält. Aber dieser einheitliche Wille ist nicht vorhanden. Es gibt bestimmte gemeinsame Frauenforderungen, die, je mehr die Frauen im politischen Leben und im Berufsleben zurückgedrängt werden, um so stärker in den Vordergrund treten, aber es gibt keinen gemeinsamen Willen der Frauen in allen oder auch nur in den wichtigsten, den politisch entscheidenden Fragen. Das wird ganz deutlich in dem Zur Problematik der Frauenpartei betitelten Beitrag Hilde Lions, einer jüngern Vertreterin der Frauenbewegung, die zur vollen politischen Unabhängigkeit der Frauen vordringen möchte, aber doch nur bis zur Problematik gelangt, die den »stürmenden Glauben«, den sie als Voraussetzung einer Frauenpartei erkennt, sogleich mit einem Fragezeichen versieht. Mehr noch in dem Aufsatz Rosa Kempfs Die Frauenpartei und die Außenpolitik. Das wichtigste Gebiet, wird hier sehr richtig ausgeführt, ist die Außenpolitik, und eine Partei, die zu ihr keinen einheitlichen Standpunkt einnehmen könnte, würde in den entscheidenden Stunden der deutschen Politik versagen. Kempf glaubt, daß eine Einigung aller Frauen in den Fragen der Außenpolitik auf nationalistischer Grundlage hergestellt werden müßte, aber diese Perspektive braucht nur aufgestellt zu werden, um erkennen zu lassen, daß eine solche Einigung nicht möglich ist, und daß ebenso wenig eine gemeinsame pazifistische Basis für alle Frauen gefunden werden kann. So scheidet die Möglichkeit einer

Frauenpartei als utopisch aus. Dagegen empfiehlt Frances Magnus von Hausen im selben Heft Aufstellung von Frauenlisten, nicht als Ausdruck einer allgemeinen weiblichen Einheitsfront sondern innerhalb der Parteien oder aus nachbarlichen Parteien gebildeter Gruppen als taktisches Mittel zur Verstärkung des weiblichen Einflusses in den Parlamenten. Ein derartiges Vorgehen der Frauen im Wahlkampf wird auch in anderen Ländern geübt. Die Frau im Staat berichtet im Septemberheft 1925, daß in Holland wie in den Vereinigten Staaten die Frauen, um sich gegenüber den sie beiseite schiebenden Parteien durchzusetzen, zur Aufstellung eigener Listen schreiten und Emanzipation von den Parteien der Männer predigen; daß in Schweden die Frauen der Freisinnigen Partei bei der Spaltung der Partei ihre Gemeinschaft freisinniger Frauen aufrechterhielten und ebenfalls, unter der Parole der Abrüstung, Frauenlisten aufstellen wollen. In Island ist es den Frauen gelungen bei einer Wahl von 3 Abgeordneten zum Althing, bei der sie von den Parteien ganz übergangen wurden, durch Aufstellung einer eigenen Liste eine Frau, ihre erste und bisher einzige Vertreterin, ins Parlament zu bringen. Voraussetzung für dauernden und wirksamen Erfolg solcher taktischen Maßnahmen ist natürlich, daß eine genügend große Anzahl politisch fähiger Frauen zur Verfügung steht, und daß das politische Interesse weiterer Frauenkreise geweckt wird.

Das Bild, das die positive politische Tätigkeit der Frauen bietet, hat sich seit dem letzten Überblick, der in den Sozialistischen Monatsheften gegeben wurde (siehe Corssen Die politische Tätigkeit der Frauen nach dem Krieg, 1924 Seite 421 und folgende), wesentlich nicht geändert. Der Jahresbericht des Internationalen Frauenbundes zeigt eine lebhafte soziale Tätigkeit der Frauenorganisationen auf verschiedenen Gebieten, die vielleicht an manchen Stellen verstärkt worden ist. Verschiedene Bünde berichten, daß sie von den Regierungen und Behörden in steigendem Maß bei der Bewältigung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Vor allem Mütter- und Kinderfürsorge, Schutz der Jugendlichen vor Mißhandlungen stehen in mehreren Ländern im Mittelpunkt des Interesses der Frauen. In Australien propagieren die Frauen eifrig eine allgemeine Mutterschaftversicherung und unternehmen Schritte bei der Regierung, um sie einzuführen. In Rumänien hat

der Frauenbund eine Gartenbauschule, die erste des Landes, gegründet, zu dem besondern Zweck verlassen Mädchen Schutz und Arbeitsmöglichkeit zu bieten. Der Internationale Frauenbund beschäftigt sich in verschiedenen seiner Ausschüsse mit der Stellung des unehelichen Kindes. Der Ausschuß für öffentliche Gesundheit veröffentlicht eine Statistik über die Sterblichkeit ehelicher und unehelicher Kinder in 14 Ländern für verschiedene Jahre innerhalb des Zeitraums von 1910 bis 1921. Durchschnittlich ist die Sterblichkeit der unehelichen Kinder fast doppelt so groß wie die der ehelichen. In einigen Ländern, so in Skandinavien und Finnland, hat sich die Sterblichkeitsziffer der unehelichen Kinder in den letzten Jahren sowohl absolut wie relativ zu der der ehelichen verringert, was vielleicht teilweise auf die in diesen Ländern sehr intensive Kinderfürsorgearbeit der Frauenorganisationen zurückzuführen sein mag. In Deutschland, wo die Kindersterblichkeit im Verhältnis zu den meisten anderen Ländern sehr groß ist, hat sich von 1913 bis 1921 nur die Sterblichkeit der ehelichen Kinder vermindert. Auf 1000 Geburten kamen im Jahr 1913 142 Todesfälle ehelicher und 237 unehelicher Kinder, im Jahr 1917 136 und 250, im Jahr 1921 122 und 235. In den Niederlanden sank die Sterblichkeitszahl der ehelichen Kinder in den Jahren 1917 und 1921 von 85 auf 25, die der unehelichen von 147 auf 123. In Italien ist die Sterblichkeit der Kinder überhaupt, die der unehelichen jedoch in weit höherem Grad gewachsen, so daß Italien absolut und, abgesehen von den Niederlanden, auch relativ bei weitem die höchste Sterblichkeit hat. Hier entfielen auf 1000 Geburten im Jahr 1910 136 Todesfälle ehelicher und 213 unehelicher, im Jahr 1914 126 und 227 und im Jahr 1917 151 und 304.

Der Ausschuß des Internationalen Frauenbundes für Gesetzgebung veranlaßte die Nationalbünde sich zu der Frage zu äußern, ob die rechtliche Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen im Interesse der Allgemeinheit zu wünschen sei, und welche Maßnahmen sie zur Verbesserung der Lage des unehelichen Kindes vorschlag. Die Frauenbünde von Deutschland, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Bulgarien und Island erklärten sich für die Gleichstellung, der Bund Deutscher Frauenvereine bemerkte besonders, er fürchte nicht, daß die Allgemeinheit

oder die Familie dadurch gefährdet würden. Dagegen lehnten die Bünde von England und Wales, Neusüdwalles und Österreich ausdrücklich die Gleichstellung ab, weil sie dem Interesse der Familie schädlich wäre. Die Schweiz und Italien schlugen zwar gewisse Veränderungen im Recht zur Feststellung der Vaterschaft vor, sprachen aber nicht von einer Gleichberechtigung des unehelichen Kindes, obwohl die Zahlen der italienischen Statistik hier besonders Anlaß zu gründlicher Umstellung bieten. Es scheint, daß der Italienische Frauenbund, der ausführlich über einen Kongreß für Familienerziehung berichtet und betont, daß die italienischen Frauen nicht so sehr nach der Gleichberechtigung der Geschlechter streben als sich vor allem ihrer mütterlichen Pflichten bewußt sind, diese Pflicht zur Mütterlichkeit doch in einem etwas engen Sinn auffaßt.

Nationalismus und Internationalismus

Die eigentlich politische Tätigkeit der Frauen läßt nirgends einen originellen Zug erkennen. Wo die Frauen überhaupt politisch aktiv werden, was an sich schon selten ist, stehen sie ganz unter dem Einfluß der in ihrem Land herrschenden politischen Strömungen. Auf diese Erscheinung in Deutschland ist in dieser Rundschau bereits öfter hingewiesen worden. In anderen Ländern ist es nicht anders. Auf dem italienischen Kongreß über Erziehung bildete die »Erziehung zum nationalen Gefühl durch Arbeit, Disziplin und Opfer« einen besondern Programmpunkt, bei dem schon die Formulierung den nationalistischen Geist der Forderung erkennen läßt. (Erziehung zum nationalen Gefühl als Programmpunkt findet sich sonst nur noch in dem Bericht des Frauenbundes von Cuba.) Der Ungarische Frauenbund, der sich übrigens gegen die reaktionäre Wahlrechtssetzung sehr energisch wehrt, berichtet, daß nur die nationale Idee allgemeine Begeisterung wecke. In Finnland haben sich unter der weiblichen Jugend besondere Organisationen mit über 30 000 Mitgliedern gebildet, deren Zweck es ist das Heer bei der Verteidigung der neugewonnenen nationalen Unabhängigkeit zu unterstützen. Die interessanteste und weitestreichende Aktion von Frauen wird in dem Bericht des Rumänischen Frauenbundes erwähnt: Die Frauen Rumäniens, Südslawiens, der Tschechoslowakei, Polens, Griechenlands und Bulgariens haben im Mai 1924

gelegentlich eines Stimmrechtskongresses in Rom auf Betreiben der Vizepräsidentin des Rumänischen Frauenbundes, Alexandrine Cantacuzène, eine Kleine Entente der Frauen gegründet, die im November des selben Jahres ihre 1. Konferenz in Bukarest abhielt. Sie hat den Zweck zwischen den Frauen der verschiedenen Staaten eine Annäherung zu schaffen, die gemeinsames Handeln nicht nur in allen Frauenfragen sondern auch in der Behandlung wirtschaftlicher und nationaler Probleme, in Fragen der Erziehung und der sozialen Hygiene ermöglicht; sie will außerdem daran arbeiten Mißverständnisse zwischen den einzelnen Staaten zu verhindern und etwaige Differenzen zu schlichten. Es ist das einzige Beispiel einer wirklichen außenpolitischen Aktion der Frauen, die freilich auch nur der Regierungspolitik ihres Landes folgt, aber doch zugleich Einsicht und Gefühl für politische Zusammenhänge und Notwendigkeiten verrät. Auf einer Tagung, die kürzlich in Athen stattfand, wurde unter anderem das Problem der nationalen Minderheiten behandelt. Über die Tätigkeit der Frauen für den Völkerfrieden durch Veranstaltung von Kundgebungen, Sommerschulen, durch Beeinflussung der Erziehung wird auch aus verschiedenen Ländern berichtet, besonders aus Frankreich und Österreich, ferner aus Canada, Skandinavien und Holland. Doch wird bei all den Organisationen des Internationalen Frauenbundes die Entfaltung einer entschiedenen Propaganda für den Frieden oft noch stark durch nationalistische Befangenheit gehemmt. Das fand einen sehr deutlichen Ausdruck bei der Veranstaltung einer Konferenz zur Verhütung der Kriegsursachen durch den Internationalen Frauenbund in Wembley im Mai 1924. Hier wurde beschlossen, daß die Redner nicht auf die Ereignisse des letzten Krieges und die bestehenden politischen Streitfragen, die sich daraus ergeben, eingehen dürften. Man beraubte also aus Furcht vor nationalen Empfindlichkeiten den Kongreß jeder Möglichkeit bei der Erörterung der Verhütung von Kriegsursachen zu einem praktisch verwertbaren Resultat zu gelangen. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit hat daher die Beteiligung an dieser Konferenz abgelehnt. Bei dieser Organisation bestehen Hemmungen nationalistischer Art nicht; doch hat ihre Tätigkeit deshalb nicht viel mehr praktische Erfolge. Sie richtet sich ebenfalls, nur entschiedener und

leidenschaftlicher, auf Agitation gegen den Krieg und für Abrüstung und auf pazifistische Erziehung. Der Deutsche Zweig der Liga veröffentlicht Tätigkeitsberichte unter dem Titel Völkerversöhnende Frauenarbeit, deren 4. Teil, die Zeit vom Juli 1923 bis zum Dezember 1925 umfassend, vor kurzem erschien. Alle Vorschläge und Beschlüsse, wie die Adresse an die Konferenz über Kontrolle des Waffenhandels oder die 10 Gebote für die neue Legislaturperiode, die sie der deutschen Regierung im Dezember 1924 vorlegte, haben lediglich agitatorischen Wert. In dem Halbjahrsbericht der Liga vom Juli bis zum Dezember 1924 wird auch ausgesprochen, daß sie Erfolge ihres Friedenswillens nur von einer erzieherischen Beeinflussung der Kinder und der Erwachsenen erhofft. Eine auch für die Gegenwart unmittelbar wichtige und wertvolle Arbeit ist die Agitation für die deutsch-französische Verständigung. Im Februar überbrachten 3 Abgesandte der deutschen Sektion, Frida Perlen, Gertrud Baer und Lida Gustava Heymann, dem Bürgermeister von Arras die 1. Rate der Spende, die von der Liga gesammelt wird, um in den verwüsteten Gebieten Bäume anzupflanzen. Die Liga veröffentlicht auch kleine Broschüren, die sich etwas ausführlicher mit den Friedensproblemen befassen. So das Cahier de la paix, betitelt For a New International Order, das dem Washingtoner Kongreß der Liga im Mai 1924 vorgelegt wurde. Es sind Vorschläge zur Umgestaltung des Völkerbundes, die einiges Richtige enthalten, was beispielsweise die stärkere Demokratisierung des Völkerbundes betrifft, sich aber im ganzen in einer durchaus wirklichkeitsfernen Atmosphäre bewegen. Beispiele: Der Völkerbund darf keine bewaffnete Macht haben, er kennt überhaupt keine Zwangsmaßnahmen; er übernimmt ohne weiteres die Leitung der Wirtschaft von den Personen und Verbänden, die sie jetzt innehaben. Ein anderes Heftchen: Economic Aspects of a New International Order, von Marguerite Dumont und Emily G. Balch, ebenfalls dem Kongreß in Washington vorgelegt, geht den Zusammenhängen von Politik und Wirtschaft nach und stellt ganz richtig einige Tatsachen heraus; Dumont zum Beispiel führt aus, daß die französische und die deutsche Industrie nach einer Vereinigung streben, und daß England diese Vereinigung zu verhindern sucht, indem es Frankreich und Deutschland fortwährend gegen einander ausspielt. Doch

werden keine Konsequenzen für das politische Handeln daraus gezogen. Aber auch der Propagandawert der Schriften ist nicht erheblich. Die Liga kann aus ihrer rein internationalen Stellungnahme heraus nicht zu einer tiefergreifenden Bekämpfung des Nationalismus, die ihr wichtigstes Ziel ist, sein muß, gelangen, sie kann den Gegner nicht an der Wurzel fassen, weil sie nicht Nationalismus und Nationalbewußtsein unterscheidet sondern sich schlechthin gegen das Nationale wendet. Es wird wohl einmal von Heimatliebe geredet, aber es fehlt das Gefühl für das Eigenleben, für die Individualität und damit auch für die besondere Aufgabe der Nation.

Pazifismus Eine Auseinandersetzung mit diesem geistigen Hauptproblem des Pazifismus versucht Lydia G. Wentworth in einer kleinen Schrift *Patriotism*, die die Association to Abolish War in Brookline herausgegeben hat. Sie führt eindringlich und überzeugend aus, daß der wahre Patriotismus Pazifismus sei, daß der kriegerische Patriotismus, dessen Wert sie nicht bestreitet, der Vergangenheit angehöre, und heute derjenige seinem Land am besten diene, der es vor dem Krieg bewahre, daß die Liebe zum eigenen Volk so wenig den Haß gegen andere Völker notwendig mache wie die Liebe zur eigenen Familie den Haß gegen benachbarte Familien. Auf praktisch politische Probleme freilich geht die Schrift nicht ein, und es scheint, daß sie die tatsächlichen Schwierigkeiten kriegerische Konflikte zu vermeiden etwas unterschätzt. Die wertvollsten Frauenbeiträge zur Friedensfrage enthält eine Broschüre, betitelt *Concours français de la paix, 2 mémoires primés* (Marseille, Maurin & Pagès). Die erste Abhandlung ist im Auftrag der Union féminine pour la Société des nations von 3 Frauen, Angles, Chenot, Coulomb verfaßt, und sie behandelt die Frage: Wie ist Sicherheit und Wohlstand in Frankreich und Europa durch nationale Zusammenarbeit wiederherzustellen? Es wird zunächst eine Umgestaltung und Erweiterung der bestehenden internationalen Organisationen, des Völkerbundes, des Internationalen Arbeitsamts vorgeschlagen, jedoch nicht radikal utopisch wie in dem *Cahier der Internationalen Frauenliga* sondern einsichtig den Verhältnissen angepaßt. Vor allem betont die Schrift die Notwendigkeit zwischen dem Völkerbund und den Einzelstaaten Zwi-

schenstufen zu schaffen durch Zusammenfassung der durch ihre Interessen auf einander angewiesenen Nationen, insbesondere die Völker Europas zu einigen. Sie hebt ferner die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hervor, die die politischen Differenzen zwischen den Völkern zurückdrängen würde. Ein Wirtschaftsamt müsse dem Internationalen Arbeitsamt, dessen Aufgabenkreis sich auf die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer beschränke, zur Seite gestellt werden und könne freilich nicht die Wirtschaft "übernehmen", aber Untersuchungen veranstalten und Richtlinien für eine internationale Organisation der Wirtschaft aufstellen. Weiterhin werden Vorschläge zur Umgestaltung des Unterrichts, zur Beeinflussung der Jugend durch Austausch von Studenten und zur Bearbeitung der Erwachsenen durch Presse, Bibliotheken und Films, ferner zur Einführung einer internationalen Sprache gemacht. Die Verfasserin der andern Abhandlung, Noemi Stricker, beschäftigt sich nicht mit praktischen Problemen sondern entwickelt aus den gegenwärtigen politischen Zuständen die Grundlinien einer neuen friedlichen Gesinnung, die, wie die Verfasserin hofft, von Frankreich aus die Welt erobern wird. Sie muß mit dem Vergessen des Vergangenen beginnen und sich auswirken in dem Wiederaufbau des Zerstörten, der eine Pflicht aller ist, da alle an der Zerstörung die Schuld tragen. Sie muß als letztes Problem der Gesundung Europas den moralischen und materiellen Zusammenbruch Deutschlands überwinden, und zwar durch den Verzicht auf Gewalt. Ein Zeugnis für das im besten Sinn weibliche Gerechtigkeitsgefühl der französischen Frauen gegenüber den deutschen führt Lida Gustava Heymann im Juniheft der *Frau im Staat* an, wo sie sich in einem Artikel Frauen tragen die Schuld? mit der Stellungnahme der deutschen Frauen bei der Reichspräsidentenwahl beschäftigt. In einer Frauenversammlung in Paris haben französische Frauen die deutschen gegen den Vorwurf verteidigt, daß sie durch ihr Eintreten für Hindenburg für den Revanchekrieg gearbeitet hätten: »Eine deutsche Mutter haßt den Krieg nicht weniger als eine französische Mutter, und wenn sich der frühere Heerführer als Präsidentschaftskandidat gedrungen gefühlt hat seine Friedensliebe zu betonen, so geschah es nicht nur des Auslands wegen, sondern auch um seine Wählerinnen zu beruhigen.«

**Sozialistische
Konferenzen**

Am 21. August 1925 tagte in Marseille die 2. internationale sozialistische Frauenkonferenz, an der 14 Länder durch 46 Delegierte beteiligt waren. Eine von der englischen Delegation vorgelegte Resolution zur Frage des Krieges und der internationalen Verteilung der Lebensmittel, über die sich eine längere Diskussion entspann, wurde an eine Kommission überwiesen. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete eine Resolution, die von den sozialistischen Parteien fordert, daß sie die Organisation der Frauen unterstützen und die restlose Befreiung der Frau als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten. Diese Befreiung erfordert volle politische Gleichberechtigung, Gleichstellung der Geschlechter im Eherecht, Gleichstellung ehelicher und unehelicher Kinder und volle wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau, schließlich besondere Schutzmaßnahmen für Mutter und Kind. Von den deutschen Delegierten wurde betont, daß der Frau das Recht auf Arbeit zuerkannt werden müsse. Im Anschluß an den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei fand am 19. September in Heidelberg die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands statt. Nachdem man der verstorbenen Genossin Ottilie Baader gedacht hatte, erstattete Marie Juchacz den Bericht über die Entwicklung der Frauenbewegung. Sie stellte fest, daß die Teilnahme der Frauen noch vielerorts zu wünschen übrig lasse, daß die weiblichen Vertreter unter den Stadtverordneten abgenommen hätten, obwohl gerade die kommunale Tätigkeit den Frauen besonders liege. Eine intensivere politische Schulung der Frauen sei notwendig. Diesem Zweck dienten auch die von mancher Seite als überflüssig betrachteten Frauenkonferenzen und besonderen Frauenveranstaltungen. Eine längere Aussprache schloß sich an das Referat an, die sich vorwiegend um Organisations- und Agitationsfragen bewegte. Alwine Wellmann /Osnabrück/ betonte die Aufgabe der Frauen für den Frieden zu wirken. Ihr Antrag, der Parteivorstand solle regelmäßig Antikriegstage veranstalten, wurde jedoch abgelehnt, weil die Friedenspropaganda schon von den Gewerkschaften betrieben wird. Ein anderer Antrag, der regelmäßige internationale Frauenkonferenzen zur Förderung der Interessen der Arbeiterklasse fordert, wurde angenommen. Anna Ziegler /Leipzig/ sprach von der Stellung der

Frau in der Familie und der Berufarbeit. Die Frau müsse in der Familie frei und selbständig werden, die erwerbstätigen Frauen müssen zur Wertschätzung der Arbeit und zum Klassenbewußtsein erzogen werden. Minna Todenhagen /Berlin/ warnte vor unvorsichtiger antikirchlicher Agitation. Man solle den Frauen die positiven Werte des Sozialismus lebendig machen. Der 2. Teil der Tagung wurde im wesentlichen durch einen Vortrag Alwin Saengers über die Frau im neuen Strafrecht ausgefüllt, der jedoch nicht zur Diskussion gestellt wurde.

Totenliste

Die Führerin der katholischen Frauen Deutschlands, *Hedwig Dransfeld*, starb am 13. März 1925 zu Werl in Westfalen, im Alter von 54 Jahren (siehe auch die Rundschau Innenpolitik, 1925 Seite 303). Sie war früh Waise geworden und litt ihr Leben lang an einer schweren Krankheit; so kam in ihr Wesen ein stark nach innen gewendeter Zug. Auf einer Reise nach England, wo sie die Arbeiterfrage und die Settlementsbewegung studierte, wurde ihr der Blick für die sozialen Fragen geöffnet, und sie trat in die Frauenbewegung ein. Schon 1905 hatte sie die Redaktion der Christlichen Frau übernommen, 1912 wurde sie Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes. Ihr Ziel war von dem katholischen Gedanken aus neue kulturschaffende Kräfte in den Frauen zu wecken. Sie lenkte den Katholischen Frauenbund in die Bahnen einer Volksbewegung. In den letzten Jahren, nachdem sie 1918 Abgeordnete der Nationalversammlung und später des Reichstags und preußischen Landtags geworden war, beschäftigte sie sich vor allem mit dem Gedanken der Hebung der öffentlichen Sittlichkeit durch die Frau und mit den Fragen des Ehe- und Familienrechts. In Sydney starb am 22. April *Rose Scott*, eine der ersten Führerinnen der australischen Frauenbewegung. Nachdem zum großen Teil infolge ihrer unermüdlichen Arbeit die Frauen in Neusüdwaales das Stimmrecht erhalten hatten, war sie bestrebt sie zur tätigen Benutzung des Rechts im Interesse der Frauen und Kinder anzuleiten. An der Gründung des Frauenbundes von Australien als Glied des Internationalen Frauenbundes war sie bei ihrem starken Interesse für internationale Zusammenarbeit hervorragend beteiligt. Ihre persönlichen Eigenschaften gewannen ihr die Herzen und belebten die Arbeit für ihre Sache.

Am 5. Juni starb in Frankfurt am Main *Jenny Apolant*. Sie stammte aus der Familie der Rathenau und war am 5. November 1874 in Berlin geboren. Ein Mensch von großer geistiger Lebendigkeit, voll innerer Harmonie und menschlicher Güte, mit starkem politischen Interesse und Verantwortungsgefühl. Sie wirkte bahnbrechend für die Politisierung der Frauen, indem sie an der nächsterreichbaren und bis heute noch der Frau nächstliegenden Stelle angriff, an der Gemeindearbeit. Im Jahr 1907 gründete sie in Frankfurt die Auskunfts-, später Zentralstelle für Gemeindeämter der Frau. Hier wurde Material gesammelt, um den Frauen, die in der Gemeindearbeit, Armen- und Waisenpflege, Schulverwaltung, Wohnungsinspektion tätig waren, zu helfen; eine Stellenvermittlung für besoldete weibliche Wohlfahrtsarbeit wurde angeschlossen. Außerdem trieb die Zentralstelle Propaganda für die Vermehrung der Frauenarbeit in der Gemeinde. In dem 1910 veröffentlichten, später ergänzten Buch *Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde*, in der Schrift *Das kommunale Wahlrecht der Frauen in den deutschen Bundesstaaten /1918/* hat Apolant das gesammelte Material zusammenfassend bearbeitet. Von 1910 bis 1925 gehörte sie dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins an; die Frankfurter Ortsgruppe entfaltete unter ihrer Leitung ein reges Leben. Sie selbst nahm an dem kommunalen Leben Frankfurts, vor allem in der Wohlfahrtspflege, tatkräftig teil, sowohl in ihrer Tätigkeit als Stadtverordnete wie durch private Schöpfungen, zum Beispiel die Errichtung einer Verkaufsstelle für Wertgegenstände aus Privatbesitz. Ein starker Einfluß ging von ihr aus auf alle, die mit ihr zusammenarbeiteten. Schweres Herzleiden machte ihrem reichen Leben ein vorzeitiges Ende.

In Finnland starb im Oktober *Ellen Holmberg* im Alter von 64 Jahren. Sie arbeitete seit 40 Jahren in der Frauenbewegung als Vorstandsmitglied des Frauenbundes Finnlands. Dazu kam eine umfassende soziale Tätigkeit.

Am 17. November starb in Lissabon *Caroline Michaelis-de Vasconcelos* im Alter von 74 Jahren. Sie war in Berlin geboren, kam durch ihre Heirat nach Portugal, wo sie sich durch literargeschichtliche und philologische Forschungen in so hohem Maß auszeichnete, daß sie im Jahr 1911 zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften ernannt und ihr 1912 eine Professur an der Univer-

sität Coimbra für Germanistik und Romanistik übertragen wurde, die sie bis über ihr 70. Jahr hinaus mit intensiver Tätigkeit und großem Erfolg ausübte.

Die holländische Frauenbewegung hat durch den Tod *Wilhelmine Druckers* eine ihrer ersten Pionierinnen verloren. Im Jahr 1889 gründete sie die Freie Frauenvereinigung zur Erkämpfung neuer Rechte und ökonomischer Selbständigkeit für die Frauen. 1893 erschien das 1. Heft der Zeitschrift *Evolutie*, die sie bis an ihr Ende herausgab. Drucker gehörte auch zu den Frauen, deren Initiative der Stimmrechtsverband in Holland zu danken ist. Sie starb am 5. Dezember, 70 Jahre alt, in Amsterdam.

Eine der alten Mitkämpferinnen der Frauenbewegung, *Ottillie Hoffmann*, ist am 20. Dezember in ihrer Vaterstadt Bremen gestorben. Sie war am 14. Juli 1835 geboren und hat noch mit Luise Otto-Peters und Auguste Schmidt gearbeitet. Ihr besonderes Gebiet war die Bekämpfung des Alkoholismus; sie gründete 1900 den Deutschen Bund abstinenter Frauen und arbeitete in Bremen praktisch an der Mäßigkeitsbewegung. Sie war auch an der Gründung der Bremer Frauenerwerbsvereine beteiligt. Bis in ihr hohes Alter diente sie unermüdet und hingebend ihren Zielen.

Eine der führenden Persönlichkeiten der bayrischen Frauenbewegung, *Kathi Haymann*, starb am 11. Januar 1926 in ihrem 79. Lebensjahr. Sie schuf in Augsburg den Verein für Fraueninteressen, gründete eine Ortsgruppe des Allgemeinen deutschen Frauenvereins, eine Soziale Frauenschule und eine Reihe anderer sozialer Einrichtungen.

Am 23. Februar starb in Königsberg die Vorkämpferin der Frauenbewegung im deutschen Osten, *Pauline Bohn*. Sie war am 17. Januar 1834 in Pillau geboren; mütterlicherseits entstammte sie der Familie von Schön. Auf den verschiedensten Gebieten der Frauenbewegung, die im Osten auf besondere Schwierigkeiten, feste Traditionen, gesellschaftliche Vorurteile stieß, war sie führend tätig. 1891 gründete sie den Verein Frauenwohl, den sie 30 Jahre leitete. Auf ihr Betreiben entstanden die erste Handelslehranstalt für Mädchen, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule, die Rechtsauskunftsstelle, die Zentrale für Jugendfürsorge, das Asyl für gefährdete Mädchen. Sie beteiligte sich an der Gründung der Sozialen Hilfsgruppen und des Kindergärtnerinnenvereins. Überall wirkte sie belebend und anregend, und viele fanden bei ihr Hilfe.

Kurze Chronik Eine *Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit* ist in Berlin unter dem Vorsitz Alice Salomons gegründet worden. Sie stellt eine Art Oberbau über den Sozialen Frauenschulen und Wohlfahrtsschulen dar, sie soll die Lehrkräfte für diese Anstalten ausbilden und die soziale Forschung unter Verwertung der Erfahrungen sozial arbeitender Frauen fördern. Auch mit den wissenschaftlichen Grundlagen der Hauswirtschaft wird sie sich befassen. $\diamond$ In Thüringen wurde eine *Frauenberufsoberschule* errichtet. Sie ist als Vorschule für Berufsschullehrerinnen gedacht. $\diamond$ Durch ein Rundschreiben des Deutschen Städte-tags an alle Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern wurde unter anderm die Anzahl der weiblichen Mitglieder in den *Gemeindekörperschaften* festgestellt. Nur in einer Stadt, in Elbing, ist eine Frau besoldetes Mitglied des Magistrats, sonst sind Frauen nur ehrenamtlich im Gemeindevorstand tätig. Im Gemeindevorstand sind in Preußen 1,01 % Frauen tätig, in Bayern 4,44 %, in Sachsen 1 %, in Württemberg 5,84 %, in Baden 2,84 %; in der Gemeindevertretung in Preußen 10,76 %, in Sachsen 9,87 %, in Baden 11,07 %, in Thüringen 9,72 %, in Hessen 12,61 %, in Anhalt 10,11 %, in Oldenburg 9,84 %, in Mecklenburg 10,11 %, in Hamburg 10,35 %, in Lübeck 8,11 %, in Braunschweig 9,38 %. $\diamond$ Das Sozialpädagogische Institut in Hamburg hat einen Ausbildungsgang für *Polizeifürsorgerinnen* eingerichtet zur Fortbildung für Wohlfahrtspflegerinnen, die schon in der Gefährdetenfürsorge tätig sind, und als Schulung für diejenigen, die in die Pflegeamtsarbeit übergehen wollen. $\diamond$ Auf der Tagung der Berliner Stadtsynode wurde die Notwendigkeit anerkannt den Pfarrern *Pfarrgehilfinnen* zur Seite zu stellen. $\diamond$ In Frankreich können jetzt Frauen in die *Handelskammern* gewählt werden. $\diamond$ In Toronto in Canada ist ein *Frauengerichtshof* eingerichtet worden, von dessen Verhandlungen Männer ausgeschlossen sind. $\diamond$ In die Kommission des *Völkerbundes* für Kinder- und Jugendschutz sind 3 Frauen berufen worden, Charlotte Whitton aus Canada, Julia Lathrop aus den Vereinigten Staaten und Helene Burieux, die Leiterin der Kinderschutzorganisationen der belgischen Sozialistischen Partei. $\diamond$ Die Vorsitzende des Bundes französischer Frauenvereine, Avril de Sainte-Croix, erhielt die Große Goldene Hygienemedaille als *Auszeichnung* für ihre Tätigkeit im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Literatur

Die 1. Nummer des neuen Jahrgangs der Zeitschrift *Kulturwille*, die von dem Allgemeinen Arbeiterbildungsinstitut in Leipzig herausgegeben wird, ist der Frau gewidmet. Verschiedene Artikel führender Sozialistinnen beschäftigen sich mit der Geschichte der Frauenbewegung und mit Gegenwartsproblemen, insbesondere mit dem politisch konservativen Charakter der Frau. $\diamond$ Der *Katholische Frauenbund* gibt 2 Monatsschriften heraus, die beide in Köln erscheinen: Die christliche Frau, die sich in gehaltvollen Aufsätzen mit den Fragen der modernen Frauenbewegung und des modernen Geisteslebens auseinandersetzt, sich mit dem Problem Beruf und Ehe, mit der Mädchenbildung und besonders intensiv mit den verschiedenen Gebieten sozialer und fürsorglicher Arbeit beschäftigt, und Frauenland, ein Blatt, das in beschränktem Umfang und leichter Form Frauenfragen vom katholischen Standpunkt aus behandelt. $\diamond$ Als Organ des Reichsverbands landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine erscheint die Wochenschrift *Land und Frau* /Berlin, Paul Parey/, die vorwiegend der wirtschaftlichen Beratung der ländlichen Hausfrauen dient. $\diamond$ Einen interessanten Überblick über die verschiedenen Lösungen, die von den Utopisten aller Zeiten für das Problem der Eingliederung der Frau in den Aufbau der Gesellschaft gesucht wurden, gibt *Margarete Weinberg* (Das Frauenproblem im Idealstaat der Vergangenheit und der Zukunft /Leipzig, Curt Kabitzsch/). Aus einer Fülle von Material hebt sie die wesentlichen Formen, in denen sich das Problem in seiner theoretischen und praktischen Behandlung darstellt, gut heraus. Sie sind, je nach dem Charakter des Zeitalters, ganz verschieden: sowohl die Frage der Gleichstellung von Mann und Frau wie die der geschlechtlichen Beziehungen wird in ganz entgegengesetztem Sinn beantwortet. So betont, im Gegensatz zu den Utopieen Platons und Thomas Morus', das 18. Jahrhundert die Ungleichheit und die verschiedene Bewertung von Mann und Frau, während das 19. Jahrhundert und ebenso das 20. wieder zu dem Grundsatz der Gleichberechtigung zurückkehren, ohne jedoch für das Verhältnis zwischen den Geschlechtern feste Formeln aufzustellen und die Lösung in einem Aufgehen des Frauenproblems im Menschheitsproblem zu sehen. Das Buch ist gerade heute, da man nach der Leistung der Frau für die Gemeinschaft zu fragen beginnt, lesenswert.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Ästhetik

Die bedeutenden Wandlungen, die die Philosophie in den letzten beiden Jahrzehnten durchgemacht hat, zeigen ihre besondere Bedeutung in den Veränderungen jener Disziplinen, die nicht im Mittelpunkt der systematischen Philosophie stehen. Religionsphilosophie, Rechtsphilosophie und Ästhetik beispielsweise hängen in ihrer Ausführung von den methodischen Gesichtspunkten und den allgemeinen Prinzipien der systematischen Philosophie, also vor allem der Erkenntnistheorie, der Logik und der Metaphysik, aufs allerengste ab. Dazu kommt aber noch eine andere Abhängigkeit, deren Einfluß sich mit der der erstgenannten aufs mannigfaltigste durchkreuzt, nämlich die Abhängigkeit von den geistigen Strömungen der Zeit. Die besonderen Interessen und Strebungen des geistigen Lebens geben der Religionsphilosophie oder der Ästhetik besondere Probleme. Man kann sagen, daß der Einfluß der zentralen philosophischen Disziplinen auf diese mehr abseits gelegenen Gebiete vor allem ein methodischer, ein formaler ist; während der von der allgemeinen geistigen Lage der Zeit und ihren besonderen Gegebenheiten ausgehende Einfluß den Gehalt betrifft. Diesen doppelten Charakter an der gegenwärtigen Ästhetik im einzelnen aufzeigen heißt nicht nur die philosophische Situation unserer Tage darstellen sondern auch die Geistesgeschichte der Gegenwart von einem bestimmten Blickpunkt aus schreiben. Eine ganz hervorragende Grundlage hierfür hat man jetzt in dem vor kurzem veröffentlichten Bericht des 2. Kongresses für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft /Stuttgart, Ferdinand Enke/. Dieser Bericht, ein starker Band, enthält alle Vorträge, die während des Kongresses vom 16. bis zum 18. Oktober 1924 in Berlin gehalten wurden. Der Eindruck, den man auf Grund dieser monumentalen Zusammenfassung erhält, und den übrigens die Literatur auf diesem Gebiet bestätigt, geht in der Hauptsache von 2 Erscheinungen aus. Die eine besteht in dem Aufkommen neuer philosophischer Gesichtspunkte und ihrer Anwendung auf die Ästhetik, die andere in dem Einfluß, den die neuen Kunstformen, die neue Kunstgesinnung der letzten Jahre auf die Ästhetik ausgeübt haben. Am hervorstechend-

sten ist in der 1. Gruppe die völlige Abkehr der Ästhetiker von der experimentellen Psychologie, wie sie die Wundtsche Schule betrieb, während in der 2. Gruppe die Abkehr vom Expressionismus als wichtigstes Phänomen zu registrieren ist.

Der Ertrag der experimentellen Psychologie, die nach naturwissenschaftlichen Gesichtspunkten betrieben wurde, war für die Ästhetik und die Kunstforschung darum so überaus gering, weil der Gegenstand der Ästhetik, eine besondere Geltungsform des Geistes, niemals mit einer seinswissenschaftlichen Methode erfaßt werden kann. Aber auch für die psychologischen Probleme, die mit dem Ästhetischen in Beziehung stehen, war die naturwissenschaftlich orientierte experimentelle Psychologie denkbar ungeeignet. Das Bewußtsein läßt sich nun einmal nicht in ichtlose, dinghafte Elemente auflösen. Die Struktur- und Typenpsychologie Diltheys und seiner Schule hat das Verdienst der psychologischen Ästhetik eine neue und wertvolle Grundlage gegeben zu haben, die auch zu einer neuen Art des experimentellen Forschens führte. Aus dem Bericht, den der Marburger E. R. Jaensch über seine Untersuchungen gibt, sieht man die großen Umwandlungen gegenüber Forschern wie Külpe und Meumann. Der Ausgangspunkt, die individuelle Differenzierung in allen seelischen Schichten, weiterhin die Anwendung der Konstitutionslehre, führen zur Anwendung der Typenpsychologie. Jaensch konnte die Entwicklungspsychologie für die psychologische Ästhetik fruchtbar machen. Denn jene Typen, die besonders für das Studium der ästhetischen Phänomene in Frage kommen, weil diese sich hier am deutlichsten äußern, treten auf frühen Entwicklungsstufen des Individuums besonders rein auf. »Bestimmte Strukturen, die beim Erwachsenen im allgemeinen verkümmert und nur noch selten nachweisbar sind, finden sich bei Kindern in ungemein viel größerer Ausprägung und Verbreitung. Derartige jugendliche Strukturen sind nun auch im Geist der Künstler oft nachweisbar, und sie bilden zugleich das Kennzeichen derjenigen Typen von Erwachsenen, auf die wir bei der Analyse des ästhetischen Bewußtseins angewiesen sind, weil sie dessen elementare Grundstruktur in größtmöglicher Überhellung erkennen lassen. Diese Typen von Erwachsenen sind ihrer geistigen Grundstruktur nach in gewisser Hin-

sicht beharrende, nur weitergebildete Jugendtypen.« Wahrnehmungspsychologische Untersuchungen an Jugendlichen haben einen ganz eigenartigen Typus des Weiterlebens erkennen lassen, den Jaensch als eidetischen bezeichnet, und dessen Eigenart darin besteht keinen scharfen Unterschied zwischen Vorstellung und Sinnesempfindung im Bewußtsein zu machen. Goethe ist der bekannteste Vertreter dieses Eidetiker-typus, der bei Künstlern ziemlich häufig vorkommt, im Kindesalter wohl regelmäßig besteht, und den man kurz so charakterisieren kann, daß die Fähigkeit besteht seine Vorstellungen wie Sinneswahrnehmungen erleben zu können. Auch ein anderer, bei Künstlern und ästhetisch stark interessierten Menschen häufig vorkommender Typus des Erlebens gehört entwickelungspsychologisch ins Kindesalter: die Syn-ästhetiker. Sie erleben Sinnesempfindungen eines Sinnes durch solche eines andern Sinnes, also zum Beispiel Klänge durch Farbenempfindungen. Man sieht aus diesen Andeutungen, wie sehr die neueste psychologische Forschung, auch wenn sie die exakte Methode des Experiments anwendet, sich auf die Struktur- und Typentheorie stützt.

In diesen Kreis der neuen psychologischen Erforschung des ästhetischen Erlebens gehören auch die Untersuchungen von psychiatrischer und psychoanalytischer Seite, von Prinzhorn, Storch, Rank, Sachs, die ebenfalls von dem Gedanken ausgehen, daß bestimmte psychische Zustände für das ästhetische Erleben Vorbedingung sind.

Eine andere philosophische Richtung, die in den letzten Jahren immer mehr die Philosophie beherrscht, ist die Phänomenologie. Ihre Anwendung auf die Ästhetik erwies sich als überaus fruchtbar. Selbst ganz spezielle kunstwissenschaftliche Probleme werden heute von phänomenologischen Gesichtspunkten aus behandelt. Die phänomenologische Ästhetik, als deren bedeutendste Vertreter man heute wohl Dessoir und Utitz bezeichnen kann, geht von den ästhetischen Gegenständen aus, die nach ihrer phänomenalen Beschaffenheit untersucht werden. Der ästhetische Gegenstand wird also nicht als realer Gegenstand genommen, zum Beispiel die Symphonie als eine Folge von Luftschwingungen, sondern als das, als was er gegeben ist, also die Symphonie als eine Gestaltung von Tönen nach einem bestimmten Gesetz. Damit wird die

Illusionstheorie als eine methodisch unzulässige Hereintragung von Realitäts-gesichtspunkten abgelehnt. Nach der Illusionsästhetik gibt sich der ästhetische Gegenstand als real aus, ist es aber nicht. Die phänomenologische Ästhetik erkennt richtig, daß der ästhetische Gegenstand, etwa die gemalte Landschaft, gar nicht den Anspruch macht als wirklich seiend genommen zu werden, sondern daß er dargestellte Landschaft ist. Der ästhetische Gegenstand besteht nach der phänomenologischen Forschungsweise aber auch nicht darin ein Komplex von Vorstellungen und Sinnesempfindungen zu sein. Auch nicht im ästhetischen Erleben ist er zu suchen. Vielmehr ist gegenüber der subjektiven Seite des ästhetischen Auffassens, die ein Problemgebiet der Psychologie ist, mit aller Entschiedenheit von der Phänomenologie der Objektcharakter des ästhetischen Gegenstands betont, und die Untersuchung seiner Struktur als Aufgabe gestellt. Die phänomenologische Ästhetik geht also darauf aus das Wesen des Tragischen, des Malerischen, des Romans zu erfassen. Das kann nun aber weder deduktiv noch induktiv durch eine Zusammenfassung der Untersuchung einzelner Beispiele geschehen, weil schon die Auswahl die Kenntnis des Wesens voraussetzt, sondern am einzelnen Beispiel wird die allgemeine Gesetzmäßigkeit erschaut. In den einzelnen Kunstwissenschaften ist eigentlich niemals anders als nach dieser Methode gearbeitet worden. Es bedeutet daher nur die Anerkennung dieses Sachverhalts, wenn die Ästhetik eine Theorie des ästhetischen Gegenstands ausbildet. Man kann vielleicht sagen, daß Lessings Laokoon und Schillers ästhetische Abhandlungen in das Gebiet dieser phänomenologischen Ästhetik gehören.

Die große Bedeutung der phänomenologischen Methode für die Ästhetik besteht darin, daß sie dieser Wissenschaft einen Gegenstand gibt und ihn in seiner Eigenart zu erfassen lehrt. Es ist klar, daß die psychologische Untersuchung des Erfassens und Erlebens dieser Gegenstandswelt nicht das geringste über diese Gegenständlichkeit selbst lehrt. Eine ungeheuer reich gegliederte Welt hat sich mit der Einführung der phänomenologischen Methode in die Ästhetik aufgetan, und diese selbst ist damit erst zum Rang einer notwendigen Wissenschaft aufgerückt. Es muß hier auf die schon

mehrfach genannten Autoren hingewiesen werden, denen man noch viele andere Namen hinzufügen kann, wie Moritz Geiger, Paul Frankl, Hans Mersmann und viele andere Autoren, deren Arbeiten und Vorträge in dem oben genannten Kongreßbericht vereinigt sind. Neben der strukturpsychologischen Methode, die sich der Erforschung des ästhetischen Erlebens und Schaffens zuwendet, und der phänomenologischen, die sich der Untersuchung des ästhetischen Gegenstands widmet, steht als dritte die transzendente Methode der Wertphilosophie. Sie kann ganz besonders philosophisch genannt werden. Denn während die beiden erstgenannten Methoden mehr die Auswirkungen philosophischer Gedanken auf einzelwissenschaftliche Fragen darstellen, und darum besonders geeignet sind die Ästhetik zu einer Einzelwissenschaft zu machen, gehört die wertphilosophische der philosophischen Ästhetik an. Sie wird gepflegt von Rickert und seiner Schule, wo vor allem Jonas Cohn, Friedrich Kreis und Hermann Glockner zu nennen sind. Diese Methode geht davon aus, daß das ästhetische Gebilde nicht einfach ein Gegenstand der Wahrnehmung ist, sondern daß mit ihm ein Sinn- und Bedeutungsgehalt verbunden ist. Die Eigenart des ästhetischen Wertes besteht in seinem besondern Geltungscharakter, der jenseits der personalen Wertbeziehungen steht, und der sich einem System überindividueller Werte an ganz bestimmter Stelle einordnet. Es ist die höchst wichtige Weiterbildung der Kantischen Transzendentalphilosophie durch Rickert, die dieser Wertästhetik zugrunde liegt. Während jedoch die Phänomenologie den ästhetischen Gegenstand mehr in seiner konkreten Gegebenheit nimmt, geht die Wertästhetik auf die letzten ihn konstituierenden Prinzipien. Die Gesetzmäßigkeit der Vernunft als eines überindividuellen Vermögens wird von der Wertästhetik als der letzte tragende Untergrund des Ästhetischen aufgesucht. Nur dadurch gewinnt der ästhetische Gegenstand Objektivität, daß die in ihm bewirkte Verknüpfung der Elemente über jede Willkür, sei es die durch die einfache Gegebenheit sei es die durch die Individualität des Erlebenden oder Schaffenden, hinausreicht. Es ist, wie man sieht, für die gegenwärtige Ästhetik das Bestreben charakteristisch die unbedingte Gültigkeit des Ästhetischen aufzuzeigen und es damit

in eine Reihe mit den anderen großen Wertgebieten zu rücken. Die vertiefte Einsicht in die Grenzen, die der psychologischen Methode gesetzt sind; daß sie es nämlich nur mit dem ästhetischen Subjekt zu tun hat, und die damit verbundene Hinwendung zu einem Objektivismus ist ungemein fruchtbar gewesen. Die bisher veröffentlichten 19 Bände der Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft /Stuttgart, Ferdinand Enke/ legen Zeugnis dafür ab, welch ungeheures Material an Erkenntnissen nicht nur in prinzipiellen Fragen sondern auch auf ganz speziellen Gebieten der einzelnen Künste erarbeitet worden ist. Der Gewinn dieser Arbeit besteht ganz grundsätzlich darin, daß das Wesen des Ästhetischen und des Kunstwerks scharf von einander unterschieden werden. Es gibt Ästhetisches auch außerhalb der Kunst, und am Kunstwerk ist nicht alles unter ästhetische Kategorien zu bringen.

Phänomenologie und Wertästhetik stimmen also darin überein den ästhetischen Gegenstand als in bestimmter Weise konstituiert und mit dem Charakter der objektiven Geltung aufzufassen. Nun hat aber der ästhetische Gegenstand einen Doppelcharakter. Er gehört nämlich nicht nur der reinen Geltungssphäre an sondern ist auch an ganz bestimmter Stelle in den Verlauf des historischen Geschehens eingeordnet. Wie kann, so lautet hier das Problem, das ästhetische Gebilde zugleich überzeitliche Geltung haben und doch im Fluß des Historischen stehen? Es ist das allgemeine Problem der Geschichtsphilosophie, das hier auftaucht; denn diese Frage ist wichtig für jedes geistige Gebilde. Für das Kunstwerk aber, entsprechend seinem besondern Charakter, ergeben sich besondere Perspektiven. Hier einen Weg gewiesen zu haben ist das besondere Verdienst Heinrich Wölfflins und seiner Schule. Indem, zunächst an der bildenden Kunst, die Stilunterschiede auf einige ganz bestimmte Grundbegriffe zurückgeführt wurden, wurde zunächst die Mannigfaltigkeit des historisch Gegebenen auf große normative Einheiten gegründet. Diese selbst, die Stile, erwiesen sich aber als auf der Grenze des Historischen und des Metahistorischen stehend. Mit ihrer Entfaltung reichen sie in das Historische hinein, als Prinzipien ästhetischer Formung kommt ihnen eine überhistorische Geltung und Bedeutung zu. Denn es zeigte sich zunächst, daß die Stilcate-

gorieen ebenso wie für die bildende Kunst für die zeitgenössische Dichtung und Musik gelten. Oskar Walzel, Fritz Strich und Herbert Cysarz haben diesen Nachweis für die Dichtung erbracht, Curt Sachs und Hans Merzmann für die Musik. Weiter aber erwies die geistesgeschichtliche Forschungsmethode, daß den großen Stilformen der Kunst- und Musikgeschichte bestimmte geistige Haltungen des Menschseins überhaupt zugrunde liegen. So entwickelt sich allmählich vor unserem Blick die Lehre von einem System oder besser gesagt von einem Organismus des Geistes, der sich in der Geschichte in seiner Konkretheit ausbreitet, und dessen Gestaltungsweisen in der Anschauung die Stile sind. Die ästhetische und kunstwissenschaftliche Forschung wird natürlich stark beeinflusst von dem künstlerischen Leben der Gegenwart. Hier sind 2 Tatsachen von Bedeutung. Einmal die Abkehr vom Expressionismus und die Hinwendung zu einem neuen Realismus, wenn auch die Wissenschaft noch mit der Bearbeitung der Probleme, die der Expressionismus gestellt hat, alle Hände voll zu tun hat. Die andere wichtige Tatsache ist das Auftreten neuer Künste, die sich immer mehr zum Bewußtsein ihrer eigenen Gesetze durcharbeiten. So vor allem der Bewegungskunst. Hervorragende künstlerische Schöpfungen auf ihren Gebieten (Tanz, Film usw.) fordern die kunstwissenschaftliche Untersuchung nach den besonderen, hier bestehenden Gesetzen. Dies ist ungefähr ein Bild von dem Leben der Ästhetik der Gegenwart, das auf Vollständigkeit auch dann keinen Anspruch machen könnte, wenn die Anregungen, die von der Ethnologie und Völkerpsychologie für die Untersuchung der primitiven und exotischen Kunst ausgehen, berücksichtigt, oder die sehr interessanten Untersuchungen über das Verhältnis von Kunst und soziale Differenzierung erwähnt worden wären.

Totenliste

Ende Juli 1925 starb in Kopenhagen *Kristian Kroman*, lange Jahre dort Professor der Philosophie an der Universität, im Alter von 79 Jahren. Seine Doktorarbeit behandelt die Stellung der exakten Wissenschaften zum Seelenproblem. 1882 veröffentlichte er *Vor Naturerkenntnisse*; für dieses Werk wurde ihm die Goldene Medaille der dänischen Akademie der Wissenschaften verliehen,

und er erhielt die Berufung an die Kopenhagener Universität. Das Werk ist ins Deutsche übersetzt worden. Ebenso seine späteren Schriften *Ethik* und *Kurzgefaßte Psychologie und Logik*. Im August starb in Bad Kleinen der Mathematiker *Gottlob Frege*, 77 Jahre alt. Er ist vor allem als Begründer der "logistischen" Mathematik bekannt geworden, die er in seinem Buch *Die Grundlagen der Arithmetik* /1884/ entwickelte und in anderen Veröffentlichungen weiterführte. Er versuchte darin eine logische Ableitung des Zahlbegriffs zu geben. Seine Resultate wurden von zahlreichen mathematischen Forschern erweitert, von anderen, wie von Henri Poincaré, freilich bestritten. Ende Januar 1926 starb der Erzbischof von Mecheln, *Desiré Joseph Mercier*, in seinem 75. Lebensjahr. Von 1882 bis 1906 hatte er den Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Löwen inne. Er wollte vor allem die Lehre Thomas' von Aquino erneuern. In seiner 2bändigen Psychologie verkündet er die scholastische Zweisubstanzentheorie, die er auf experimentelle Psychologie zu gründen sucht. Außerdem veröffentlichte er Arbeiten über Determinismus und Willensfreiheit, Seelenleben und Energiegesetz und anderes.

Kurze Chronik Der Oxforder Professor Buxton fand unter alten Familienpapieren 63 *Briefe Descartes'* an den niederländischen Staatsmann Constantin Huyghens aus den Jahren 1634 bis 1647. Sie sind vor Descartes' Übersiedlung an den Hof der Christine von Schweden geschrieben. ◊ Der Bonner Privatdozent für Moralthologie und christliche Gesellschaftslehre *Theodor Steinbüchel* wurde an der Universität Gießen außerordentlicher Professor für Philosophie auf katholischer Grundlage. Er hatte 2mal promoviert: 1912 in der Straßburger Philosophischen Fakultät mit der Arbeit *Der Zweckgedanke in der Philosophie des Thomas von Aquino*, 1920 in der Bonner Katholischtheologischen Fakultät mit der Arbeit *Der Sozialismus als sittliche Idee*. 1922 erhielt er an der Bonner Universität die *venia legendi*; in seiner Antrittsvorlesung sprach er über individualistische und universalistische Lebenswertung. ◊ Als Nachfolger Max Frischeisen-Köhlers wurde *Emil Utitz*, über dessen neueste Publikation im Literaturabschnitt berichtet wird, Ordinarius der Philosophie und Pädagogik in Halle.

Literatur

Der hervorragende Vertreter der Ästhetik an der Universität Halle, *Emil Utitz*, ließ unter dem Titel *Der Künstler* 4 Vorträge erscheinen /Stuttgart, Ferdinand Enke/. Der 1. Vortrag: Das Problem einer allgemeinen Kunstwissenschaft, erörtert eine Haupttendenz der modernen Ästhetik, nämlich die wesentliche Unterschiedlichkeit des Kunstwerks und des Ästhetischen, die zur Begründung einer allgemeinen Kunstwissenschaft führt. Deren Aufgabenkreis wird scharf umrissen und die Beziehungen zu benachbarten Kulturwissenschaften dargelegt. Die prinzipielle Wichtigkeit der Darlegung muß ganz besonders hervorgehoben werden. Der 2. Vortrag: Zum Schaffen des Künstlers, zeigt, daß im gestaltenden Erleben einer eigentümlichen komplexen seelischen Funktion die Grundlagen des Schaffens liegen. Das durch manche Untersuchungen der letzten Jahre in Angriff genommene Problem der Beziehungen zwischen Kunst und Geisteskrankheit wird im 3. Vortrag behandelt. Utitz trennt hier scharf den künstlerischen Gestaltungsvorgang von der Geisteskrankheit. Diese kann jenen fördern, sie kann ihn in anderen Fällen hemmen; aber eine eindeutige Beziehung irgendwelcher Art besteht zwischen diesen beiden Größen nicht. Die an 4. Stelle stehende Abhandlung *Der Charakter des Künstlers* setzt wie die beiden voranstehenden die subtilen typenpsychologischen und charakterologischen Erkenntnisse voraus, die Utitz mittlerweile in seiner Charakterologie veröffentlicht hat. In ihrem Resultat kommt die Abhandlung zu einer Ablehnung eines besonders artistischen Charakters. $\diamond$ Ein Buch *K. E. Schulzes* ist Ethik der Dekadenz betitelt /Leipzig, Lehmann & Schüppel/. Das Werk ist nicht unbeeinflusst von Max Stirner. Alle Äußerungen des menschlichen Lebens bis in seine höchsten geistigen Ausformungen hinein beruhen danach auf den das Eigenwohl anstrebenden Trieben. Die Triebe dürfen nicht durch ethische Forderungen gehemmt werden sondern müssen sich instinktmäßig auswirken. Eine Ethik, die den Trieben irgendeine Hemmung auferlegt, ist eine Ethik der Dekadenz. Die wahre Ethik muß die Lebensharmonie, die höchste individuelle Lust lehren. Wie das im einzelnen zu verwirklichen ist, wird durch eine Reihe von praktischen Forderungen über Ehe und Sexualleben, Be-

handlung von Verbrechen, Körperpflege, Berufsleben usw. dargelegt. $\diamond$ Eine recht interessante kleine Schrift legt uns *Theodor Litt* unter dem Titel *Die Philosophie der Gegenwart und ihr Einfluß auf das Bildungsideal* vor /Leipzig, B. G. Teubner/. Nach einer prinzipiellen Untersuchung über das Verhältnis von Philosophie und Pädagogik wird gezeigt, welche Konsequenzen der Positivismus, der Marburger Neukantianismus und die Lebensphilosophie auf die Wahl des Bildungsideals und der Erziehungsform haben. Von heftiger Unzufriedenheit mit den pädagogischen Auswirkungen der Lebensphilosophie erfüllt, fordert Litt ein Bildungsideal, das aus einer dialektischen Philosophie stammt, so daß wieder eine Erziehung möglich wird, durch die der Zögling sich den Forderungen, die vom Objekt ausgehen, unterzuordnen lernt. Mit Recht wird auf den erzieherischen Wert der Dialektik hingewiesen, die das Bewußtsein von dem Kampf der Gegensätze und der Forderung sie zu überwinden weckt. $\diamond$ Ein philosophiegeschichtlich und systematisch gleich wichtiges Buch ist das Werk Kant und das Ding an sich von *Erich Adickes* /Berlin, Panverlag Rolf Heise/. Das Resultat der eingehenden Untersuchung ist, daß Kant an der Existenz bewußtseins-transzendenter Dinge nie gezweifelt hat, und daß diese durch die Kategorien gedacht werden können. Damit ist sicher kein Widerspruch gegen die transzendente Methode gesetzt. $\diamond$ Wir kennen in Deutschland wenig oder fast nichts von der politischen und staatspolitischen Literatur des Auslands. Darum ist es sehr zu begrüßen, daß der Verlag Felix Meiner in Leipzig die Absicht hat die wichtigsten dieser Schriften in deutscher Übersetzung dem deutschen Publikum nahezubringen. Als erste erschien *Die metaphysische Staatstheorie* von *L. T. Hobhouse*, übersetzt von Grete Beutin-Dubislav. Es ist ein sehr interessantes Buch, das in Deutschland volle Beachtung verdient. Beeinflußt von Hegelschen Gedankengängen wendet es sich mit beachtenswerter Kritik der metaphysischen Staatsauffassung zu, wobei Hegel als ihr bedeutendster Vertreter angesehen wird. Der Wille die Wirklichkeit gemäß den Ideen zu gestalten fordert eine Philosophie, die eine solche Tätigkeit ermöglicht, und muß notwendig eine Auffassung verwerfen, die die Philosophie zur reinen Kontemplation macht und einen Quietismus im Gefolge hat.

Hygiene / Georg Wolff

Meldepflicht bei Berufskrankheiten Es hat sehr lange gedauert, bis man auch im Deutschen Reich anerkannt hat, daß die chronischen Berufs- und Gewerbekrankheiten Schädigungen durch die berufliche Arbeit darstellen, und sie deshalb, gleich den akuten Betriebsunfällen, durch das Versicherungsgesetz entschädigungspflichtig machte. So standen, um nur ein besonders markantes Beispiel herauszuheben, zwar Hygieniker und Sozialpolitiker aller Richtungen längst prinzipiell auf dem Standpunkt, daß eine so ausgesprochene Berufskrankheit wie die chronische Blei- oder Quecksilbervergiftung für die Erwerbsfähigkeit des Arbeitenden keinen geringern Schaden darstellt als etwa eine akute Quetschung oder eine Schwefelsäureverätzung; aber es ist freilich oft schwieriger die chronische Gewerbeschädigung von anderen Erkrankungen zu scheiden, wie sie auch sonst im Zusammenleben den Menschen auf Schritt und Tritt bedrohen. Die ursächlichen Zusammenhänge der Krankheitsgenese sind nicht immer ganz einfach aufzudecken und nicht so eindeutig wie bei den wenigen Gewerbegegiften, die leicht in einer Liste zusammengestellt werden können. Und auch bei Krankheiten, die durch sie bewirkt sind, können durch das Hinzutreten außergewerblicher Schädigungen Komplikationen entstehen. So hat es der Gutachter bei den gewerblichen Schädigungen schwerer als bei den akuten Unfällen, zumal er sich immer dem menschlich begreiflichen Wunsch der Berufstätigen gegenüber sieht möglichst viele ihrer wirklichen oder eingebildeten Leiden auf die Berufsarbeit zurückzuführen, um sich so eine möglichst hohe Rente zu verschaffen. Eine ganze Reihe von Gewerbekrankheiten läßt sich jedoch ziemlich sicher auf berufliche Schädigungen, im besondern auf genau charakterisierte Gewerbegegifte zurückführen. Es ist daher ein Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung, daß nunmehr durch die Verordnung vom 12. Mai 1925 über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten die folgenden Gewerbekrankheiten melde- und entschädigungspflichtig gemacht wurden: Erkrankungen durch Blei oder seine Verbindungen; durch Phosphor, durch Quecksilber oder seine Verbindungen; durch Arsen oder seine Verbindungen; durch Benzol oder seine Homologen (Erkrankungen durch Nitro- oder Amidoverbindungen der aromatischen Reihe);

durch Schwefelkohlenstoff; Erkrankungen an Hautkrebs durch Ruß, Paraffin, Teer, Anthrazen, Pech und verwandte Stoffe; grauer Star bei Glasmachern; Erkrankungen durch Röntgenstrahlen und andere strahlende Energie; Wurmkrankheit der Bergleute; Schneeberger Lungenkrankheit. Zu diesen 11 Krankheitsgruppen hat dann der Reichsarbeitsminister noch etwas genauere Erläuterungen in den Richtlinien über gewerbliche Berufskrankheiten vom 6. August 1925 gegeben, in denen die der Versicherungspflicht nunmehr unterliegenden Krankheitszustände vom Standpunkt der medizinischen Wissenschaft charakterisiert werden.

Der in jener Verordnung behandelte Fragenkomplex ist von größter praktischer Bedeutung für die Arbeiterschaft; er ist es ebenso für die Ärzte, die auf Grund der Meldepflicht in ganz anderer Weise als bisher gezwungen sind das wichtige Gebiet der Gewerbehygiene und der Gewerbekrankheiten zu studieren. Es ist daher zu begrüßen, daß im 1. Heft der Schriftenreihe Arbeit und Gesundheit, die der Abteilungsdirigent im Reichsarbeitsministerium Otto Martineck herausgibt (Berlin, Reimar Hobbing), die ganze Materie unter dem Titel Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten noch einmal mit den Verordnungen übersichtlich dargestellt wurde. Außer Martineck, der in einem besondern Aufsatz die medizinischen Gesichtspunkte erläutert, stellt der Ministerialrat Johannes Krohn die versicherungsrechtliche Bedeutung der neuen Verordnung dar; ferner enthält die Schrift die Durchführungsbestimmungen des Reichsversicherungsamts, die Durchführungsbestimmungen in den einzelnen Ländern des Reichs und sodann einen Überblick über ausländische gesetzliche Vorschriften zur Entschädigung bei Berufskrankheiten, den in gedrängter Kürze der Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium Adalbert Bauer gegeben hat. Die Zusammenstellung ist allerdings auch unvollständig.

Erkrankungsstatistik Mit der neuen Verordnung wurde auch in Deutschland der Anfang gemacht eine alte Lücke der Versicherungsgesetzgebung auszufüllen; über ihren zahlenmäßigen Erfolg wird erst in einiger Zeit ein Urteil möglich sein. Zweifellos ist aber die heutige Hygiene immer mehr bestrebt durch Krankheitsverhütung statt durch Krankheitsbehandlung zum Ziel zu kommen. Daran haben auch

die wirtschaftlichen Träger der Krankenversicherung, die Krankenkassen, aus ökonomischen Gründen das stärkste Interesse. Inzwischen mehren sich die Untersuchungen, die Einzelfragen der Gewerbehygiene behandeln und damit Bausteine zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Berufskrankheiten liefern können. Auf eine auch in methodischer Hinsicht wichtige Untersuchung des jetzigen Düsseldorfer Landesgewearztes *Ludwig Teleky* Aufgaben und Durchführung der Krankheitsstatistik der Krankenkassen sei hier zunächst verwiesen; sie erschien in den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung /Berlin, Richard Schoetz/. Das gewaltige Material der Krankenkassen wird heute noch in durchaus unzureichender Form der wissenschaftlichen Verarbeitung und damit der Nutzung durch die Praxis zugeführt. Diese Praxis ist aber das eminent wichtige Gebiet der Krankheitsverhütung im Berufsleben. Hier bewährt sich die alte These: Es ist nichts so praktisch wie eine gute Theorie. Da die zahlreichen Kassen (es gibt deren bekanntlich mehrere tausend im Deutschen Reich) eine ganz verschiedene Nomenklatur der Krankheiten anwenden, soweit sie in ihren Geschäftsberichten überhaupt Krankheitsstatistiken liefern, schlägt *Teleky* ein einheitliches Krankheitschema vor. Es hat nur 21 große Krankheitsgruppen, ist nach Möglichkeit ätiologisch-wissenschaftlich begründet und trägt vor allem den praktischen Bedürfnissen der Krankenkassen Rechnung einen Einblick in den Einfluß der Berufe auf die Gesundheit zu erhalten. Nur dann läßt sich das ungeheure Material vergleichen und verwerten, wenn die ärztlichen Krankheitsdiagnosen nach einem einheitlichen Schema gesammelt und eingeordnet werden. Hierzu ist freilich eine energische Erziehung erforderlich, die Einsicht der das Material verarbeitenden verantwortlichen Kasseninstanzen und der das Urmaterial liefernden Ärzte in die große wirtschaftliche Bedeutung einer zuverlässigen Krankheitsstatistik. Beide Teile sündigen dagegen: die Kassen, wenn sie die Mittel für eine einheitlich geleitete, wissenschaftlich verwertbare Statistik nicht bereitstellen, die Ärzte, wenn sie nach alter individualistischer Erziehung die Wichtigkeit der Statistik für die Krankheitsheilung negieren. Nur die Einsicht in die Zusammenhänge von Krankheit und Beruf und eine höhere Auffassung des Gesamtproblems kann darüber hin-

weghelfen. Die statistischen Ergebnisse der Krankenkassen, deren Mitglieder heute den größten Teil des erwerbstätigen Volkes umfassen, sind auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil eine brauchbare Erkrankungsstatistik überhaupt nicht existiert. Wohl haben wir eine einigermaßen zuverlässige Sterblichkeits- und Todesursachenstatistik auf Grund der Leichenscheindiagnosen, namentlich in den Ländern, in denen eine gesetzliche Pflichtleichenchau durch einen Arzt besteht (das Deutsche Reich und Preußen gehören leider nicht dazu); eine Statistik der Erkrankungshäufigkeit hingegen existiert bisher kaum. Dabei hätte diese, wie ohne weiteres verständlich ist, einen viel größeren prophylaktischen und daher praktischen Wert. Denn nur durch sie würde die Krankenversicherung und die auf sie begründete Gesetzgebung erkennen lassen, an welchen Stellen das stärkste Risiko in gesundheitlicher Hinsicht besteht, und wo die energischsten Maßnahmen zu seiner Verminderung einsetzen müssen. Freilich übersieht *Teleky* keineswegs die Fehler, die auch der Statistik stets anhaften. Er will sie nur prinzipiell als Mittel der Gesellschaftswissenschaft in den Dienst der sozialen Hygiene gestellt sehen. »Ebensowenig wie der Bakteriologe im Laboratorium mit Reagenzglas und Brutschrank, ebenso wenig kann der Statistiker in seinem Arbeitszimmer mit seinen Zahlenreihen die ganze Wirklichkeit erforschen.« Stets aber bleibt die Statistik, wissenschaftlich fundiert, ein wichtiges Hilfsmittel; im Dienst einer weitsichtigen Krankenversicherung wird sie viele Aufschlüsse über den Zusammenhang von Krankheit und Beruf geben.

Gewerbekrankheiten In der Schriftenreihe aus dem Gesamtgebiet der Gewerbehygiene, die vom Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt in dem unermüdlichen Verlag Julius Springer in Berlin herausgegeben wird, setzen *Ernst Brezina* und *Ludwig Teleky* die internationale Übersicht über Gewerbekrankheiten fort, die sie nach den Berichten der Gewerbeinspektionen der Kulturländer für das Jahr 1919 im 10. Heft zusammengestellt haben. Außer denen aus dem Deutschen Reich respektive aus den deutschen Ländern sind die Berichte aus Österreich, der Schweiz, England, den Niederlanden berücksichtigt worden. Ein gewaltiges kasuistisches Material über alle zur Kenntnis der Gewerbeinspektionen gelangenden Fälle von gewerblichen Erkrankungen kommt

hier nach den Originalberichten zur Darstellung und bietet in der Praxis eine unerschöpfliche Fundgrube für den Gewerbez. Die französischen und belgischen Jahresberichte, die bei der Zusammenstellung noch nicht vorlagen, sollen in einem spätern Heft wiedergegeben werden. Eine analytisch-statistische Behandlung der Morbiditäts- und Mortalitätsverhältnisse ist nicht beabsichtigt; sie hätte einen besondern Reiz, ist aber bei der Schwierigkeit internationaler Vergleiche heute noch sehr schwer durchführbar. Unübertreffliches bieten hierfür bisher die englische Sterblichkeitsstatistik nach dem Beruf, die alle 10 Jahre in den amtlichen Quellenwerken erscheint, und die ganz ähnliche holländische Statistik, die beide mit Standardberechnungen zum Ausgleich der störenden Altersunterschiede in der Zusammensetzung der verschiedenen Berufe arbeiten; derartige Berechnungen liegen im Deutschen Reich noch nicht vor, sollten aber im Rahmen der amtlichen Quellenwerke auf Grund der letztjährigen Berufszählungen nunmehr eingefügt werden.

Eine systematische Untersuchung Die deutsche Bleifarbenindustrie vom Standpunkt der Hygiene hat im 11. Heft der gleichen Sammlung der Würzburger Hygieniker *K. B. Lehmann* erscheinen lassen. Sie ist im Auftrag und auf Kosten des Verbandes der deutschen Bleifarbenfabriken ausgeführt, zeichnet sich aber durch die gleiche wissenschaftliche Unparteilichkeit aus, die auch die zahlreichen früheren gewerbehygienischen Arbeiten des Verfassers kennzeichnet. Freilich stehen entsprechend der Arbeitsrichtung Lehmanns die experimentell hygienischen Befunde im Vordergrund; die Krankheitsstatistik der Bleifarbenfabriken, die gewissermaßen das Urteil über den status praesens der gesundheitlichen Lage der Arbeiter enthält, leidet an den vorher erwähnten Mängeln; der Ungenauigkeit der ärztlichen Diagnosen und dem Fehlen eines einheitlichen Krankheitsschemas bei den beteiligten Krankenkassen. Eine Vergleichung der Untersuchungen Lehmanns während der Jahre 1919, 1920, 1921 wurde jeweils mit den Untersuchungsergebnissen der Leipziger Ortskrankenkasse aus den Jahren 1887 bis 1905 durchgeführt; sie sind in einem 4bändigen Quellenwerk niedergelegt, das im Reichsgesundheitsamt mit Unterstützung des Statistischen Reichsamts von Karl Mayet bearbeitet wurde. In den 30 Jahren, die seitdem vergangen sind, haben sich aber die Morbiditäts- und Mortalitätsverhältnisse der erwerbstätigen

Bevölkerung entsprechend dem allgemeinen Aufstieg gebessert, so daß die Vergleichsresultate nicht mehr ganz gültig sind. Trotzdem ist gegenwärtig die Anzahl der Krankheitstage der Bleiarbeiter mit 14,4 im Mittel der 3 Jahre erheblich höher als die aller männlichen Arbeiter der Leipziger Ortskrankenkasse, die im Jahresmittel nur 8,6 betrug. Das ist natürlich im wesentlichen auf die Mehrerkrankung der Bleiarbeiter an einem der stärksten Gewerbegefahren zurückzuführen, das wir kennen. Dagegen ist die Erkrankungshäufigkeit der mit Blei wenig beschäftigten Arbeiter der Bleifabriken viel geringer (7,4); ebenso die der Zinkweißarbeiter (8,4). Leider läßt sich das giftige Bleiweiß durch das fast ungiftige Zinkweiß noch immer nicht ersetzen. Im allgemeinen kann man, schon an der Hand des Zahlenmaterials, Lehmanns Behauptung zustimmen, daß im Vergleich zu früher in der Hygiene der Bleifarbenbetriebe erhebliche Fortschritte erzielt worden sind, und zwar durch technische Verbesserungen, Hebung der Arbeiterbildung, ärztliche Voruntersuchung, Verkürzung der Arbeitszeit, Bekämpfung des Alkoholismus, gewerbehygienische Gesetzgebung und Einsicht der Arbeitgeber. Als wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung der Bleigefahr bezeichnet Lehmann die direkte und indirekte Staubbekämpfung im Bleibetrieb und eine verständige Lebensführung des Arbeiters. Sehr mit Recht. Aber man muß sich mit allen Mitteln der Technik und Fabrikhygiene bemühen ein so tödliches Gift aus der Fabrik auszurotten, da man sich auf die Vorsicht des Arbeitenden nie völlig verlassen können. In welcher Weise die Aufklärung zweckmäßig erfolgen könnte, das stellen im 1. Beiheft zum Zentralblatt für Gewerbehygiene /Leipzig, Verlag Chemie/ unter dem Titel Die Belehrung der Arbeiterschaft über die Berufsgefahren und ihre Mitwirkung bei der Bekämpfung derselben der Ministerialdirektor Eduard Dietrich vom preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, der Hygieniker Benno Chajes, der Syndikus Alois Meesmann und der Gewerberat Wilhelm Bender unter verschiedenen Gesichtspunkten dar. Die verantwortliche Mitwirkung der Arbeiter ist dabei unerläßlich. Die Hygiene im Schriftgießereigewerbe behandelt eine Studie *Arthur Seitz* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./. Das Schriftgießereigewerbe, ein Teilgewerbe des polygraphischen, ist am stärksten von gewerblichen Vergiftungen bedroht. Auch hier spielt das Blei die verhängnisvollste

Rolle; außerdem hat das Antimon, das im Letternmetall enthalten ist, eine schädigende Wirkung auf die Blutbeschaffenheit, was Seitz auch in Tierversuchen experimentell bestätigen konnte. Die Blei- und Antimonschädigungen rühren nicht so sehr von den Metaldämpfen her, die beim Schmelzprozeß entstehen, als vielmehr von den kleinen Mengen Metall, die dauernd durch mangelhaft gereinigte Hände beim Essen, aber auch durch flugfähigen metallhaltigen Staub zur Aufnahme gelangen. Daraus ergeben sich die gleichen technischen und persönlich-hygienischen Vorbeugungsmaßnahmen wie in der Bleifarbenindustrie. Leider ist die Erkrankungsstatistik, deren Material schwierig zu beschaffen und zu verarbeiten ist, nur dürftig behandelt; dagegen nehmen Blutprotokolle von Menschen und Tieren und anderes in den Tabellen einen übermäßig breiten Raum ein. Summarische Ergebnisse hätten hier genügt. Der Verfasser weist auf die gesundheitlichen Störungen hin, die infolge physikalischer Ursachen beim Gießprozeß (Überproduktion an Wärme und exzessive Steigerung der Feuchtigkeit im Betrieb) entstehen; er definiert aber nicht näher die Art dieser hygienischen Störungen, obwohl ein großer Teil der Beschwerden auf sie zurückgeführt wird. Hier konnte, mangels eigener Erfahrungen, nur eine sorgsame Analyse der Krankenkassenstatistik zum Ziel führen. Die mikroskopischen Blutuntersuchungen können keinen Ersatz dafür bilden.

Eine dankenswerte kurze Zusammenstellung bietet der badische Landesgewerbearzt *Friedrich Holtzmann* in seiner Arbeit *Die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie im Lichte der Sozialhygiene*, die als Beilage zum Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes 1923/1924 erschien/Karlsruhe, Macklottsche Druckerei/. Die Erkrankungsstatistik der Krankenkassen und die Todesursachenstatistik sind sorgfältig, zum Teil nach Altersklassen geordnet, benutzt. Die absoluten Zahlen sind klein und daher nur mit Vorsicht zu verwenden. Die Erkrankungs- und Sterblichkeitszahlen infolge von Tuberkulose sind in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie größer als in anderen Landesteilen. Daß die Lungentuberkulose bei den Mitgliedern der Ortskrankenkasse häufiger erscheint als in den Zahlen der Gesamtbevölkerung, darf nicht wundernehmen. Denn hier fehlen, worauf *Holtzmann* richtig hinweist, die Kinder von 1 bis 14 Jahren, bei denen Todesfälle an Lungentuber-

kulose selten vorkommen, und die daher in der Landesstatistik die Gesamtsterblichkeitszahlen an Tuberkulose günstig beeinflussen. Diese Fehlerquelle ließe sich nur korrigieren, wenn man die Berechnungen auf eine Einheitsbevölkerung bezieht oder Sterblichkeitsziffern nach einzelnen Altersklassen aufstellt. Auch auf andere Fehlerquellen weist der kenntnisreiche Verfasser hin. So ist die höhere Sterblichkeit in der Stadt Pforzheim gegenüber dem Landbezirk zum Teil darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Kassenmitglieder gerade in schweren Fällen in den städtischen Krankenhäusern, wie auch sonst allgemein, aufgenommen wird und nun beim Todesfall in den Sterberegistern der Stadt erscheint, auch wenn der Verstorbene gar nicht in ihr gewohnt hatte. Im ganzen kommt *Holtzmann* zu dem Ergebnis, daß der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft nicht eben günstig ist, besonders nicht bei der weiblichen Arbeiterschaft, die in der Schmuckwarenindustrie fast die Hälfte bildet. Ungünstiger als die eigentlich gewerblichen Schädigungen (bei den feinen Arbeiten mit Edelmetallen und ähnlichem Material spielen Gewerbegebiete keine große Rolle) wirken hier »die langen Wege zur Arbeitsstelle, unregelmäßige Ernährung, Verbindung von Berufsarbeit mit den Leistungen der Mutterschaft und den Pflichten im Haushalt«. Auf die aufschlußreiche Arbeit sei besonders hingewiesen.

Ein bisher stark vernachlässigtes, spezielles Kapitel der Unfallhygiene behandelt der Wiener Dozent an der Technischen Hochschule *Stefan Jellinek* in seiner Arbeit *Der elektrische Unfall* /Wien, Franz Deuticke/. Er spricht aus reicher eigener Erfahrung, schildert die elektrischen Gesundheitsschädigungen, den elektrischen Scheintod, der leider oft nicht erkannt wird, so daß der Tod dann erst wirklich eintritt, weil Wiederbelebungsversuche unterlassen werden; er schildert ferner das elektrische Rettungswesen, wie es ist und sein soll. Das Buch schöpft aus einer ausgedehnten gerichtsärztlichen Praxis; es wird durch eine Reihe schöner Abbildungen belebt und kann nicht nur dem Arzt und Gesundheitstechniker empfohlen werden. Es sollte auch in keiner Fabrik- und Gewerbeschulbibliothek fehlen, zumal mit der immer weiteren Ausdehnung der elektrischen Kraftübertragung Unfälle durch elektrischen Strom nicht mehr selten sind.

Schließlich sei hier noch einer feinen medizinhistorischen Studie gedacht, die

der bayrische Landesgewerberat Franz Koelsch an die Neuherausgabe einer Arbeit des Theophrastus Bombast von Hohenheim genannt *Paracelsus* Von der Bergsucht und anderen Bergkrankheiten anknüpft, und die in der schon genannten Schriftenreihe aus dem Gesamtgebiet der Gewerbehygiene /Berlin, Julius Springer/ als 12. Heft erschien. *Paracelsus* hat auf Grund zahlreicher Eigenbeobachtungen schon ums Jahr 1530 die beruflichen Schädigungen der Berg- und Hüttenarbeiter einschließlich der gewerblichen Metallvergiftungen zusammenfassend dargestellt und damit wohl die erste gewerbehygienische Monographie auf diesem Gebiet geliefert. Koelsch hat mit vieler Liebe die uns oft schwer verständliche Sprache ins Hochdeutsche übertragen und die Schrift mit zahlreichen kritischen und historischen Bemerkungen versehen.

Frauenberufs- krankheiten

Die speziellen Berufskrankheiten der Frau sind noch immer wenig durchforscht.

Wohl kennen wir die Einflüsse der Gewerbegeifte im allgemeinen, die Schädigungen durch Staub und Hitze und andere physikalisch-mechanische Ursachen im Erwerbsleben. Viel zu wenig ist aber in diesen von Männern für Männer geschriebenen Darstellungen auf den Organismus der Frau Bezug genommen. Dieser erfordert durch seine so ganz andersartigen und empfindlicheren Fortpflanzungsfunktionen eine besondere Behandlung im Berufsleben, ganz abgesehen von den psychischen Verschiedenheiten der Geschlechter, die wohl ebenfalls bei den Erkrankungen in Betracht gezogen werden müßten. Der einzige in Deutschland, der sich dem Studium der weiblichen Berufskrankheiten in neuerer Zeit eingehend gewidmet hat, ist der Berliner Frauenarzt *Max Hirsch*, dem wir schon einen systematischen Leitfaden der Berufskrankheiten der Frau aus dem Jahr 1919 verdanken /Stuttgart, Ferdinand Enke/, und der neuerdings auch in dem großen Sammelwerk *Biologie und Pathologie des Weibes* /Berlin, Urban & Schwarzenberg/ den Abschnitt *Frauenarbeit und Frauenkrankheiten* behandelt. Die Berufskrankheiten der Frau sollen stets im besondern Hinblick auf ihre eigentliche physiologische Aufgabe, das Gebärgeschäft, angesehen werden; die Schädigungen der Fortpflanzungsorgane durch die Berufsarbeit erfordern die stärkste Aufmerksamkeit. Darum nennt Hirsch mit Recht eine neuere Studie, die er der weiblichen Berufsarbeit

in der Textilindustrie gewidmet hat, Die Gefahren der Frauenerwerbsarbeit für Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Kindesaufzucht /Leipzig, Curt Kabitzsch/. Die sehr instruktive Schrift enthält eine Reihe packender Abbildungen nach Originalphotographien, die in gleicher Weise auch in der vom Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes herausgegebenen und dem Reichstag vorgelegten Denkschrift *Erwerbsarbeit, Schwangerschaft, Frauenleid* /Berlin, Textilpraxis/ aufgenommen sind. Diese Bilder sind ebenso ergreifend wie die in der Schrift veröffentlichten Antworten schwangerer Textilarbeiterinnen an den Verbandsvorsitzenden Hermann Jäckel auf einem mit strengster Diskretion behandelten Fragebogen. In der Textilarbeit kommen keinerlei besondere chemische Gewerbegeifte oder andere Berufsschädlichkeiten vor; um so reiner erscheint in diesen Ergebnissen der Einfluß der Berufsarbeit auf die schwangere Frau. »Schwangerschaft und Fabrikarbeit sind unversöhnliche Gegensätze«, schließt Max Hirsch auf Grund seiner Studien das Gutachten, das der Denkschrift beigelegt ist. »Wenn es aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist die Frau während der ganzen Zeit der Schwangerschaft aus der Fabrikarbeit auszuschalten, so muß das für die letzten 3 Monate unbedingt gefordert werden. Vom 5. bis zum 7. Schwangerschaftsmonat sind nur Halbtagschichten zulässig. Schwangere im 3. und 4. Monat bedürfen einer 2stündigen Mittagspause. Die Arbeitsruhe nach erfolgter Geburt ist auf 10 Wochen festzusetzen.« In dieser Richtung bewegen sich auch die von Hirsch aufgestellten Leitsätze, die sich der Deutsche Textilarbeiterverband fast übereinstimmend zu eigen gemacht und dem Reichstag als Forderungen an die Gesetzgebung vorgelegt hat. Mit dem Schutz der berufstätigen Schwangeren wird in hygienischer und wirtschaftlicher Hinsicht auch ein wichtiges Stück praktischer Bevölkerungspolitik getrieben, im Interesse der Gemeinschaft ebenso wie des Individuums.

Gemeinver- ständliche Schriften

Eine sachliche Einführung in die biologisch-hygienischen Probleme des *Sexuallebens* stellen die populärwissenschaftlichen und mit vielen Abbildungen versehenen Vorträge S. Jessners dar, die unter dem Titel *Körperliche und seelische Liebe* erschienen /Leipzig, Curt Kabitzsch/. Das Buch fordert ethisch-hygienische Erziehung in allen Fragen

der Sexuallehre und wendet sich an Eltern und Lehrer; es wird aber stets eine gewisse Reife dazu gehören die entwickelten Fragen des Geschlechtslebens und seiner hier ebenfalls dargestellten Perversitäten zu erläutern.

Der Berliner Arzt Heinz Zikel hat eine Reihe von Büchern unter den recht verheißungsvollen Titeln *Die verjüngte Frau, Der verjüngte Mann, Müssen wir früh sterben?, Neue EBkunst für Dicke und Dünne, Die Schwäche des Mannes* erscheinen lassen, alle im Medizinischen Verlag Gemeinwohl in Aachen. Es wird manchen stören, daß der Verfasser am Beginn wie am Schluß allzu oft auf seine "Zikelverfahren" hinweist, und daß auch der Verlag in einem besondern Vorwort auf den Ewigkeitwert der Zikelbücher aufmerksam macht. Aber diese Schönheitsfehler dürfen uns nicht übersehen lassen, daß in den frisch und sympathisch temperamentvoll geschriebenen Büchern eine ganze Reihe *praktischer Regeln zur Lebensführung* enthalten ist. Man freut sich über die lebensvolle Art des Verfassers, über den festen Glauben an die Kraft seiner Ratschläge.

Totenliste Am 7. Januar 1925 starb *Guido Banti*, der hervorragende Florentiner Pathologe, weit bekannt durch die Erforschung der nach ihm benannten Bantischen Krankheit.

Am 8. Februar starb im 66. Lebensjahr *Arthur Hefter*, bis 1924 ordentlicher Professor der Arzneimittellehre in Berlin. Seine Forschertätigkeit begann 1886 mit der Entdeckung der Chloralose.

Der älteste der deutschen Augenärzte, *Julius Hirschberg*, noch ein direkter Schüler Albrecht von Graefes, ist am 17. Februar nach vollendetem 80. Lebensjahr in Berlin gestorben. Er war ein universaler Geist, mathematisch durchgebildet, und beherrschte die lebenden wie die alten Sprachen. Außer zahlreichen Facharbeiten schrieb er eine 8bändige Geschichte der Augenheilkunde, zu der er die alten arabischen ebenso wie neuzeitliche Schriften mit schärfster Textkritik verwandte.

Gleichfalls im Februar starb in London, und zwar an der Krankheit, der seine letzten Forschungen galten: der Angina pectoris, der Arzt und Herzforscher *Sir James Mackenzie*, 72 Jahre alt. Der Tätigkeit und den Erkrankungen des Herzens waren fast alle seine Arbeiten gewidmet, unter denen die Pulsstudien und das Lehrbuch der Herzkrankheiten die bedeutendsten sind.

Ende April starb in Bonn der frühere Professor der Chirurgie an der Medizinischen Akademie in Düsseldorf *Oskar Witzel*, 68 Jahre alt. Er ist hauptsächlich durch eine von ihm erfundene chirurgische Methode der Harnfistelheilung und durch neue Magenoperationen (Anlegung einer Magenfistel mit Schrägkanalbildung) bekannt geworden.

Am 29. April starb, in seinem 61. Lebensjahr, *Hermann Kossel*, ordentlicher Professor der Hygiene in Heidelberg. Er war Schüler Robert Kochs. Das Schergewicht seiner Forschungen lag auf dem Gebiet der mikroparasitären Infektionskrankheiten.

Am 21. Juli starb in Berlin *Adolf Lazarus*, im Alter von 58 Jahren. Er stammte aus Prenzlau, hatte in Leipzig und Breslau studiert und sich 1900 in Berlin habilitiert. Sein Arbeitsgebiet war in seinen jüngeren Jahren die Bakteriologie und Hygiene. Später wandte er sich stärker der Hämatologie zu, die er auch im ganzen und in Teilgebieten für eine Anzahl größerer Handbücher bearbeitet hat. Er setzte hier die Lebensarbeit seines Lehrers Paul Ehrlich fort.

Kurz vor Vollendung seines 86. Lebensjahrs starb Ende Juli in Baden-Baden *Bernhard Naunyn*. In seine ersten Jugendjahre fiel die Revolution von 1848, bei der sein Vater als Bürgermeister von Berlin eine wichtige Rolle spielte. Auf 2 großen Gebieten der Medizin haben die Arbeiten Naunyns wegweisend gewirkt. Durch eingehende chemische und pathologisch-anatomische Studien förderte er in weitestem Umfang die Kenntnis der Erkrankungen des Stoffwechsels und der großen Drüsen, insbesondere die Lehre von der Zuckerkrankheit und den Gallensteinen. Später wandte er sein Interesse dem Zentralnervensystem zu, legte auch hier den Grundstein zu entscheidenden Erkenntnissen. Seine Lehrtätigkeit übte er der Reihe nach an den Universitäten Dorpat, Bern, Königsberg und zuletzt, bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand im Jahr 1904, in Straßburg aus.

Im August starb in Berlin *Wilhelm Ruppel*, im Alter von 61 Jahren. Seine wissenschaftlichen Leistungen liegen auf dem Gebiet der Serumtherapie und der Tuberkulosebekämpfung. Nach langjähriger Tätigkeit an der Universität Marburg ging er zur Industrie über; er leitete lange Zeit die Serobakteriologische Abteilung der Höchster Farbwerke, seit 1918 die entsprechende Abteilung der Elektroosmoseaktiengesellschaft in Berlin.

Als Nervenarzt und stets verstehender Berater von seinen Patienten verehrt, als wissenschaftlicher Forscher hochgeschätzt, starb im August in Berlin *Richard Cassirer*, in seinem 58. Lebensjahr. Seine Arbeiten behandeln sowohl organische als funktionelle Erkrankungen des Nervensystems.

An den Folgen allzulanger und allzuhäufiger Einwirkung der Röntgenstrahlen starb im September in Olmütz *Rudolf Bacher*, einer der hervorragendsten Röntgenologen der Tschechoslowakei.

Der Schöpfer der Reichsseuchengesetzgebung vom Jahr 1900 und des entsprechenden preußischen Gesetzes vom Jahr 1905, *Martin Kirchner*, ist im 71. Lebensjahr am 11. November in Berlin gestorben. Er erhielt seine medizinische Ausbildung als Militärarzt in der Kaiser Wilhelm-Akademie für Medizin und wurde dann Assistent bei Robert Koch. Später trat er als Ministerialbeamter in die Medizinalverwaltung ein. Außer den genannten Maßnahmen zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten ist ihm die ständige und erfolgreiche Verteidigung des Impfwangs, auch die Förderung der Zahnpflege in den Schulen zu danken. Auch um die Tuberkulosebekämpfung hat er sich Verdienste erworben.

Ein Meister der Chirurgie starb am 20. Februar 1926, 78 Jahre alt in Berlin: *James Israel*. Der Wissenschaft leistete er schon in jungen Jahren durch Entdeckung und Beschreibung der Strahlenpilzkrankheit große Dienste. Später galt sein Interesse hauptsächlich der Nierenchirurgie, als deren eigentlicher Begründer er anzusehen ist. Auch im vorgerückten Alter, nachdem er seine Tätigkeit als leitender Arzt des Berliner Jüdischen Krankenhauses niedergelegt hatte, blieb er in reger Verbindung mit der ärztlichen Wissenschaft und der chirurgischen Praxis. In zahlreichen Schülern und Assistenten wirkt seine Lehre und seine Persönlichkeit nach; ein eigentliches Lehramt hatte er niemals.

Kurze Chronik Der Staat Braunschweig hat nach dem Vorgehen Preußens die *Meldepflicht für ansteckende Krankheiten* auch auf epidemische Hirnhautentzündung und Kinderlähmung bei Erkrankungen, Krankheitsverdacht und Todesfällen ausgedehnt. Der Staat Bremen hat außer Kindbettfieber auch septische Fehlgeburten meldepflichtig gemacht. Die Meldepflicht innerhalb des Deutschen Reichs sollte endlich einheitlich durch

Reichsgesetz geregelt werden, einschließlich der Meldepflicht für Tuberkulose. Ein Reichstuberkulosegesetz ist seit langem vorbereitet, bisher aber nicht vorgelegt worden, so daß in allen Ländern verschieden vorgegangen wird. $\diamond$ Eine erfreuliche Neuschöpfung auf hygienischem Gebiet stellt das von Georg Schubert in Dresden begründete *Zahnhygienemuseum* dar. In vielen Hunderten von Modellen werden alle auf die Zahnpflege, die Erkrankungen und Heilmethoden des Gebisses bezüglichen Aufklärungen gegeben. Auch die historische Entwicklung der Zahnheilkunde ist anschaulich dargestellt. $\diamond$ Der *Geburtenrückgang*, der eine allgemeine Erscheinung auf dem europäischen Kontinent ist, macht sich neuerdings besonders auch in England und Wales geltend. Die Geburtenzahl im Jahr 1925 betrug nur 18,3‰. Von je 1000 Neugeborenen starben im selben Jahr 75. $\diamond$ Als Nachfolger Bumms übernahm *Walter Stöckel* aus Leipzig den Lehrstuhl für Frauenheilkunde in Berlin.

Literatur

In 2. Auflage erschien *Alfons Fischers Grundriß der sozialen Hygiene* (Karlsruhe, C. F. Müller). Er reiht sich in seiner neuen Form ebenbürtig den anderen Lehr- und Handbüchern der sozialen Hygiene an und gibt einen klaren Überblick über das gesamte Gebiet. In ausgiebiger Weise benutzt Fischer die Ergebnisse der Bevölkerungs- und Medizinalstatistik. Es wäre wohl am Platz gewesen die Methoden der Statistik besonders zu besprechen, da sich der Sozialhygieniker in seinen Untersuchungen ihrer dauernd bedienen muß, und auch in den amtlichen Quellenwerken Fehler nicht immer vermieden sind. Das beste Beispiel dafür bieten die Zahlen der Tuberkulosesterblichkeit; sie darf nicht, wie es Fischer tut, einfach als Gradmesser der jeweiligen Ernährungslage angesehen werden, vielmehr liegen darin zahlreiche Fehlerquellen, gerade für die Kriegsjahre; denn die Bevölkerungszusammensetzung war in diesen Jahren quantitativ und qualitativ (Geburtenrückgang, Kriegsverluste, Auslese) völlig abnorm. Die geringere Tuberkulosesterblichkeit in England schon vor dem Krieg bringt Fischer, wie schon in einer frühern Arbeit (Tuberkulose und soziale Umwelt, in den Sozialhygienischen Abhandlungen /Karlsruhe, C. F. Müller/) mit dem Fehlen der Getreidezölle in ursächlichen Zusammenhang; eine manchesterlich-liberale Auffassung, die von

einer völlig einseitigen Beurteilung des Problems zeugt. Kulturhistorisch bietet der Grundriß im Gegensatz zu manchen anderen Arbeiten Wertvolles, insbesondere auch Bildmaterial; siehe auch des gleichen Verfassers kurze Schrift Bilder zur mittelalterlichen Kulturhygiene im Bodenseegebiet /Karlsruhe, C. F. Müller/, die einen interessanten Beitrag zur Geschichte der Medizin liefert. $\diamond$ Einen flott geschriebenen Leitfaden durch die soziale Gesundheitsfürsorge veröffentlicht *Werner Fischer-Defoy* /München, Verlag Gesundheitswacht/. Er bietet damit ohne statistisch-soziologische Grundlegung insbesondere dem Fürsorger in der praktischen Arbeit eine schnelle Übersicht. Warum aber in dem Literaturverzeichnis zum Schluß grundlegende Werke der sozialen Hygiene wie etwa Grotjahns Soziale Pathologie im Gegensatz zu anderen, die erst aus 2. und 3. Quelle schöpfen, ungenannt bleiben, ist nicht leicht verständlich. $\diamond$ Bei Gustav Fischer in Jena ließ *Walter Weisbach* eine kleine Schrift Soziale Hygiene und Volkswirtschaft erscheinen. In die Tiefe der Probleme, der hygienischen oder volkswirtschaftlichen, dringt sie nicht. Offenbare Fehlangaben wie die im Kapitel Tuberkulosebekämpfung: daß die Tuberkulosesterblichkeit in den nordischen Ländern niedriger sei als im Deutschen Reich, vermögen die wissenschaftliche Zuverlässigkeit der Arbeit nicht zu erhöhen; sie konnten bei Benutzung der statistischen Originalquellen leicht vermieden werden. $\diamond$ Krieg und Frieden im Lichte der Medizin, Entwurf einer medizinischen Soziologie /Berlin, S. Karger/ nennt der Professor der Pathologie an der Universität Debreczen *Theodor Huzella* eine Arbeit, in der die menschliche Gesellschaft als ein belebtes Wesen in Parallele mit dem Zellenstaat gesetzt wird, abnorme gesellschaftliche Zustände danach als Krankheitserscheinungen analog denen des menschlichen Körpers bezeichnet werden. Eine solche Krankheitserscheinung ist für Huzella der Krieg. Seine Arbeit hätte von Interesse sein können, wenn er neue Mittel für den alten Versuch angewandt oder wenigstens außer pathologischen Kenntnissen auch entsprechende soziologische gezeigt hätte. In ihren Schlußfolgerungen ist sie zudem reichlich unklar; aufreizend wirken auch Wendungen wie »giftige Zersetzungsprodukte des Sozialismus« und dergleichen. $\diamond$ In 2. Auflage erschienen *Hermann Werner Siemens'* Grundzüge der Rassenhygiene /München, J. F. Lehmann/. Die kleine

Schrift bietet eine ausgezeichnete, vornehmlich die biologischen Grundlagen seit der Wiederentdeckung der Mendelschen Vererbungsgesetze berücksichtigende Einführung in eines der wichtigsten Gebiete der Gesellschaftshygiene; die variationsstatistischen Auswirkungen werden mit einfachsten Mitteln leicht und verständlich gekennzeichnet. $\diamond$ Der Münchener Hygieniker *Ignaz Kaup* hat unter dem Titel Süddeutsches Germanentum und Leibesucht der Jugend eine neue Schrift in dem rührigen Verlag der Gesundheitswacht in München erscheinen lassen. Er setzt sich in unterschiedener Weise mit den Vertretern der selektiven Rassenhygiene in Deutschland auseinander, die in der Aufzucht einer "nordisch-germanischen Edelrasse" das Ziel ihrer Bestrebungen sehen und dabei sogar zwischen Nord- und Südgermanen einen Trennungsstrich ziehen. Weniger überzeugend ist der 2. Teil der Schrift, der, gewissermaßen als Ersatz für die verworfene Rassenselektion, einen Hymnus auf die Bedeutung der Leibesübungen zur Verhütung der Volksentartung anstimmt. Abgesehen davon, daß es höchst fraglich erscheint, ob die durch Leibesübungen hervorgerufene individuelle Kräftigung zur Rassenverbesserung beitragen kann, fängt die vom Angelsachsentum übernommene, in England schon etwas veraltende Sportmode an zu einer Psychose zu werden: siehe die täglich anschwellende Literatur darüber, etwa Georg Hohmann Die körperliche Erziehung des wachsenden Menschen /Leipzig, Quelle & Meyer/, Alfred Körner Warum Freiluftgymnastik? /Stuttgart, Union Deutsche Verlagsanstalt/, Ernst Krafft Vom Kampfrekord zum Massensport /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ und eine ganze Reihe von Schriften des Verlags der Gesundheitswacht in München. $\diamond$ In einem Band der Deutschen Buchgemeinschaft in Berlin behandelt *Adolf Gottstein* das Heilwesen der Gegenwart. Er schöpft aus reichem eigenen Wissen und großer sozialärztlicher Erfahrung. Er nennt seine Schrift, die in dem ihm eigenen flüssigen Stil geschrieben ist, Gesundheitslehre und Gesundheitspolitik. Im 1. Teil gibt er einen Überblick über den heutigen Stand der Gesundheits- und Krankheitslehre einschließlich der Bevölkerungsbewegung und der Epidemiologie, im 2. Teil leitet er zu den sozialhygienischen und sozialpolitischen Maßnahmen der modernen Hygiene über. Das Buch ist, wie alle Bände dieser Sammlung, gut gedruckt und ausgestattet.

KUNST

Bewegungskunst / Lisbeth Stern

Allgemeines Wenn eine neue Rundschau Bewegungskunst in den Sozialistischen Monatsheften eingeführt wird, so soll ihr Gegenstand nicht etwa nur der Tanz sein, sondern das Motorische überhaupt, das jetzt überall so besonders stark im Vordergrund steht. Jede Zeitspanne ist für uns gedrängt angefüllt. Zum großen Teil ist das schon durch die neue Lebenstechnik bedingt. Die Möglichkeit nicht nur das Nächste um mich herum sondern auch ganz Entferntes miterleben zu können reizt ganz gewaltig. Dieses Mehr von zu Erlebendem gibt aber nicht nur das beschleunigte Tempo, es ändert und kompliziert den ganzen Rhythmus des Lebens um ein Wesentliches. In früheren Epochen, in denen die Bewegung dominierte, wie etwa im Barock, war sie viel einfacher, da sie fast ganz an den Menschen gebunden war. Sie ging von ihm aus und ergoß sich in großen breiten Wellen in den übrigen Raum. Jetzt stehen wir aber mitten in einem Kraftfeld von sich kreuzenden Bewegungen, und da nur einigermaßen klare Rhythmen herauszufühlen und durch sie in Schwung zu kommen verlangt fast neue Sinne. Es ist, als wäre man ein Radioapparat, der nicht auf eine einzige Welle eingestellt ist sondern fast auf die ganze Welt. Wir fühlen die langen weiten Spannungen von Amerika mit seinen ägyptischen Riesenbauten, in denen die Menschen nur wie ein Flachrelief drinsitzen, dann die ganze bizarre Beweglichkeit der Neger, dann den monotonen Takt der Maschinen und den dunklern und fernern Unterton der Schar der Arbeiter, dazwischen dann noch die freieren Wellen der Naturgeräusche von Wind und See. Das Übereinander aller dieser Rhythmen gibt natürlich ganz komplizierte und tausendfältig überschnittene Formen. Man spürt Bewegungen von verschiedenster Richtung, die im Treffen aufeinanderprallen und sich verschlucken, so wie in der Synkope der jetzigen Tänze, die im Tanzen selbst durch eine kleine Gegenwelle im Körper ausgedrückt wird. Dieses Durcheinander der Kräfte ist so groß, daß der einzelne sich in einer Art Selbstschutz genötigt sieht allen Individualismus schleunigst aufzugeben. Was bis jetzt aus diesem neuen Weltgefühl an größerer Kunst sich herausgeschält hat, ist noch nicht viel: Walt Whitman und wenige andere. Dafür haben, außer

dem Kino, das am meisten berufen ist die neuen Bewegungselemente in die Erscheinung treten zu lassen, ganz unvermerkt inzwischen die anderen, die Künstler linker Hand, sich den Thron erobert: die vom Variété, aus den Tanzdielen, den Kaffeehäusern und den Revuen. Da ist nichts mehr von der Weihe und dem Schwung des Dreivierteltakts. Etwas larvenhaft sieht so ein Massentanz im Ballsaal aus, und dabei ist die Körperhaltung der einzelnen lose, beinahe willenlos.

Negerrevue Am charakteristischsten für diese moderne buntgewürfelte Kunst ist die Negerrevue, die aus Paris kam und dann im Nelsontheater in Berlin zu sehen war. In den Negern lebt der afrikanische Barbarismus noch einigermaßen fort; dann Amerika und auch Paris, am wesentlichsten aber Afrika. Keinem Europäer sitzen die Glieder so lose wie ihnen, so daß ihr Körper für die furiosen Rhythmen ein absolut gefügiges Instrument ist. Ob es die Trommel ist, ob es die Beine sind, das wird einem im Gefühl vollständig eins. Und so ungebunden gehen die Neger mit dem allen um, daß sie mitten in ihre Tanzschritte irgendeinen Jux im Gleiten oder Rutschen einfügen oder in ihre Musik ganz falsche gezogene Töne. Diese Musik haben sie schwerlich in Noten aufgeschrieben. Alle Mitglieder des kleinen Orchesters spielen aus dem Kopf, ohne Dirigenten; man glaubt eine Improvisation zu hören. Der melodische Inhalt dieser Stücke ist Produkt europäischer Musikkultur, aber beinahe nebensächlich gegenüber der Art und Weise, wie die Stücke gespielt werden. Die rhythmische Intensität ist ungeheuer. Der Neger, der die Schlagzeuge bedient, ist fast die Hauptperson. Man kann nicht von Präzision sprechen, sie ist nicht das Wesentliche; aber von der fast besessenen Energie, mit der der Rhythmus hingehämmert wird. Dann die faszinierenden Klangfarben des Saxophons, der Metallklarinetten und der gestopften Trompete: das geht alles mit einer Wildheit durch einander, als brächen musikalische Urinstinkte durch. Unter den Einzelkräften der Truppe machte Joséphine Baker den meisten Eindruck: ihre Jugend und die Kraft und Glätte ihrer Glieder, ganz streng, ohne irgendetwas von malerischer Verschleierung, dabei kompakt in der Form; alles das, was die jetzige Malerei sucht. Und dann der kleine runde Neger mit dem ahnungslosen Gesicht, der seinen Salto schlug wie ein Wunder, das ihm passierte.

Wigman Neben diesen aus der Exotik stammenden Rhythmen steht Mary Wigman da wie ein Vertreter des Germanentums. Ihre Kompositionen sind in ihrer Klarheit und Durcharbeitung geradezu klassisch, aber sie tragen auch alle Schwächen der Klassik an sich. Um in dem Bild von vorher zu bleiben: Es ist, als wenn sie einen, meinetwegen auch 2 oder 3 Rhythmen heraushebe, um sie in ihrem Ablauf bis zu einem Endpunkt, der dem Anfangspunkt entspräche, durchzuführen. Aber was wir in unserer modernen Welt gelernt haben: jede Bewegung eigentlich immer in dem ganzen Komplex der sie begleitenden zu denken, um aus ihm heraus erst die einzelnen Beschleunigungen und Verlangsamungen zu verstehen, das fehlt gänzlich, und das gibt der ganzen Sache eine Starrheit, die auf die Dauer leer wirkt. Die recht konstruierte Idee des "absoluten Tanzes" steht da wohl im Weg. Die Musik ist Wigman nur Begleitung im ganz äußerlichen Sinn, und daß sie an dem leeren Bombast der von ihr benutzten Musik keinen Anstoß nimmt, ist unverständlich. Wieviel mehr Fülle und Reichtum hätte das Ganze, wenn sie zum Beispiel die Singstimme einer Händelschen Arie tanzte, und der Chor die einfache Begleitung. Die Musik schwingt ja doch wieder anders als die Bewegung, in einer andern Ebene gleichsam, und das Aufnehmen wäre durch sie ungleich voller und reichhaltiger. In der Komposition der Gänge (man nennt das wohl Raumaufteilung) ist kaum jemand so feinfühlig und geistvoll wie Wigman. In dieser Beziehung hat auch der Totentanz ausgezeichnete Momente. Die Bewegung geht manchmal in so vollem Strom, daß die Körper selbst ohne Schwere in ihm zu schwimmen scheinen. Und doch ist in dem Ganzen kein Blut. Aber Pathos ohne Blut und ohne wirkliche Notwendigkeit gleitet im Handumdrehen hinüber ins Komische. Darin sind wir jetzt besonders nüchtern gestimmt.

Laban Der Plan Rudolf von Labans (aus dessen Schule Mary Wigman hervorging) eine Kammertanzbühne zu gründen ist unbedingt einleuchtend. Überall sind auf dem Gebiet des Tanzes neue Versuche, und die neue Bühne zu schaffen, auf der die verschiedenen Versuche sich zeigen und sich an einander messen können, wäre ein außerordentlicher Gewinn. Eine gute Nebeneinanderstellung kann für jeden Teil Vorteil bedeuten. Vorläufig sieht man in der Labanbühne nur ihn

und seine Gruppe. Daß Laban den Komponisten von den Ausführenden trennen will, ist sehr berechtigt. Aber wir haben vorläufig erst sehr wenig Übung den Tanz unabhängig von der Ausführung zu beurteilen; auch sollte man denken, daß er viel direkter mit ihr verbunden ist als etwa die Musik, zumal er vorläufig auch noch gar nicht über eine wirklich nuancierte Schritt verfügt. Laban hat nun in seiner Gruppe heute kaum Tänzer wirklich ursprünglicher Art. Dussia Bereska, die Hauptkraft, ist schön und intelligent und macht besonders im Handetanz allernachst gute Sachen, aber nie empfindet man sie als eine "Tänzerin". Und ähnlich liegt es auch mit Laban selbst. Es ist, als wenn er zu seinem künstlerischen Produzieren ein Organ hatte, das mehr im Kopf sitzt als im Leib. Das hindert natürlich nicht, daß seine Phantasie glänzend, beweglich und vor allem umfassend ist. Man braucht nur das Programm zu lesen: »Kreuzgänge, Gebet, Orchidee, Lustleid, Optertanze, Romankulusklub der Sonderlinge«; alles, was es gibt, ist auch veranzi. Aber schon aus dem Umfang könnte man schließen, daß der Zusammennag mit dem einzelnen Kunstgebilde kein innerlich ganz notwendiger ist. Laban gehört zu jenen, die in erstaunlichem Grad alles können. Die Sachen sind oft sehr gut, vor allem sehr anregend; die Einfälle und Kombinationen von Bewegungsstil, Farbe und Bühneneinteilung sind oft ganz ausgezeichnet, und besonders die Betonung des Männlichen im Tanz ist von ungeheurem Wert. Trotzdem ist es Kopfarbeit. Das braucht an sich keine Geringschätzung zu bedeuten. Intellektuelle im Stil Labans tun eine ausgezeichnete Pionierarbeit. Mit ihrem revolutionären und unbeschwerten Intellekt scheuen sie vor nichts zurück. Sie versuchen dieses und jenes und öffnen dem eigentlichen Wachstum der Kunst wohl manche neue Wege. Eine kleine innere Wendung, ein mehr innerliches Verhältnis zu dem, was hier nur ein künstlerischer Einfall ist, könnte manches vielleicht schon zur Kunst machen. Etwas noch fehlt bei Laban: die Heiterkeit. Und das hat wohl auch tiefere Gründe. Zuerst glaubt man, das Lachen überhaupt sei verpönt. Doch das stimmte gar nicht; es kamen nachher viele und sehr gute Grotesken. Aber das Lachen aus innerer Freude an der Kunst, das auch gerade beim Tanz so eine besondere Rolle haben kann, das war nicht da.

Impekoven Was wäre die Kunst, wenn nicht zwischen all diesen Richtungen, die hierhin und dorthin weisen, ein Mensch stünde wie Niddy Impekoven, so rein und so abgeschlossen von der Natur gefügt wie selten ein Wesen? Sie kam, ein kleines Mädchen, vor 6 Jahren (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1920 I Seite 113 und folgende), und sie blieb dann, in aller Stille, sie selbst. Das Tanzen ist für Niddy Impekoven nicht eine Tätigkeit. Sie ist eben Tänzerin in ihrem innersten Wesen, das in ihren Tänzen zu uns spricht. Über einzelnes in ihrer Kunst etwas zu sagen ist besonders schwer. Immer wieder steht man zu ihr ganz persönlich. Bei Anna Pawlowa, auch bei Mary Wigman, bleiben doch oft die Tänze in Erinnerung als eine Leistung, die außerhalb ihrer in die Welt der Kunstwerke eingereiht ist. Wenn einem Niddy Impekoven aber in Erinnerung kommt, dann muß man still lachen wie bei der Erinnerung an einen schönen Frühlingstag. Ich kann auch nicht einmal sagen, daß mir ihr Vorkommen beim Klatschen der Leute weniger gewesen wäre als ihre Tänze. Sie darf sich über eine solche Einschätzung nicht kränken. Es gibt sicher Künstler, bei denen sie selbst das eigentliche Kunstwerk sind, und bei denen man sich mit seinen Dankgefühlen mehr an die Natur wendet als an den Autor. So ist es mit Impekoven. Auch ihr Humor und ihre ganz drollige Komik fließen durch sie hindurch und lassen nichts Bewußtes, nichts Kritisches in ihr frei. So steht sie auf der Bühne ganz zart und rührend, wie ein stilles und einzig liebes Wunder.

Loheland-methode Im Februar gab es in Berlin 2 Vorführungen der Lohelandschule, vor ganz überfülltem Saal. In einem einleitenden Vortrag wurde ihre Methode an irgendwelche Urdinge von Welt und Seele geknüpft, und das Publikum, ergriffen von der Größe und der Unklarheit der Worte, klatschte bei jeder Gelegenheit begeistert Beifall. Nur einen Satz aus dem Programm: »Der 1. Teil zeigt das Dynamische und Melodische der Bewegung, welches durch den räumlichen Verlauf und die zeitliche Atemwelle entsteht.« Der Inhalt der Sätze mag vielleicht eine Selbstverständlichkeit sein. Aber es ist ein mißliches Ding Selbstverständlichkeiten theoretisch allgemein sagen zu wollen. Was vorher eben selbstverständlich war, wird nun fragwürdig.

Es wäre schlimm, wenn die Loheland-methode in die Schulen eingeführt würde. Gerade der Körperrhythmus überträgt sich so unmittelbar und direkt von Mensch zu Mensch wie sonst wohl nichts anderes, und wenn diese primären Dinge über das Bewußtsein umgeleitet würden, das könnte uns vielleicht das kleine Restchen von Naivetät, das wir noch haben, nehmen. Für die Kinder scheint Leichtathletik, neben dem Geräteturnen, das günstigste. Der Wettkampf, die Kraftanspannung und vor allem auch die ständig in Sprungbereitschaft gehaltenen Nerven wirken auf sie befreiend.

Kurze Chronik Am 23. März konnte die Welt genau 30 Jahre Kino feiern. An diesem Tag des Jahres 1896 wurde von den Brüdern Lumière in Paris der erste Kinematograph, den sie konstruiert und gebaut hatten, vorgeführt. Diese Erfindung hat auf den verschiedensten Gebieten unserer Kultur den Grund zu Neuem gelegt. Der erste deutsche Filmregisseur, Max Mack, beschreibt in der Neuen Berliner Zeitung den »unvergesslichsten Augenblick« seines Lebens, da er vor 30 Jahren die Geburt des Films erlebte: »Da war ein geheimnisvoller Pavillon, errichtet von den Brüdern Lumière aus Paris. Ein mysteriöser Dunkelraum, eine weiße Leinwand, man wußte nichts damit anzufangen. Plötzlich ein Zischen, ein Flimmern, eine seltsame Nervosität im überfüllten Raum. Auf der weißen Leinwand wurde etwas dunkel, beweglich. Die Augen mußten sich erst gewöhnen zu erkennen, was vorging. Plötzlich ein Schrei aus Hunderten von Kehlen. Auf der Leinwand kam ein Eisenbahnzug herangefahren. Die Menschen glaubten an Hexerei. Er kam wirklich in voller Fahrt daher. Die Lokomotive gerade auf das Publikum zu. Eine Art Panik. Hysterische Damen stürzten zum Ausgang. Sie konnten nicht begreifen, daß, was da lautlos und flimmernd herbeisauste, auf sie zu, größer und größer wurde, daß das nur eine Photographie war.« Mack nennt alles, was später in der Entwicklung des Films kam, mit Recht »nur noch Ausführungen eines Genieblitzes des Weltgeistes«, wie er in dieser französischen Erfindung zutage trat. ◊ Im Duisburger Theater, dessen Bühnentanz vor einiger Zeit durch die Übersiedelung der Oberhausener Tanzgruppe unter der Führung Anne Grünerts umgestaltet wurde, wurde Max Terpis' Tanzpantomime Der Leierkasten,

mit der Musik von Jaap Kool, zum erstenmal aufgeführt. $\diamond$ Rudolf von Laban richtet in Würzburg ein *Zentralinstitut für Choreographie und Tanz* ein. Der Bildhauer Arthur Schleglmuenig hat zu diesem Zweck seinen 10 000 Quadratmeter Fläche umfassenden Naturpark in der Nähe von Würzburg zur Verfügung gestellt. $\diamond$ Die Genossenschaft deutscher Tanzlehrer veranstaltete vom 4. bis zum 11. April in Berlin eine *Ausstellung Der Tanz*. Durch Vorträge, Tanzvorführungen, Tanzmodenschau usw. sollte gezeigt werden, welch ein erzieherischer Wert im Tanz und in der rhythmischen Gymnastik liegt. $\diamond$ Auf der Jahresversammlung des Nationalverbands für Radiotechnik in London wird ein Verfahren erprobt, das die Tanzmusik ausschließlich auf die Tanzenden beschränken soll. Jeder Tänzer erhält einen Hörer, dessen Konstruktion es ermöglicht ohne Verbindungsdrähte die Musik von einem Empfänger aus einem benachbarten Raum aufzunehmen. So geht für den Zuschauer der *Tanz lautlos* im Saal vor sich. $\diamond$ Die Leiterin der Tanzgruppe des Reußischen Theaters in Gera *Yvonne Georgi* wurde als Tanzmeisterin an die Städtische Oper in Hannover engagiert.

Literatur

Das Buch *Alfred Holtmonts Die Hosenrolle* /München, Meyer & Jessen/ handelt von den Vertauschungen der Geschlechter, wie es sie von den frühesten Zeiten her in der Kunst, im Kultus, im Karneval, immer gegeben hat. Der Verfasser sieht in dieser Metamorphose, die meist im Spiel unternommen ist, die Erfüllung einer ganz immanenten Sehnsucht, die die Doppelgeschlechtlichkeit mit sich bringt. Nach ihm trägt jeder bis zu einem Grad Zweigeschlechtlichkeit in sich, und sie sei der Grund, daß die Vertauschung sowohl in der Mystik wie im Spiel mit einer so merkwürdigen sehnsüchtigen Anziehung erfülle. Die als Mann verkleidete Frau, die allerdings nicht ganz Mann sein darf sondern ein Drittes, sieht Holtmont mit einer ganz besonders, etwas zwittrhaften Glorie umgeben. Am meisten wird sich dieses Dritte in der Bewegung zeigen, die teils durch den Körper selbst teils aber auch durch die ungewohnte Kleidung geprägt ist. Das Buch ist mit außerordentlich feinem Gefühl und Geist geschrieben. Vielleicht ist das Amoureuse der Sache auch in der Behandlungsweise etwas unverhältnismäßig in den Vordergrund gestellt.

KULTUR

Verkehr / Otto Schmidt

Die Deutsche Reichsbahn war in den letzten Jahren aus finanziellen Gründen bei der Vergebung von Aufträgen sehr sparsam. Neue Lokomotiven, Güter- und Personenwagen sind nur vereinzelt bestellt, Streckenneubauten und -erweiterungen sind zum Teil eingestellt oder hinausgeschoben worden. Diese Sparsamkeit, die dem Bestreben entsprang vor allem erst einmal die Reparationsverpflichtungen der Reichsbahn zu sichern, kann sich aber bei allzu langer Ausdehnung leicht zum Schaden für den gesamten Eisenbahnbetrieb auswachsen. Zunächst sind im technischen Betrieb noch nicht alle Kriegs- und Nachkriegsschäden und -vernachlässigungen überwunden. Der Oberbau muß auf vielen Strecken völlig erneut werden. Etwa 9600 Kilometer, 12,5 % aller Gleise, sind in den letzten Jahren nicht erneuert worden; ihre Erneuerung muß, auf 6 Jahre verteilt, nachgeholt werden. Planmäßig kommen jedes Jahr weitere 3000 Kilometer Oberbau dazu, so daß jährlich insgesamt 4000 Kilometer Strecken neuen Oberbau erhalten sollen. Hierfür sind 520 Millionen Mark erforderlich. Ferner kann die Reichsbahn auf längere Zeit nicht davon absehen neue Lokomotiven und Wagen zu bestellen. Das würde zu einem technischen Rückschritt führen. Denn wenn keine Lokomotiven gebaut werden, können auch keine Verbesserungen beim Bau berücksichtigt werden, und unsere Lokomotivbauanstalten könnten gegenüber dem Ausland leicht ins Hintertreffen geraten. Zudem sind gerade in der Lokomotiv- und Waggonindustrie die Auslandsaufträge im Verhältnis zur Vorkriegszeit nur sehr gering. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft muß daher zur Erhaltung der Eisenbahnbedarfsindustrie wie auch besonders zur Vermeidung weiterer Arbeitslosigkeit gerade jetzt eine gewisse Menge von Aufträgen herausgeben. Der Ausbau einiger Strecken ist fernerhin unbedingt erforderlich, schon weil durch sie neue Verkehrsbeziehungen gewonnen, der Reichsbahn dadurch also neue Einnahmen erschlossen werden. Das in den einmal angefangenen Strecken investierte Kapital kann doch schließlich nicht einfach nutzlos verkommen. Um nun der Reichsbahn Neubestellungen und Erweiterungsbauten schon bald in größerem Umfang zu ermög-

lichen, hat ihr das Reich zunächst einen Kredit von 100 Millionen eingeräumt. Er soll zur Wiederaufnahme des im Herbst 1925 aufgestellten Beschaffungsprogramms, das infolge des ständigen Rückgangs der Einnahmen stark gekürzt werden mußte, verwendet werden: also für Oberbau, Einbau von Zug- und Stoßvorrichtungen, Verstärkung der Brücken, eine Reihe von Bahnhofsbauten, Beschaffung von Wagen für D-Züge, Wagen 4. Klasse und Spezialgüterwagen, Lokomotiven für Hafen- und Schmalspurbahnen, Rangierlokomotiven usw. Der elektrische Zugbetrieb auf der Reichsbahn wird fortschreitend ausgebaut. Anfang 1926 waren 848,9 Kilometer Fernbahnen (in Schlesien, Bayern, Baden und im mitteldeutschen Braunkohlengebiet) und 90,5 Kilometer Stadt- und Vorortbahnen (in Berlin und Hamburg) für elektrischen Zugbetrieb eingerichtet. Weitere 182,4 Kilometer werden zurzeit ausgebaut, davon der größte Teil in Bayern. Der Anteil der bisher elektrifizierten Strecken am gesamten Streckennetz der Reichsbahn beträgt 1,2 %. Eine technische Vervollkommenung, deren Einführung seit langem vorbereitet wurde, stellt die Einrichtung des Zugfunkdienstes auf den Zügen der Strecke Berlin-Hamburg dar. Man kann sowohl vom Zug als auch zum Zug sprechen, und zwar werden Telegramme, Gespräche und Bestellungen übermittelt. Die Reichsbahn will in Verbindung mit der Reichspost nach und nach einen derartigen Zugfunkverkehr in sämtlichen D-Zügen der Hauptverkehrsstrecken Deutschlands einrichten. Die Anzahl der Unfälle hat sich, nach der Statistik für 1925, vermindert. Die Betriebssicherheit auf den deutschen Eisenbahnen, vor dem Krieg in der ganzen Welt vorbildlich, ist wieder die alte; auch hier sind die Erscheinungen der Nachkriegsjahre überwunden.

Berlin

Das Problem des Berliner Verkehrswesens ist die Entlastung der durch den stark vermehrten Kraftwagenverkehr allmählich sich immer mehr verstopfenden Straßenzüge in der Innenstadt. Von sachverständiger Seite wurde dargelegt, daß ein Ersatz der Straßenbahn durch Kraftomnibusse das Übel nicht beseitigt sondern eher noch vergrößert. Dann bleibt nur zweierlei: die Öffnung neuer Verkehrswege durch Straßendurchbrüche und der weitere Ausbau des Schnellbahnnetzes.

Die ersten erforderlichen Raten für *Straßendurchbrüche*, insbesondere die Schaffung einer bessern Ostwestverbindung (Verlängerung der Französischen Straße, Untertunnelung der Gleisanlagen des Potsdamer Bahnhofs im Zug der Kurfürstenstraße) sind vom Berliner Magistrat bewilligt worden; mit den Bauarbeiten, die nach den Vorschlägen Erich Gieses ausgeführt werden, soll sofort begonnen werden.

Das radikalere Mittel zur Beseitigung der Verkehrsmißstände stellt jedoch der Bau *neuer Schnellbahnstrecken* dar, weil hierdurch der Verkehr von der Straße fortgenommen werden kann. Mitte Februar dieses Jahres konnte ein weiterer Bahnhof der Nordsüdbahn, der Bahnhof Kreuzberg auf der Strecke nach Tempelhof, die später bis zum Teltowkanal fortgeführt werden wird, in Betrieb genommen werden. Die Länge des Berliner Schnellbahnnetzes hat sich damit von 44,3 auf 45,3 Kilometer erhöht. Der Bahnhof weist auch insofern eine Neuerung für den Berliner Verkehr auf, als auf ihm zum erstenmal Passimeter eingebaut worden sind, die durch Zusammenlegung des maschinellen Fahrkartenverkaufs mit der Fahrkartenkontrolle eine wesentliche Betriebsersparnis ermöglichen. Bei den weiteren Bahnhöfen der Nordsüdbahn ist der Einbau von Drehkreuzen vorgesehen. Die Strecke nach Neukölln bis zum Bahnhof Bergstraße ist am 11. April eröffnet worden. Im Anschluß an diese Strecke wird jetzt auch der Weiterbau der bereits vor dem Krieg von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft begonnenen Schnellbahn, die die Nordsüdbahn am Bahnhof Hermannplatz kreuzen wird, betrieben. Der jetzt in die Wege geleitete Erwerb der Hochbahn durch die Stadt wird der Ausgestaltung des Schnellbahnnetzes neue Impulse geben. Er ist der erste Schritt zur Vereinigung aller Berliner Verkehrsunternehmen und könnte der Anfang einer planmäßigen Neuordnung des Berliner Verkehrs werden, die die einzige Möglichkeit einer endgültigen Lösung der Verkehrsprobleme in sich birgt. Erfreulicherweise macht die Elektrifizierung der Berliner *Vorortbahnen* gute Fortschritte. Nachdem die beiden Nordstrecken Berlin-Bernau und Berlin-Oranienburg elektrifiziert sind, wurde mit der Strecke Berlin-Tegel-Velten begonnen; sie soll im Herbst beendet sein. Im nächsten Frühjahr wird dann die Strecke Potsdam-Berlin-Friedrichshagen-Erkner für elektrischen Betrieb umge-

baut werden, Die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn ist endgültig genehmigt worden, nachdem die betrieblichen und wirtschaftlichen Fragen geklärt worden sind. Die Gesamtkosten sind auf 150 Millionen Mark veranschlagt. Der Berliner Verkehr wies im Jahr 1925 eine Zunahme von etwa 5,6 % gegen das Vorjahr auf. Insgesamt wurden 1442,6 Millionen Personen befördert, gegen 1290 Millionen im Jahr 1913. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen 1913 jährlich 323 Fahrten, 1925 360. Im allgemeinen hat sich der Verkehr nach Überwindung der ungesunden Verteilung während der Inflationszeit wieder den Vorkriegsverhältnissen angeglichen. Den größten Anteil am Gesamtverkehr weist die Straßenbahn mit 53,5 % auf, dann folgen die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen mit 29,2 %, die Schnellbahnen mit 12 % und die Kraftomnibusse mit 5,3 %. Während alle Verkehrsmittel ihren Vorkriegsanteil am Gesamtverkehr erreicht oder, wie die Straßenbahnen und Schnellbahnen, erheblich überschritten haben, blieb der Kraftomnibus noch weit hinter seinem Vorkriegsverkehr zurück; immerhin konnte er 1925 seinen Verkehr von 23 Millionen Personen im Jahr 1923 auf 76,4 Millionen erhöhen, also mehr als verdreifachen. Interessant ist in den letzten Monaten die Rückwirkung der Arbeitslosigkeit auf den Gesamtverkehr. Während im Oktober 1925 noch insgesamt 126,9 Millionen Personen befördert wurden, waren es im November 123,9 Millionen, im Dezember, trotz Weihnachtsverkehr, 119,4 Millionen und im Januar 1926 nur noch 119 Millionen Personen; ein betrübliches Zeichen der großstädtischen Arbeitslosigkeit. Die Anzahl der Verkehrsunfälle in Berlin betrug im Jahr 1925 11 056, wovon allein 7787 durch Kraftfahrzeuge verursacht wurden. Die Anzahl der Kraftfahrzeuge (ohne Kleinkrafträder) stieg von 29 000 Ende 1924 auf 39 000 Ende 1925. Sehr viele Unfälle werden immer noch durch Fußgänger verursacht, besonders infolge leichtsinnigen Auf- und Abspringens während der Fahrt bei Straßenbahnen. Die Anzahl der durch Kinder unter 14 Jahren verursachten Unfälle ist allmählich, dank der Aufklärung in den Schulen, zurückgegangen. Die Unfälle bei den Rädern, vor allem den Treträdern, haben von Vierteljahr zu Vierteljahr erheblich zugenommen. Man muß daher verlangen, daß die Räder mindestens von verkehrsreichen Straßen endlich ausgeschlossen werden.

Schifffahrt

Der deutsche Seehafenverkehr hat sich im Jahr 1925 günstig entwickelt. In den 19 wichtigsten deutschen Seehäfen hat der Schiffsverkehr im Vorjahr gegenüber 1924 um 8 % und damit gegenüber 1913 um mehr als 6 % zugenommen. In den betreffenden Häfen sind im Lauf des Jahres 1925 48 371 Schiffe mit 33 193 000 Nettoregistertonnen eingelaufen und 50 714 Fahrzeuge mit 33 516 000 Nettoregistertonnen abgegangen; auf den Nordseeverkehr entfielen einkommend 80,9 % und ausgehend 80,8 % der Gesamttonnage. Hamburg steht mit einem Gesamtverkehr von 31 596 Schiffen mit zusammen 33 626 000 Nettoregistertonnen an der Spitze der deutschen Häfen; es folgen Bremen, Emden, Stettin. Auch die deutsche Flagge nahm im Jahr 1925 in den deutschen Häfen erfreulicherweise zu. Ihr Verkehrsanteil, der sich 1913 auf über 60 % des Gesamtverkehrs belief, erhöhte sich gegenüber 1924 um 16 % auf 48 % des Gesamtverkehrs. Indessen konnten sich 1925 auch die schwedische, dänische und namentlich auch die norwegische Flagge (diese um 40 % gegen 1924) in den deutschen Häfen weiter ausbreiten. Der Küstenverkehr hat sich 1925 bedeutend gehoben und den des Jahres 1913 gleichfalls übertroffen. Leider hält mit der Zunahme des Seeschiffsverkehrs im Jahr 1925 die Vergrößerung des Güterverkehrs zur See noch durchaus nicht Schritt. Dieser überstieg den des Jahres 1924 um nur rund 5 % und blieb gegen den von 1913 noch um ein Viertel zurück. Die wirtschaftliche Lage der Seeschifffahrt ist daher noch immer ziemlich ungünstig. Infolge des durch die Vermehrung der Weltflotte (an der im übrigen auch die deutsche Flotte stark beteiligt ist) immer stärker werdenden Angebots von Schiffsraum werden die Ladungen für die einzelnen Schiffe geringer, da der Güterverkehr sich nicht in gleichem Maß hebt. Dementsprechend sanken natürlich auch die Frachtsätze. So ergab sich für Hamburg und Bremen im Jahr 1925 trotz einer erheblichen Zunahme des Schiffsverkehrs ein geringerer Güterumschlag. Rotterdam vermochte hingegen 1925 mit einem Güterseeverkehr von 28,9 Millionen Tonnen den Vorkriegsverkehr wieder zu erreichen und den von 1924 um 16 % zu überschreiten. Auch der Verkehr auf den deutschen Binnenwasserstraßen zeigt kein besonders günstiges Bild. Er hat zwar gegen 1924 um etwa ein Sechstel zugenommen.

blieb aber gegenüber 1913 um etwa ein Siebentel zurück. Sehr ungünstig gestaltete sich besonders die Rheinschifffahrt; in Duisburg blieb der gesamte Umschlag um etwa ein Viertel gegen das letzte Vorkriegsjahr zurück. Dabei war das Jahr 1925 wegen seiner milden Witterung und der günstigen Wasserstände für die Binnenschifffahrt besonders vorteilhaft. Der Eisenbahnverkehr konnte sich demgegenüber seiner Vorkriegshöhe weit mehr nähern. Allerdings ist gerade in den letzten Jahren ein bedeutender Teil des Verkehrs, der vor dem Krieg auf den Binnenwasserstraßen lag, zur Eisenbahn gewandert, was zum Teil durch die Tarifpolitik der Reichsbahn, die den Umladeverkehr zur Binnenschifffahrt stark benachteiligt hat, noch befördert worden ist.

Landstraßen Es ist allgemein bekannt, daß unsere Landstraßen den Anforderungen des von Jahr zu Jahr ansteigenden Kraftwagenverkehrs nicht mehr gewachsen sind. Sie wurden zu einer Zeit angelegt, in der man sich vorwiegend der Tiere zum Transport bediente, und ihre Befestigung wurde meistens dementsprechend gewählt. Seit 1914 ist aber die Anzahl der Kraftfahrzeuge in Deutschland von 84 000 auf über 425 000 angewachsen, und wir besitzen jetzt ein Kraftfahrnetz von mehr als 30 000 Kilometer Länge. In den letzten 10 Jahren konnten zudem für die Erneuerung unserer Landstraßen nur völlig unzureichende Mittel aufgewendet werden, so daß sie sich nunmehr zum größten Teil in einem Zustand befinden, der dringendster Abhilfe bedarf. Dies haben sowohl die Straßenbenutzer als auch die Unterhaltungspflichtigen erkannt. So groß aber die Notwendigkeit der Straßenerneuerung ist, so groß ist auch die Schwierigkeit der Aufbringung der erforderlichen Mittel.

Zunächst wird die Anlage völlig neuer Automobilstraßen, wie sie im Hinblick auf derartige Bauten in Frankreich, Italien und England auch bei uns immer gefordert werden, für die nächste Zeit kaum in Frage kommen. Uns stehen nicht derartige Mittel wie den Vereinigten Staaten zur Verfügung, wo 1925 für Straßenbau und -unterhaltung zusammen 1003 Millionen Dollars ausgegeben und dabei 39 000 Kilometer Staatsstraßen neu gebaut wurden. Man muß auch vor einer Überschätzung des Kraftwagenverkehrs auf unseren Straßen warnen. Der

Lastkraftwagen wird, wenn er erst einmal an der Unterhaltung der von ihm zerfahrenen Straßen beteiligt ist, noch den Beweis seiner größern Wirtschaftlichkeit gegenüber den Schienenbahnen zu erbringen haben. Auch der Zugtierverkehr wird auf den Landstraßen im allgemeinen unterschätzt. Auf Grund der im vorigen Jahr auf den deutschen Landstraßen vom Deutschen Straßenbauverband angestellten Verkehrszählung hat sich herausgestellt, daß zum Beispiel in Sachsen 44 % des Gesamtverkehrs tierischer Verkehr ist, und daß der Verkehr auf den Straßen in seiner Gesamtheit gegenüber der Vorkriegszeit nur verhältnismäßig gering zugenommen hat; auch in Bayern liegen die Verhältnisse ähnlich. Brauchbare Automobilstraßen werden sich bereits dadurch schaffen lassen, daß die wichtigsten Durchgangsstraßen neu und entsprechend widerstandsfähig befestigt, starke Krümmungen heseitigt, um Ortschaften Umgehungsstraßen angelegt und vor allem Schienenübergänge vermieden werden. Ein derartiges deutsches Durchgangsstraßennetz mit einer Gesamtlänge von etwa 30 000 Kilometer, dessen Neubefestigung zuerst durchzuführen wäre, ist auch bereits ausgearbeitet.

Die Kernfrage aber ist die Finanzierung. Es gibt in Deutschland 126 000 Kilometer Kreisstraßen, 28 000 Kilometer preussische Provinzialstraßen und rund 26 000 Kilometer Staatsstraßen der einzelnen Länder (mit Ausnahme Preußens), insgesamt also 180 000 Kilometer Kunststraßen. Wenn man die jährlichen Unterhaltungskosten für den Kilometer nur mit 1000 Mark annimmt, wären insgesamt für die notdürftigste Unterhaltung 180 Millionen Mark erforderlich. Völlig umgebaut müssen so schnell wie möglich 10 000 Kilometer Landstraßen werden. Die Kosten hierfür sind auf etwa 600 Millionen Mark geschätzt worden. Mit dieser Summe ist also zumindest zu rechnen; denn das Bestreben muß dahin zielen möglichst viele Straßen schnell neu zu befestigen, statt sie nur weiterhin kümmerlich zu unterhalten, da die Kosten des Unterhalts schlechter Straßen von Jahr zu Jahr steigen, die Kosten des Kraftwagenverkehrs sich hingegen auf einer den neuzeitlichen Bedürfnissen angepaßten Straße erheblich ermäßigen (etwa um 15 bis 20 %). Mittel für den Wegebau fließen den Straßenunterhaltungspflichtigen hauptsächlich aus der Reichskraftfahrzeugsteuer zu. Sie brachte 1924 etwa 52 Mil-

lionen Mark, während in Preußen allein für die Landstraßenunterhaltung rund 110 Millionen Mark ausgegeben wurden. 1925 wird die Kraftfahrzeugsteuer etwa 60 Millionen Mark ergeben haben. Das sind natürlich in Anbetracht des tatsächlichen Geldbedarfs völlig unzureichende Summen. Dem Reichstag liegt ein neuer Gesetzentwurf vor, der eine wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer und ihre Ausbildung zu einer Zwecksteuer vorsieht. Eine verstärkte Heranziehung der Nutznießer der Kraftwagenstraßen zu den Straßenbau- und -unterhaltungskosten ist durchaus berechtigt, wenn man berücksichtigt, daß alle Schienenbahnen ihre Gleise aus eigenen Mitteln voll unterhalten müssen. Die Steuer darf jedoch nicht derart erhöht werden, daß sie etwa Automobilindustrie und Kraftfahrzeugverkehr in ihrer Entwicklung hemmt. Neben der Kraftfahrzeugsteuer fließen auch noch aus allgemeinen Steuermitteln die sogenannten Dotationen dem Straßenbau zu, die einzelne Länder, wie zum Beispiel Preußen, den Trägern der Wegeunterhaltungspflicht, den Provinzen und Landkreisen, gewähren. Weitere Mittel versuchen einige Länder darüber hinaus durch besondere Wegezwecksteuern aufzubringen. So erhebt Sachsen eine Zugtiersteuer, Preußen und verschiedene andere Länder erheben die in letzter Zeit umstrittenen Vorausleistungen für die Wegeunterhaltung, die sicherlich mit dem neuen Kraftfahrzeugsteuergesetz fortfallen werden. Neben den Zwecksteuern muß natürlich auch das Reich weiterhin bedeutende Zuschüsse, insbesondere für Straßenneubauten, leisten. Eine etwas heikle Sache ist die Verwaltung des Landstraßenwesens in Deutschland. Sie ist alles andere als einheitlich. Wir haben zunächst keine Reichsstraßen und nur in geringem Umfang Staatsstraßen. Preußen hat zum Beispiel 1876 alle Staatsstraßen an die Provinzen abgegeben, so daß es in Preußen keine oberste Straßenbaubehörde gibt; die einzelnen Provinzen verwalten ihre Straßen zum Teil selbst, zum Teil haben sie sie weiter an die Kreise abgegeben. Ähnlich liegen die Dinge in Bayern, Sachsen und Baden. Der erste Schritt zu einer Zentralisation stellte der Zusammenschluß sämtlicher deutschen Straßenbauverwaltungen der Länder und der preußischen Provinzen zum Deutschen Straßenbauverband dar /1920/. In neuester Zeit sind nun Bestrebungen im Gang die Hauptdurchgangsstraßen, im

Hinblick auf das festzulegende Durchgangsstraßennetz, in der Hand der Länder und Provinzen zu vereinigen und nur die Straßen von geringerer Bedeutung den Kreisen und Gemeinden zu überlassen. Die reichsgesetzliche Finanzierung des Straßenbaus, wie sie sich in den nächsten Jahren sicherlich herausbilden dürfte, wird wahrscheinlich auch zur Schaffung einer zentralen Aufsichtsbehörde führen, die gut beim Reichsverkehrsministerium einzuordnen wäre.

Luftverkehr Im Luftverkehr kommt *Deutschland*, trotz allen Hemmungen, weiter voran.

Nach Angaben, die der preußische Handelsminister im Hauptausschuß des preußischen Landtags gemacht hat, wurden in den 6 wichtigsten Flugmonaten des verflossenen Jahres mehr als 4 Millionen Flugkilometer zurückgelegt und 48 000 Personen befördert. Interessant ist vor allem die Verkehrszunahme des größten Flughafens, des Tempelhofer Feldes in Berlin. 1924 sind dort 476 Flugzeuge gestartet, 1925 jedoch 4725. 1924 wurden dort 1700 und 1925 20 400 Personen befördert. Die Postbeförderung ist im deutschen Luftverkehr des Vorjahrs um das 30fache, die Gepäckbeförderung um das 40fache, die Zeitungsbeförderung um das 14fache und die Frachtbeförderung um das 100fache gestiegen. Das für 1926 festgelegte Streckennetz, auf dem am 1. April der deutsche Luftverkehr wieder aufgenommen wurde, umfaßt insgesamt 42 Linien. Neu sind die Strecken Berlin-Köln, das nach der Räumung dem deutschen Luftverkehr angeschlossen werden konnte, sodann Dresden-Prag-Wien. Der Flugverkehr von Berlin nach Stockholm und Helsingfors wird künftighin über Stettin (von dort mit Wasserflugzeug) geleitet. Von Berlin nach Moskau kann man in diesem Jahr in etwa 15 Stunden fliegen, mit Zwischenlandungen in Danzig, Königsberg, Kowno und Smolensk. Der Gedanke einer Flugverbindung *Schweden-England* hat festere Formen angenommen. Es ist beabsichtigt vom 1. Juni ab einen regelmäßigen Luftverkehr von Göttingen nach Harwich einzurichten; die Strecke soll der schwedischen Küste entlang über Dänemark, Kiel, Hamburg führen und würde etwa einen Tag dauern gegenüber einer Seereise von 2½ Tagen. *Jugoslawien* will einen Handelsluftverkehr von Belgrad zum Adriatischen Meer über Zagabria-Sarajewo-Podgaritzta einrichten.

Totenliste

Am 17. April 1925 starb in London der Organisator der Marconigesellschaft für drahtlose Telegraphie *Godfrey Isaacs*, der Bruder des Vizekönigs von Indien Lord Reading, an einem Herzleiden. Isaacs war es kurz vor dem Krieg durch den Einfluß seines Bruders und Lloyd Georges gelungen für die Marconigesellschaft ein Monopol für die kaufmännische Verwertung der drahtlosen Telegraphie zur Nachrichtenübermittlung in England und den meisten Dominien zu erlangen. Als bekannt wurde, daß Lord Reading und Lloyd George von Isaacs zu besonders günstigen Bedingungen Aktien der canadischen Zweiggeseellschaft des Marconikonzerns überlassen worden waren, setzte das Unterhaus einen Untersuchungsausschuß ein, der diese Praxis tadelte.

Am 9. November starb in Karlsruhe *Friedrich Meythaler*, der sich um die Ausnutzung der Wasserkräfte Badens sehr verdient gemacht hat. 1907 bis 1911 leitete er die Schiffbarmachung des Oberrheins von Sondernheim bis Straßburg. Später war er am Ausbau des Murgwerks beteiligt.

Am 25. Januar 1926 starb in Karlsbad der weltbekannte Hotelier *Carl Pupp* im Alter von 59 Jahren. Seine Hotels waren gesellschaftliche Mittelpunkte internationalen Charakters, doch legte er stets Wert darauf, daß sie als deutsche Häuser galten.

Der deutsche Brückenbau verlor durch den Tod *Anton von Rieppels* am 1. Februar einen hervorragenden Vertreter. Rieppel war lange Jahre hindurch Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, deren Brückenbauabteilung er leitete; er baute unter anderen die Brücken über den Nordostseekanal.

Kurze Chronik Die Internationale Schlafwagengesellschaft in Paris hat ein internationales **Preisausschreiben** für die Neuordnung der Gesamteinrichtung der Schlafwagen ausgeschrieben. $\diamond$ Die Stadt Berlin plant die Errichtung eines *Instituts für Verkehrsforschung*, das der Technischen Hochschule oder auch der Handelshochschule angegliedert werden soll. $\diamond$ Die **Verkehrsaussstellung** München 1925 wurde von nahezu 3 Millionen Personen besucht und erzielte einen Überschuß von 370 540 Mark, der für wissenschaftliche und wohlthätige Zwecke verwendet wird. $\diamond$ Im Lauf des Januars ist die Anzahl der *Rundfunkteilnehmer* in

Deutschland um 86 546 auf 1 108 845 gestiegen. Berlin weist wieder die stärkste Zunahme von 443 607 auf 481 013 Hörer auf. Wenn man annimmt, daß auf jeden Rundfunkteilnehmer 3 bis 4 Hörer zu rechnen sind, würde jeder 3. Berliner Radio hören. Auch in den anderen Sendebezirken ist ein starker Zuwachs der Teilnehmer zu verzeichnen. So hat Hamburg jetzt 130 603, Leipzig 117 678, München 95 238 Hörer, der Sendebezirk Münster - Dortmund - Elberfeld 94 722, Frankfurt 73 710 Rundfunkteilnehmer; in Breslau-Gleiwitz ist die Hörerzahl um 6000 auf 64 908, in Königsberg auf 16 441 gestiegen. Das Bestreben des Rundfunks gerade die Landbevölkerung zu erreichen ist noch keineswegs erreicht; der überwiegende Teil aller Hörer entfällt nach wie vor auf die Städte. $\diamond$ Einen **Rekordflug** machten 3 französische Flieger, die die Strecke von Paris nach Teheran (etwa 13 000 Kilometer) in 80 Flugstunden zurücklegten. $\diamond$ Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft baut die erste Staatsbahn Guatemalas, eine elektrische Hochgebirgsbahn von San Filipe nach Quezaltenango, die Steigungen bis zu 11 % aufweist; die **steilste normalspurige Eisenbahn** der Welt mit Reibungsbetrieb. $\diamond$ Ende 1925 waren in den **Vereinigten Staaten** 20,2 Millionen Kraftwagen angemeldet; das bedeutet eine Zunahme von 2 133 000 Wagen im Jahr 1925. Wie der Kraftwagenwettbewerb auf die Eisenbahnen in Nordamerika wirkt, zeigt die Tatsache, daß der Gesamtverkehr der Eisenbahnen im Staat Nebraska um 30 % gegen 1919 zurückgegangen ist, während der Personenverkehr Einnahmeausfälle bis zu 41 % aufweist. $\diamond$ Die Untergrundbahn *Madrids* ist durch die Eröffnung von 2 neuen Strecken erheblich erweitert worden. $\diamond$ In *Los Angeles* wurde Ende 1925 die erste Untergrundbahnstrecke eröffnet.

Literatur

Von dem bekannten Werk *Richard van der Borghs* Das Verkehrswesen liegt nun die 3., zum Teil wesentlich umgearbeitete Auflage vor /Leipzig, C. L. Hirschfeld/. In ihr sind vor allem die Neuerungen, die sich seit 1912 vollzogen haben, berücksichtigt. Die Gesamteinteilung ist unverändert beibehalten, nämlich: 1. Verkehrswesen im allgemeinen, 2. Straßenverkehr, 3. Eisenbahnverkehr, 4. Wasserverkehr, 5. Luftverkehr, 6. Post und elektrischer Nachrichtenverkehr. Die verkehrswirtschaftlichen

und -politischen Grundformen und Vorgänge werden ausführlich geschildert, und auch die geschichtliche Entwicklung wird gestreift. Während die beigegebenen umfangreichen Literaturübersichten fast sämtliche Erscheinungen der neuesten Zeit berücksichtigen, sind die beigebrachten Zahlen und statistischen Angaben vielfach ziemlich alt; sie gehen nur selten über 1922 hinaus, wodurch eine Beurteilung der neuesten verkehrswirtschaftlichen Entwicklung erschwert wird. Dies ist um so bedauerlicher, als man gerade im deutschen Verkehrswesen von "Inflationerscheinungen" sprechen kann, die erst jetzt allmählich in Rückentwicklung zu den Vorkriegsverhältnissen wieder ausgeglichen werden. $\diamond$ Zu dem von Arthur Leo Sympher herausgegebenen 2bändigen Werk *Die Wasserwirtschaft Deutschlands und ihre neuen Aufgaben* ist ein von Friedrich Soldan besorgter Ergänzungsband herausgekommen /Berlin, Reimar Hobbing/. Berufene Sachkenner schildern in ihm den gegenwärtigen Stand der deutschen Wasserwirtschaft, den Ausbau unserer Wasserkräfte, die Neuerungen in organisatorischer und rechtlicher Hinsicht sowie die technischen Vervollkommnungen der letzten Jahre. Eine wertvolle Ergänzung zu den Mitteilungen über den Wasserstraßenverkehr in der Nachkriegszeit bilden die 3 von Ernst Tiessen beigegebenen Karten über den Stand des Seehafenverkehrs und der Binnenschifffahrt in Deutschland 1913 und 1922, die den Niedergang des See- und Binnenschifffahrtsverkehrs nach dem Krieg und die Zunahme des Eisenbahnverkehrs der See- und Binnenhäfen zeigen. Der 2. Teil des Werkes enthält mit vielen Bildern und Karten ausgestattete Beschreibungen der wichtigsten Häfen. $\diamond$ Vorschläge für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Königsberg legt *Erich Giese* in einer im Auftrag des Magistrats Königsberg ausgearbeiteten Denkschrift vor /Berlin, Verlag der Verkehrstechnik/. Nicht nur für die Großstädte, auch für viele mittlere Städte macht der wachsende Verkehr organisatorische und technische Veränderungen sowie städtebauliche Verbesserungen notwendig. Die Schrift hat daher auch für alle Städte, in denen ähnliche Verhältnisse wie in Königsberg vorliegen, grundsätzliche Bedeutung. Für Königsberg schlägt Giese unter anderem die Ausföhrung eines Straßenbahntunnels unter dem südlichen Pegelarm vor.

Kunstgewerbe / Ludwig Hilberseimer

Ostasiatisches Die von William Cohn her-
Gebrauchsgerät ausgegebene Sammlung Die
Kunst des Ostens /Berlin,

Bruno Cassirer/ bemüht sich durch instruktive Publikationen die noch ungeklärten Gebiete der Kunst des Ostens systematisch zu bearbeiten. Der jetzt ausgegebene 10. Band: Ostasiatisches Gerät, von Otto Kümme!, mit einer Einleitung von Ernst Grosse, ist eine Einführung in das weitverzweigte Gebiet ostasiatischen Kunstgewerbes, die durch zahlreiche Abbildungen unterstützt wird. Die Gebrauchsgeräte Ostasiens sind zugleich die schönsten und eigenartigsten. Selten sind sie ganz ohne künstlerischen Wert. Im Verhältnis zu dem geringen Aufwand materieller Mittel ist ihr ästhetischer Reiz oft überraschend groß. Aber ganz offenbart sich der Genius der ostasiatischen Kunst in seiner Kraft und Anmut erst in den Dingen, die für den Festgebrauch geschaffen wurden.

Charakteristisch für den ostasiatischen Künstler ist seine Stellung zum Material. Der Europäer will den Stoff, das Gestaltungsmaterial, bewältigen, beherrschen, seinem Formwillen unterordnen. Der Ostasiate geht den umgekehrten Weg. Er läßt sich durch den Stoff die Idee für die Form eingeben, er will nicht Herr sondern Diener des Stoffes sein. Klar und tief hat Dschuangdsi in seiner Geschichte vom Holzschnitzer Verhalten und Verfahren des Ostasiaten dargestellt: »Ein Holzschnitzer schnitzte einen Glockenständer. Als der Glockenständer fertig war, da bestaunten ihn alle Leute, die ihn sahen, als ein göttliches Werk. Der Fürst von Lu besah ihn ebenfalls und fragte den Meister: »Was habt ihr für ein Geheimnis?« Jener erwiderte: »Ich bin ein Handwerker und kenne keine Geheimnisse. Und doch auf eins kommt es dabei an. Nachdem ich mein Herz in Ruhe gebracht, so daß es nicht mehr an Lohn und Ehren, an Lob und Tadel dachte, als ich gesammelt in meiner Kunst geworden, und alle Betörungen der Außenwelt verschwunden waren, ging ich in den Wald und sah mir die Bäume auf ihren natürlichen Wuchs an. Als mir der rechte Baum vor Augen kam, da stand der Glockenständer fertig vor mir, so daß ich nur noch Hand anzulegen brauchte. Hätte ich den Baum nicht gefunden, so hätte ich es aufgegeben. Weil ich so meine Natur mit der Natur des Stoffes zusammenwirken ließ, deshalb halten die Leute meinen Glockenständer für ein göttliches Werk.«

Amerikanische Architektur Die Berliner Akademie der Bildenden Künste veranstaltete eine Ausstellung amerikanischer Architektur, die bei aller Bedeutung nur ein höchst unvollkommenes Bild ihrer Entwicklung und Bestrebungen gab. Der Uneingeweihte konnte glauben, diese Architekturattrappen wären die einzige architektonische Manifestation Amerikas. Als gäbe es außer diesen geschickten Imitationen nicht auch Schöpfungen einer zeitgemäßen Geistesart. Der Saal, der dem Gedächtnis des vor 2 Jahren gestorbenen Louis H. Sullivan gewidmet war, zeigte als einziger den Geist des neuschaffenden Amerikas. Sullivans Bauten sind ein lebendiger Übergang von der Tradition zur architektonischen Unmittelbarkeit. Aber sein großer Lehrer H. H. Richardson fehlt ebenso wie sein genialer Schüler Frank Lloyd Wright, gleichfalls fehlt John Root, der Erbauer des Monadnockblocks in Chicago. Mit diesen Namen ist die architektonische Entwicklung Amerikas verknüpft. Ihre Träger waren, neben den anonymen Baumeistern der Industrie- und technischen Bauten, die einzigen, für die Architektur nicht eine geschickte Verzierungskunst sondern eine elementare Gestaltungsangelegenheit war. Es fehlte aber auch Daniel H. Burnham, neben McKim Mead und White der Hauptvertreter und Initiator des architektonischen Imperialismus, der vor allem auch dieser Ausstellung ihr Gepräge gibt. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts begann eine neue Periode der amerikanischen Architektur, begünstigt vor allem durch die Einführung der Stahlgerüstkonstruktion, die den Architekten völlig unabhängig von den Begrenzungen der Mauerkonstruktion machte, deren architektonische Konsequenzen aber völlig ignoriert und verkannt wurden. Es wurde ein architektonischer Attrappenwettbewerb entfesselt, eine Prämie auf die Maskierung gesetzt. Mit wachsender Verstrickung und Monopolisierung der Produktion, mit dem Wandel von der Industrie- zur Finanzwirtschaft bildet sich ein imperialistisches Machtbewußtsein heraus, dessen architektonischer Ausdruck in der Nachahmung spätrömischer Prachtbauten gefunden wurde. Allerdings nur als Attrappe. Im späten Rom, das zwar auch schon über Architekturfabriken verfügte, waren die mächtigen Mauer-massen konstruktives Erfordernis. Jetzt, bei der Stahlgerüstkonstruktion, verschwindet der Mauerkern, nur seine

Haut blieb übrig: ein stilimitatorisches Fournier. Ihren grandiosesten Ausdruck fand diese architektonische Gesinnung, die unter dem despotischen Einfluß des Kapitals entstand, bei den Bauten der Kolumbischen Weltausstellung, von der Burnham sagte, daß sie die Erfüllung dessen sei, was die Römer als dauernde Form hätten schaffen wollen. Dieser Attrappengeist erfüllt auch noch heute das architektonische Schaffen Amerikas, wie die riesenhaften Bibliotheken, Bahnhofsanlagen und Wolkenkratzer der letzten Jahrzehnte, deren Abbildungen die Säle füllten, beweisen. Ihr pomp-hafter alexandrinischer Stil versucht über ihre innere Unzulänglichkeit, über ihr Mißverhältnis zum Gesamtorganismus hinwegzutäuschen. Ein anderes Gesicht Amerikas enthüllt Erich Mendelsohns Buch über Amerika, das »Bilderbuch eines Architekten« /Berlin, Rudolf Mosse/. In zahlreichen Abbildungen wird Amerika gewissermaßen von der Rückseite gezeigt. Mendelsohn enthüllt das gewaltige Leben, die elementare Gigantik hinter dem klassizistischen Maskenspiel der Fassadenattrappen, die unmittelbare Architektonik der Hinterfronten und Industrieanlagen. Er zeigt den Weg an, der aus dem Fassadenaschermittwoch zur eigentlichen Architektur unserer Zeit führt.

Architekturunterricht Im Lichthof des Kunstgewerbemuseums in Berlin war eine Ausstellung von Arbeiten aus der Meisterschule Peter Behrens' an der Wiener Akademie zu sehen, die mit großer Eindringlichkeit zeigte, welch bedeutende Vorteile eine historisch unvoreingenommene Schulung des künstlerischen Nachwuchses ermöglicht. Hier werden die Schüler nicht wie an anderen Akademien und Hochschulen zur Inszenierung von Entwürfen für Dome, Kathedralen und Paläste abgerichtet sondern an Aufgaben geschult, wie sie die Gegenwart stellt und notwendig macht: Bahnhöfe, Kraftwerke, Zechenbauten, Wassertürme, Garagen, Speichieranlagen, Industrieanlagen, Verwaltungsbauten, Hotels, Wohnhäuser, Krankenhäuser usw. sind die zur Bearbeitung gestellten Themen, deren Lösung aus Zweck, Konstruktion und Material heraus versucht wird. Als wichtiges Moment kommt noch hinzu, daß jeweils bestimmte, in der Realität vorhandene Grundstücke und Bedürfnisse den Lösungsversuchen zugrunde liegen. Daß dabei nicht ein einseitiger Modernismus getrieben wird, zeigen die Entwürfe für

ländliche Bauten in den Bergen, wobei unter Benutzung des ortsüblichen Materials völlig einwandfreie Lösungen entstanden, die sich den bestehenden Bauten und der Landschaft vollkommen ungezwungen einfügen.

Es wäre wünschenswert, daß der Geist, der diese Akademie beherrscht, recht bald auch in andere Akademien und Hochschulen seinen Einzug hielte.

Flachdach

Walter Gropius, jetzt Direktor des Dessauer Bauhauses, veröffentlichte in der Bauwelt vom 25. Februar 1926 das Ergebnis einer internationalen Rundfrage über die technische Durchführbarkeit horizontal abgedeckter Dächer und Balkone. Das flache Dach ist eines der Charakteristika der neuern internationalen Architektur, die sich vor allem um eine unmittelbare Erscheinungsform des Bauorganismus bemüht.

So ist das flache Dach keine formalistische sondern eine rein struktive ökonomische Angelegenheit. Denn neben dem Willen des Gestaltenden wird die Form durch Zweck, Konstruktion und Material bestimmt. So ist das übliche Steildach durch die ehemalige Stroheckung bedingt, dessen Neigung das spätere Ziegeldach einfach übernahm. Heute ist dieses Steildach wesentlich eine Attrappe. Fast alle Berliner Mietshausdächer sind Flachdächer. Nur an der Front wird des "schöneren Aussehens" wegen ein Streifen Ziegeldach angebracht, durchaus analog dem Stuck der Fassaden. Dahinter liegt aber ein Flachdach, das im allgemeinen als Pappdach ausgeführt ist. Dieses Pappdach ist zwar eine billige, aber keineswegs einwandfreie Abdeckung eines Flachdachs. Es wird daher selten direkt über bewohnbaren sondern meist nur über Bodenräumen benutzt.

Die heutigen technischen Mittel erlauben es ein durchaus einwandfreies, horizontal abgedecktes Dach herzustellen. Die absoluten Kosten eines einwandfreien Flachdachs sind zwar höher als die des üblichen Steildachs; relativ aber billiger, da es eine vollkommene Raumnutzung ermöglicht, und die Rechtwinkligkeit der Räume gewahrt wird.

Wettbewerb

Hochhaus Köln In dem Preisausschreiben der Kölner Stadtverwaltung für ein Hochhaus, das dort am Ausgang der Hängebrücke errichtet werden soll, wurden im Januar die Preise verteilt. Den 1. Preis erhielten die Architekten Wilhelm Pip-

pon und Wilhelm Dunkel in Düsseldorf, den 2. die Architekten Puls und Richter in Hamburg. Außerdem wurden 8 Entwürfe angekauft, darunter die von Kreis und Bonatz. Der vorher ausgearbeitete Entwurf des Kölner Stadtbaurats Schumacher war abgelehnt worden.

Im ganzen waren 405 Entwürfe eingegangen: eine ungeheure Energieverschwendung, die um so bedauerlicher ist, als die Vorarbeiten für diesen Wettbewerb, besonders in verkehrstechnischer Hinsicht, viel zu mangelhaft waren. Die sentimentale Einstellung zur Nachbarschaft des Doms wirkte gleichfalls, bei den Bearbeitern wie den Preisrichtern, hemmend. Unsere Zeit hat den so sehr bekämpften Historizismus in der Kunst noch keineswegs überwunden. Immer wieder wird er als Bremse in die Aktivität des Lebens eingeschaltet.

Ein Hauptproblem ignorierten die Wettbewerbsausschreiber völlig: Der Platz, auf dem dieses Hochhaus errichtet werden soll, ist der denkbar ungeeignetste; denn er ist ein Verkehrsknotenpunkt von größter Bedeutung, der in dieser Form nicht bebaut werden darf. Bei näherem Zusehen entpuppt sich die ganze Angelegenheit als eine neue Art von Burgenromantik. Nur will man statt der bisher üblichen unrationellen Brückentürme einen rationalen Bureauturm. Aber einen Turm will man auf jeden Fall haben.

Kurze Chronik

Anfang Januar trat in Genf die Jury zusammen, die über die Entwürfe für ein *Völkerbundshaus* zu bestimmen hat. Sie wird von Bausachverständigen aus 9 europäischen Staaten gebildet. Sie soll zunächst die genauen Bestimmungen für die Entwürfe aufstellen. $\diamond$ In Warschau fand Ende Februar eine vom Polnischen Architektenklub veranstaltete internationale *Ausstellung moderner Architektur* statt. Unter anderen waren Arbeiten von Mendelsohn, Korn und Mies van der Rohe aus Deutschland, Le Corbusier, Peret und Dursat aus Frankreich, Oud und Rietveld aus Holland, Melnikow aus Rußland ausgestellt. $\diamond$ Die Staatliche Kunstbibliothek in Berlin veranstaltete in diesem Frühjahr einen Zyklus von *Vorträgen über die Baukunst unserer Zeit*. Karl Scheffler sprach über die Zukunft der Großstadt und die Großstadt der Zukunft, Hugo Häring über Bauprobleme unserer Zeit, Adolf Rading über amerikanische Baukunst, Walter Carl Behrendt über die neue Baugesinnung, Hans Poelzig über Festbauten, Heinrich Tessenow über

Straßen und Plätze und Peter Behrens über Städtebau. ◇ Richard Riemerschmid hat die *Kölner Werkschulen*, wie er die bisherige Kunstgewerbe- und Handwerkerschule der Stadt Köln benannt hat, übernommen. ◇ Der Direktor der Staatlichen Kunstakademie in Königsberg *Wilhelm Thiele* wurde nach Berlin versetzt, wo er die Leitung der Werklehrerbildungsanstalten an der Staatlichen Kunstschule übernommen hat. Damit hat in Königsberg einer der erfreulichsten Kämpfe zwischen Akademielehrern sein Ende gefunden, der seinen tiefen Grund in der verfilzten Lehrmeinung des alten Stamms der Königsberger Akademieprofessoren hatte. ◇ Die thüringische Staatsregierung hat den Architekten *Otto Bartning* zum Aufbau und zur Leitung der Staatlichen Hochschule für Handwerk und Baukunst nach Weimar berufen.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Damaschkes Lebenserinnerungen Die beiden Bände Adolf Damaschkes *Aus meinem Leben* / Leipzig, Grethlein & Co., in denen der rührige Vorkämpfer für eine soziale Ausgestaltung unseres Bodenrechts sein arbeitsreiches Leben und sein Kämpfen um die ihm vorschwebenden Ideale schildert, sind recht gut, frisch und anregend geschrieben. Damaschke ist der Sohn eines kleinen Handwerksmeisters und hat so schon in frühester Jugend recht nahe und anschaulich den schweren Kampf kennen gelernt, den gerade diese Schicht gegen das Großkapital im allgemeinen und gegen die betrügerische Bewucherung und Beraubung durch den Bauschwindel im besondern zu führen hatte. Später lernte er auch in seinem Beruf als Volksschullehrer die unheilvollen Folgen ungesunder Wohnungsverhältnisse kennen, die ja mit den erwähnten Dingen in engstem Zusammenhang stehen, und er erkannte bald, wie in erster Linie die Bodenrente es ist, die auch den fleißigsten Handwerker und unverdrossensten Arbeiter um die Früchte ihrer Arbeit bringt. Dem Kampf um die Überführung der Bodenrente aus Privathand in die der Allgemeinheit war fortan sein Leben gewidmet. Unermüdlich hat er ihn geführt, und jetzt, da er vor wenigen Monaten das 60. Lebensjahr vollendete, kann er sich mit Genugtuung sagen, daß er ihn nicht ganz umsonst geführt hat. Der Gedanke von der Notwendigkeit der Änderung des Bodenrechts hat weite

Kreise ergriffen. Damaschke selbst ist Vorsitzender des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium geworden und kann in dieser Stellung an der Ausgestaltung seiner Ideen mitwirken, gemeinsam mit Parteien, von deren Vertretern er vor 30 bis 40 Jahren teils verlacht und verspottet teils in schlimmster Weise bekämpft worden ist. Rückblickend auf seine Lebensarbeit erkennt Damaschke freilich nicht, wie sehr zu seinen Erfolgen das Bestehen der Sozialdemokratischen Partei und der unablässige Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter beigetragen haben, denen es in allererster Linie zu danken ist, daß allmählich innerhalb der ganzen Bevölkerung ein Umschwung der Geistesrichtung eingetreten ist, der Damaschkes Ideen förderlich wurde. So kommt er denn im einzelnen, wo er über bestimmte Persönlichkeiten spricht, namentlich solche, die sich vom Bund der Bodenreformer getrennt haben, um ihre Kräfte ganz in den Dienst der Sozialdemokratie zu stellen, zu schiefen und ungerechten Urteilen. Ich stellte dem Bund im Jahr 1892 im Sozialpolitischen Zentralblatt folgendes Prognostikon: »Der Bund kann seinem innersten Wesen nach immer nur das sein, was er heute ist, eine Vereinigung einiger ideologischer mehr oder minder unklarer Köpfe aus allen Parteien, von denen sich die besten, je schneller sie zur klaren Einsicht in die geschichtliche Entwicklung kommen, um so eher vor die Alternative gestellt sehen entweder in der Betätigung ihres idealen Sinns sich voll und ganz in den Dienst dieser Entwicklung zu stellen oder sich unter Aufgeben ihres Idealismus den Bestrebungen ihrer Klasse anzuschließen und damit die einst angestrebte Bodenreform rücksichtslos zu bekämpfen.« Leo Arons trennte sich um jene Zeit von dem Bund, der ihm über dem Bemühen die Bauhandwerker vor den Folgen des Bauschwindels zu schützen den grundsätzlichen Kampf gegen die private Bodenrente zu vernachlässigen schien. Wer das Glück gehabt hat diesem wahrhaft edlen und guten Menschen näherzutreten und seine stete Hilfsbereitschaft zu erkennen, wird allerdings auch nicht eine Spur dieses Bildes in den wenigen Zeilen wiederfinden, in denen Damaschke von ihm spricht. Auch über andere Persönlichkeiten ist das Urteil Damaschkes nicht immer zutreffend und zuweilen ungerecht. Aber im ganzen betrachtet bilden beide Bände eine der erfreulichsten Erscheinungen auf dem weiten Gebiet der Lebenserinnerungen.

Bruno Borchardt